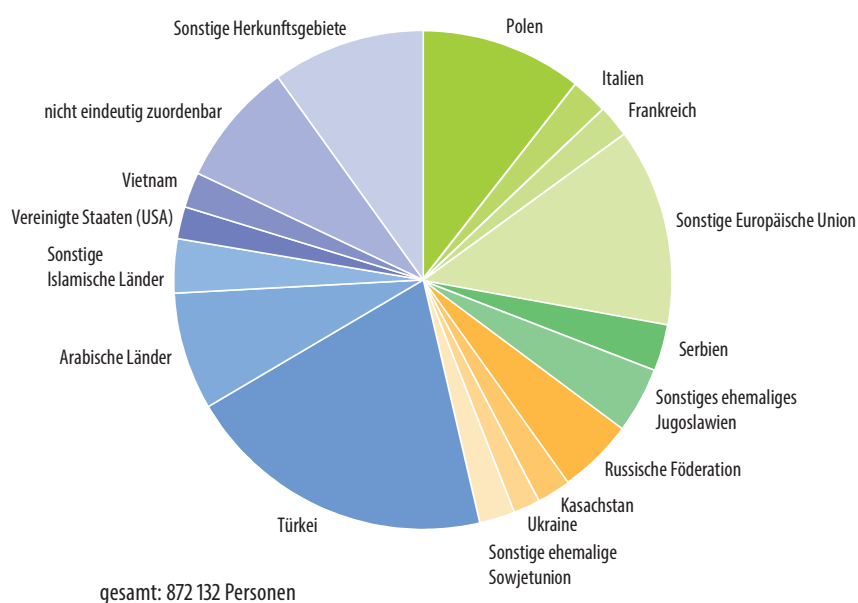


Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

1 2013

Einwohner mit Migrationshintergrund in Berlin nach Herkunftsgebieten 2010



▣ **Zensus 2011 –
Erhebungsstelle Berlin
Ein Rückblick**

▣ **Verkehrslärm in Berlin –
ein Problem für alle?**

▣ **Bürgerentscheide in Berlin
– Vom Beteiligungs- zum
Zustimmungsquorum –**

▣ **Zuviel Leiharbeit erhöht
die Lohnstückkosten**

▣ **Änderungen bei der
Insolvenzstatistik
seit Januar 2013**

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
7. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Verdienste

Baugewerbe

Verarbeitendes Gewerbe

Tourismus

Verkehr

Bevölkerung

Preise

aus Deutschland ▢ 13

Erwerbstätigkeit

Bevölkerung

Einzelhandel

Außenhandel

aus Europa ▢ 16

Arbeitsmarkt

Finanzen

Wirtschaft im Überblick

Berlin Oktober 2012 ▢ 18

Brandenburg Oktober 2012 ▢ 22

Historisches

1874

Volkpsychologische Spiegelbilder
aus Berliner Annoncen

Teil 2 ▢ 62

Beiträge

**Zensus 2011 – Erhebungsstelle Berlin
Ein Rückblick** ▢ 28**Verkehrslärm in Berlin –
ein Problem für alle?** ▢ 38**Bürgerentscheide in Berlin –
Vom Beteiligungs- zum
Zustimmungsquorum** – ▢ 50**Zuviel Leiharbeit erhöht
die Lohnstückkosten** ▢ 56**Änderungen bei der Insolvenz-
statistik seit Januar 2013** ▢ 60

Karte und Grafiken

▢ 3. Umschlagseite

Immissionspunkte mit kleinräumig
variierenden Lärmpegeln
in der Strategischen Lärmkarte BerlinDurch Verkehrslärm verursachte externe
Kosten in Berlin je Einwohner im Jahr 2008
auf Ebene von Straßenabschnitten

▢ 4. Umschlagseite

Entwicklung der Leiharbeitnehmer
nach Berufsgruppen 1995 bis 2009Anteil der Leiharbeiter an
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
nach Berufsgruppen 1999 bis 2009

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2010

■ **Berliner und Brandenburger Wirtschaft unterdurchschnittlich im bundesweiten Investitionsaufschwung**

Das Investitionsvolumen in neue Sachanlagen kletterte 2010 im Land Berlin auf 13,6 Mrd. EUR und im Land Brandenburg auf 11,3 Mrd. EUR. Das entspricht im Vorjahresvergleich unter Ausschaltung von Preisveränderungen einer Aufstockung in Berlin um 1,3 % und in Brandenburg um 4,8 %, die jeweils geringer als im bundesweiten Durchschnitt ausfiel (+6,2 %).

(...) In der Bundeshauptstadt wurden 3,0 % und im Land Brandenburg 2,5 % aller Investitionen in Deutschland getätigt.

(...) Im Land Berlin beinhalten die Investitionen in neue Anlagen 2010 Ausgaben für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen (z. B. Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Computerprogramme und Urheberrechte) in Höhe von 6,9 Mrd. EUR (+9,0 %) sowie Ausgaben für neue Bauten (Wohn- und Nichtwohnbauten) von 6,7 Mrd. EUR (-5,5 %). Die angegebenen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr sind preisbereinigte Größen, d. h., Preisänderungen wurden ausgeschaltet. Die Dienstleistungsbereiche, mit einem Umfang von 11,8 Mrd. EUR größter Investor in neue Anlagen, gaben 1,5 % mehr aus als im Jahr 2009. Die Investitionen flossen mit einem Volumen von 6,3 Mrd. EUR (-6,5 %) überwiegend in neue Bauten und zum größten Teil in die Bereiche der Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie des Grundstücks- und Wohnungswesens.

Das Produzierende Gewerbe, das grundsätzlich überwiegend in Ausrüstungen statt in Bauten investiert, hat 2010 davon abweichend von dem um 0,9 % höheren Investitionsvolumen in Höhe von 1,4 Mrd. EUR knapp ein Viertel in neue Bauten (+18,3 %) investiert. Die Investitionen für Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden sogar um 3,3 % reduziert.

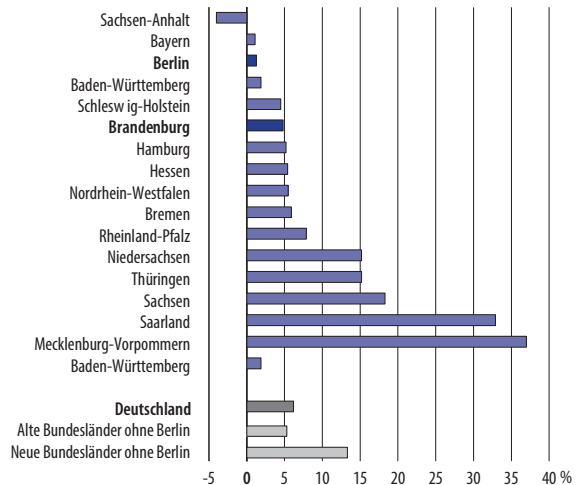
Im Land Brandenburg investierten Unternehmen im Jahr 2010 insgesamt 11,3 Mrd. EUR in neue Anlagen. Für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden 4,4 Mrd. EUR (+30,1 %) und für Bauten 6,9 Mrd. EUR (-6,7 %) ausgegeben.

Die Aufwendungen in neue Anlagen kamen auch in Brandenburg den Dienstleistungsbereichen als investitionsstärkster Wirtschaftsbereich mit einem Volumen von 9,0 Mrd. EUR und einem Zuwachs von 4,7 % zugute. Davon wurden fast 60 % in neue Bauten gesteckt, 8,0 % weniger als 2009. Diese Abnahme ging zulasten der Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ sowie „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“, die ihre Investitionsschwerpunkte in Ausrüstungen und sonstigen Anlagen sahen.

Die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes investierten in Brandenburg 1,9 Mrd. EUR, das waren 159 Mill. EUR (+8,8 %) mehr als im Vorjahreszeitraum. Diese Mehrausgaben flossen überwiegend in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen (+5,8 %). In neue Bauten investierte das Produzierende Gewerbe zwar 19,6 % mehr, der Anteil an den neuen Anlagen betrug jedoch nur 24 %.

Der Erwerb neuer Anlagen unter Einbeziehung des Saldos aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen (Bruttoanlageinvestitionen) machte im Jahr 2010 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt, bezeichnet als Investitionsquote, in Deutschland von 17,4 % (2009: 17,2 %) aus. Die Quote wird für das Land Berlin bei annähernd 13 % und für das Land Brandenburg bei ca. 20 % liegen. (...).

**Investitionen in Ausrüstungen und Bauten (preisbereinigt)
nach Bundesländern im Jahr 2010**
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2010

Wirtschaftlicher Einbruch des Krisenjahres 2009 in vielen Kreisen des Landes Brandenburg wieder ausgeglichen

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Land Brandenburg im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,9 % gewachsen, nominal um 2,7 %. Mit einem BIP in jeweiligen Preisen von 53 102 Mill. EUR erreichte die Brandenburger Wirtschaft nach dem Rückgang um 2,7 % im Jahr 2009 fast wieder das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 von 53 152 Mill. EUR, allerdings ohne Berücksichtigung von Preisveränderungen.

Nachdem im Jahr 2009 in fast allen Kreisen des Landes Brandenburg die wirtschaftliche Leistung stark zurückgegangen war, konnte sich die Wirtschaft im Folgejahr wieder erholen. Dies zeigen neueste Ergebnisse der Kreisberechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Demnach stieg das Bruttoinlandsprodukt nominal 2010 gegenüber 2009 in den kreisfreien Städten durchschnittlich um 2,3 % (2009: +0,1 %) und den Landkreisen um 2,8 % (2009: –3,5 %).

(...) In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 konnten sich nur wenige Kreise wirtschaftlich gut behaupten. Von den kreisfreien Städten gelang dies nur der Landeshauptstadt Potsdam. Hier wuchs das BIP um den Spitzenwert von 5,4 % und 2010 nochmals um 3,2 %. Bei den Landkreisen kam der Kreis Ostprignitz-Ruppin 2009 und 2010 jeweils auf ein Plus von 5,2 %, gefolgt vom Kreis Teltow-Fläming (2009: +1,7 %; 2010: +2,1 %) und Kreis Spree-Neiße (2009: +0,7 %; 2010: +7,5 %).

Im Jahr 2010 kam der wirtschaftliche Aufschwung zur Überwindung der krisenbedingten Auswirkungen des Jahres 2009 in den Regionen des Landes Brandenburg unterschiedlich zum Tragen. Die höchste Steigerung erreichte der Kreis Uckermark mit +12,3 %, nachdem hier die Wirtschaft 2009 um 10,9 % eingebrochen war – der zweitstärkste Einbruch im Land Brandenburg nach dem Landkreis Oberhavel (–11,6 %). Während in der Hälfte der Kreise das Niveau des Jahres 2008 wieder erreicht bzw. sogar übertroffen wurde, konnten in der anderen Hälfte die Einbußen durch die Krise noch nicht kompensiert werden. Dazu gehören die Landkreise Elbe-Elster, Havelland und Märkisch-Oderland, in denen im Jahr 2010 die rückläufige Entwicklung noch nicht zum Stillstand kam. (...)

Höheres Pro-Kopf-Entgelt für Arbeitnehmer in allen Kreisen des Landes Brandenburg

Im Jahr 2010 sind in allen Kreisen des Landes Brandenburg den Arbeitnehmern höhere Durchschnittseinkommen gezahlt worden, nachdem es krisenbedingt im Jahr zuvor in zwei Kreisen (Havelland, Oder-Spree) sogar zu sinkenden Arbeitnehmerinkommen kam.

(...) Die aktuellen Ergebnisse der Berechnung der Arbeitnehmerinkommen weisen mit 2,0 % in den Landkreisen einen deutlich höheren Zuwachs als in den kreisfreien Städten auf, in denen das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Durchschnitt nur um 0,8 % stieg. Im Landesdurchschnitt wurde 2010 ein Plus von 1,7 % (2009: 1,0 %) erreicht, einem Wert leicht unterhalb des Durchschnitts aller Bundesländer (+2,0 %).

Für die kreisfreien Städte wurde im Jahr 2010 mit 30 286 EUR je Arbeitnehmer ein höheres Einkommensniveau ermittelt als für die Landkreise mit 28 413 EUR. Im Landesdurchschnitt betrug das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 28 878 EUR. Das Arbeitnehmerentgelt umfasst die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Seine Ermittlung bezieht alle Arbeitnehmer ein, auch geringfügig Beschäftigte wie Personen mit Minijobs oder in Arbeitsgelegenheiten.

Entscheidend beeinflusst wird die Höhe der Durchschnittseinkommen von der wirtschaftlichen Struktur in den Kreisen. So erzielten im Jahr 2010 die Kreise Spree-Neiße mit 31 196 EUR je Arbeitnehmer und Teltow-Fläming (30 949 EUR) die höchsten durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte innerhalb des Landes. In diesen Kreisen ist der Anteil der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, in dem allgemein ein höheres Einkommensniveau vorliegt als in den Dienstleistungsbereichen, mit 39 % und 31 % überdurchschnittlich hoch. Am unteren Ende der Einkommensskala finden sich dagegen die Landkreise Havelland (24 319 EUR je Arbeitnehmer), Prignitz (27 049 EUR) und Ostprignitz-Ruppin (27 171 EUR).

Den stärksten Anstieg des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts um 3,8 % verzeichnete im Jahr 2010 der Kreis Oberhavel, gefolgt von den Kreisen Prignitz (+2,7 %), Potsdam-Mittelmark (+2,6 %) und Teltow-Fläming (+2,5 %). Dagegen war die geringste Zunahme des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer in der Landeshauptstadt Potsdam (+0,2 %) sowie in den Kreisen Uckermark und Märkisch-Oderland (jeweils +0,7 %) zu verzeichnen.

Verdienste 3. Quartal 2012

Bruttomonatsverdienste in Berlin durchschnittlich bei 2 846 EUR

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich Sonderzahlungen im 3. Quartal 2012 betrug in Berlin 2 846 EUR. Dabei lagen die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe mit 3 446 EUR deutlich über denen des Dienstleistungsbereiches, wo ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 2 754 EUR gezahlt wurde.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten im Durchschnitt im 3. Quartal 2012 monatlich 3 452 EUR. Während ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe bei 3 685 EUR lag, kamen sie im Dienstleistungsbereich im Schnitt auf 3 404 EUR im Monat. Als wöchentliche Arbeitszeit wurden im Produzierenden Gewerbe durchschnittlich 38,7 Stunden und im Dienstleistungsbereich 39,3 Stunden ermittelt.

Die Verdienste schwanken nicht nur in den einzelnen Branchen, auch je nach Qualifikation ist der Unterschied erheblich. So betrug im 3. Quartal 2012 der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten leitenden Angestellten (14,5 % der Arbeitnehmer) 6 087 EUR und lag damit deutlich über dem Durchschnitt aller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Von Spezialisten und Meistern (26,4 % der Arbeitnehmer) wurde mit durchschnittlich 3 941 EUR ebenfalls ein überdurchschnittlicher Bruttomonatsverdienst erzielt. Dagegen erhielten Facharbeiter monatlich 2 784 EUR (43,7 % der Arbeitnehmer), angelernte Arbeitnehmer 2 110 EUR (11,6 % der Arbeitnehmer) sowie ungelernte Arbeitnehmer 1 808 EUR (3,8 % der Arbeitnehmer) und damit mehr als die Hälfte aller Vollzeitbeschäftigten merklich weniger als den Durchschnittsverdienst.

Teilzeitbeschäftigte verdienten im 3. Quartal 2012 durchschnittlich 1 837 EUR und geringfügig Beschäftigte 301 EUR brutto im Monat. (...).

Bruttomonatsverdienste im Land Brandenburg durchschnittlich bei 2 370 EUR

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich Sonderzahlungen im 3. Quartal 2012 betrug im Land Brandenburg 2 370 EUR. Dabei lagen die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe mit 2 580 EUR deutlich über denen des Dienstleistungsbereiches, wo ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 2 300 EUR ermittelt wurde.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten im 3. Quartal 2012 im Schnitt monatlich 2 825 EUR, wobei der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe (2 727 EUR) unter dem im Dienstleistungsbereich (2 873 EUR) lag. Dafür war die wöchentliche Arbeitszeit im Produzierenden Gewerbe mit 39,5 Stunden etwas geringer als im Dienstleistungsbereich (39,6 Stunden).

Nicht nur je Wirtschaftszweig, sondern auch je nach Qualifikation schwanken die Verdienste jedoch erheblich. So betrug im 3. Quartal 2012 der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten leitenden Angestellten (9,9 % der Arbeitnehmer) 5 522 EUR und war damit fast doppelt so hoch wie der Durchschnittsverdienst aller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Als durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst für Spezialisten und Meister (22,0 % der Arbeitnehmer) wurden 3 417 EUR ermittelt und damit ebenfalls deutlich mehr als der Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten. Dagegen erhielten Facharbeiter durchschnittlich 2 384 EUR (49,5 % der Arbeitnehmer), angelernte Arbeitnehmer 1 908 EUR (14,0 % der Arbeitnehmer) sowie ungelernte Arbeitnehmer 1 706 EUR (4,5 % der Arbeitnehmer) und damit mehr als zwei Drittel aller Vollzeitbeschäftigten deutlich weniger als den Durchschnittsverdienst.

Teilzeitbeschäftigte verdienten im 3. Quartal 2012 durchschnittlich 1 692 EUR und geringfügig Beschäftigte 246 EUR brutto im Monat.

Bruttomonatsverdienst und Arbeitszeit in Berlin und Brandenburg im 3. Quartal 2012

Vollzeit, Teilzeit, geringfügigbeschäftigte Arbeitnehmer	Bruttomonats- verdienst 3. Quartal 2012 ¹	wöchent- liche Arbeitszeit	Bruttomonats- verdienst 3. Quartal 2012 ¹	wöchent- liche Arbeitszeit
	EUR	Stunden	EUR	Stunden
Berlin				
Insgesamt.....	2 846	x	2 370	x
Produzierendes Gewerbe.....	3 446	x	2 580	x
Dienstleistungsbereich.....	2 754	x	2 300	x
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer				
insgesamt.....	3 452	39,2	2 825	39,6
Produzierendes Gewerbe.....	3 685	38,7	2 727	39,5
Dienstleistungsbereich.....	3 404	39,3	2 873	39,6
Männer.....	3 686	39,3	2 874	39,7
Frauen.....	3 121	39,1	2 744	39,4
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer				
insgesamt.....	1 837	26,8	1 692	28,6
Männer.....	1 717	26,0	1 618	28,0
Frauen.....	1 879	27,1	1 707	28,7

¹ einschließlich Sonderzahlungen

Baugewerbe November 2012

Weniger Umsätze und Auftragseingänge für Berliner Baubetriebe

In den Berliner Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten sank im November 2012 der baugewerbliche Umsatz um 4,9 % auf 214,5 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Tiefbau lagen die Umsätze durchschnittlich um 10,3 % unter denen des vergleichbaren Vorjahresmonats. Der Straßenbau (–2,6 %) und der gewerbliche und industrielle Tiefbau (–19,8 %) entwickelten sich rückläufig, nur im sonstigen Tiefbau wurde ein kräftiges Umsatzplus erzielt (+30,7 %). Der baugewerbliche Umsatz im Hochbau war im betrachteten Monat mit durchschnittlich 0,9 % leicht im Plus. Sowohl im Wohnungsbau (+9,2 %) als auch im gewerblichen und industriellen Hochbau (+5,1 %) konnte sich im November 2012 gegenüber November 2011 der Umsatz steigern, nur im öffentlichen Hochbau nahm er stark um 32,7 % ab. Die Auftragseingänge in den auskunftspflichtigen Betrieben des Bauhauptgewerbes in Berlin sanken im November 2012 um 16,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. In allen Sparten gingen die Auftragseingänge zurück, nur im sonstigen Tiefbau wurden um 9,9 % mehr Aufträge im November 2012 gegenüber November 2011 geordert.

(...) Die Zahl der im November 2012 im Berliner Bauhauptgewerbe Beschäftigten stieg mit 11 902 tätigen Personen um 3,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Entgelte sanken um 8,0 % auf 34,6 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten ging um 7,7 % zurück auf 18 019 EUR. Auf den Baustellen in Berlin wurden im betrachteten Monat 1,2 Mill. Arbeitsstunden geleistet; das sind 2,1 % mehr als noch im November 2011.

Weniger Umsätze für Brandenburger Baubetriebe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten des Landes Brandenburg sank der baugewerbliche Umsatz im November 2012 stark um 17,4 % auf 242,9 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Sowohl im Hochbau (–20,9 %) als auch im Tiefbau (–14,8 %) ging der baugewerbliche Umsatz zweistellig zurück; nur der Umsatz im Straßenbau blieb im November 2012 gegenüber November 2011 annähernd gleich (–0,7 %). Dagegen stiegen die Auftragseingänge in den auskunftspflichtigen Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg im betrachteten Monat um 8,3 % auf 139,0 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Tiefbau wurden im November 2012 durchschnittlich 18,3 % mehr Aufträge gemeldet, im Straßenbau sogar 43,7 % mehr als noch im November letzten Jahres. Die Auftragseingänge im Hochbau blieben im Durchschnitt über alle Sparten annähernd konstant (–0,6 %). Hier entwickelte sich nur der Wohnungsbau positiv (+12,5 %).

(...) Die Zahl der Beschäftigten ist im November 2012 im Bauhauptgewerbe des Landes Brandenburg um 2,5 % auf 16 937 tätige Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken. Die Entgelte gingen um 3,9 % auf 44,9 Mill. EUR zurück. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten sank um 15,3 % und betrug 14 343 EUR. Auf den Baustellen im Land Brandenburg wurden im betrachteten Monat 2,1 Mill. Arbeitsstunden geleistet; das sind 5,9 % weniger als noch im November 2011.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg von Januar bis November 2012

Zeitraum	Im Bauhauptgewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin						
Oktober.....	11 938	181,5	321,0	3,6	–9,2	171,1
November.....	11 902	214,5	113,5	3,1	–4,9	–16,7
Januar bis November	11 264	1 885,7	1 955,2	2,8	3,8	17,2
Brandenburg						
Oktober.....	16 969	249,6	149,9	–3,6	1,6	2,6
November.....	16 937	242,9	139,0	–2,5	–17,4	8,3
Januar bis November	16 396	2 029,4	1 807,1	1,4	–5,1	2,6

Verarbeitendes Gewerbe November 2012

Höchster Umsatzrückgang des Jahres der Berliner Industrie – Anstieg der Auftragseingänge

(...) Im November gab es in Berlin den größten Umsatzrückgang des Jahres 2012, während das Auftragsvolumen anstieg.

Die 333 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im November 2012 einen Gesamtumsatz von 1,8 Mrd. EUR, wovon 0,87 Mrd. EUR im Inland und 0,98 Mrd. EUR von ausländischen Geschäftspartnern geordert wurden. Während der Inlandsumsatz um 24,1 % zurückging, legten die Auslandsgeschäfte um 0,1 % zu. Insgesamt verringerte sich damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen um 12,9 % zum Ergebnis vom November 2011. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich mit 81 245 Personen um 1,2 %. Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes erhielten im November 2012 aus dem In- und Ausland 3,5 % mehr Aufträge als ein Jahr zuvor. Das preisbereinigte Auftragsvolumen war im November 2012 im Inland um 0,3 % niedriger als im November 2011. Aus dem Ausland wurden 6,2 % mehr Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung der Hersteller optischer und elektronischer Erzeugnisse (+14,9 %) besonders positiv. Die Auslandsumsätze stiegen um 14,9 %, die Inlandsumsätze um 14,8 %. Die Umsätze in der Maschinenbaubranche dagegen sanken um 16,6 %, verursacht durch Umsatzverluste im Inland von 34,1 %. Durch ein Auftragsplus von 21,3 % (Ausland 58,1 %; Inland –10,8 %) hatten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen eine Steigerung zu verzeichnen.

In den elf Monaten des Jahres 2012 wurden von den Berliner Industriebetrieben Umsätze von insgesamt 20,0 Mrd. EUR getätigt, 5,0 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Auslandsumsätze um 10,7 % auf 11,0 Mrd. EUR zulegten, verringerten sich die Umsätze im Inland um 19,0 % auf 9,0 Mrd. EUR ab. Die Auftragsentwicklung zeigte sich negativ, im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nahm das Auftragsvolumen lediglich um 0,1 % zu, bei einem Auftragsminus im Inlandsgeschäft in Höhe von 6,0 % und einem Auftragsplus im Ausland von 4,6 %.

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2012

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Januar.....	81 423	1 756,2	965,6	2,4	8,7	24
Februar.....	81 910	1 699,8	932,6	2,4	- 4,1	7,2
März.....	82 104	1 939,4	1 072,0	2,7	- 8,6	7,9
April.....	81 830	1 659,5	925,5	1,6	- 10,0	2,9
Mai.....	82 091	1 851,4	1 014,6	1,7	- 9,4	6,4
Juni.....	82 157	1 951,5	1 098,1	1,6	- 0,3	16,3
Juli.....	81 284	1 840,6	1 017,9	0,3	0,5	16,6
August.....	81 498	1 823,8	993,4	0,2	- 3,7	15,5
September.....	81 535	1 792,5	977,4	- 0,3	- 11,9	3,6
Oktober.....	81 343	1 839,3	1 013,4	- 0,9	1,5	22,2
November.....	81 245	1 844,5	976,4	- 1,2	- 12,9	0,1
Januar bis November	81 675	19 998,6	10 986,8	0,9	- 5,0	10,7
Brandenburg						
Januar.....	78 981	1 699,5	533,2	2,3	0,3	5,4
Februar.....	79 342	1 797,7	579,2	3,0	5,9	13,8
März.....	79 360	1 999,5	659,3	2,3	2,2	18,5
April.....	79 244	1 762,8	556,2	1,3	- 2,1	6,5
Mai.....	79 254	2 097,5	645,6	0,8	4,3	15,2
Juni.....	79 372	1 964,9	587,8	0,4	- 0,1	6,3
Juli.....	79 635	1 908,1	564,4	0,9	3,7	4,9
August.....	79 891	1 913,7	534,8	0,5	- 1,2	- 3,6
September.....	80 385	1 819,9	535,6	0,6	- 9,6	- 10,5
Oktober.....	80 100	1 953,6	602,4	0,9	3,0	8,6
November.....	79 931	2 057,4	611,2	1,3	-	2,5
Januar bis November	79 590	20 974,5	6 409,6	1,3	0,5	0,6

Verarbeitendes Gewerbe November 2012

Stagnierender Umsatz und weniger Aufträge für die Brandenburger Industrie

(...) Das Verarbeitende Gewerbe im Land Brandenburg erwirtschaftete mit mehr Beschäftigten einen Gesamtumsatz in Höhe des Vorjahresmonats. Zugleich setzte sich ein Rückgang an Aufträgen fort.

Für November 2012 wurde keine Umsatzsteigerung gemeldet. So lag der von den 435 Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten erwirtschaftete Gesamtumsatz von 2,06 Mrd. EUR auf dem Niveau des gleichen Vorjahresmonats. Dabei fiel der Inlandsumsatz mit 1,45 Mrd. EUR um 1,1 % etwas geringer aus, während der Auslandsumsatz um 2,5 % auf 0,61 Mrd. EUR zulegte. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,3 % auf 79 931. Dagegen verminderte sich das preisbereinigte Auftragsvolumen den vierten Monat in Folge um eine zweistellige Minusrate, die allerdings mit –14,5 % deutlich geringer ausfiel als in jedem der Vormonate seit August.

Den höchsten Umsatzzuwachs erzielte, nach der Branche des sonstigen Fahrzeugbaus, die chemische Industrie (18,7 %), deren Auftragsvolumen sich ebenfalls im November gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat positiv entwickelte (34,4 %). Umsatzsteigerungen meldeten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen (5,5 %) und die metallerzeugenden / -bearbeitenden Betriebe (2,8 %). In diesen beiden Wirtschaftsbereichen stiegen die Auftragszahlen um 3,6 % und 7,0 %. Die Nahrungsmittelindustrie musste hingegen Einbußen infolge nachlassender Auslandsumsätze hinnehmen (–10,1 %), ebenso die Produzenten von Papier, Pappe und Waren daraus (–9,8 %), deren Umsatz- und Auftragsvolumina im Inland beträchtlich abnahmen. Von den höchsten Minusraten im Auftragseingang war weiterhin der Wirtschaftszweig DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse betroffen (–36,2 %). Rückläufig waren aber auch die Bestellungen in den Branchen Fahrzeugbau (–24,0 %), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (–18,4 %) sowie Maschinenbau (–13,6 %).

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2012 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	109,0	100,5	115,4	3,3	– 12,4	16,9
Februar.....	109,6	101,9	115,5	– 25,7	– 38,5	– 14,0
März.....	142,1	149,0	136,9	13,5	28,1	4,0
April.....	107,6	98,9	114,1	– 3,6	– 2,1	– 4,5
Mai.....	117,8	112,3	121,9	– 1,0	– 2,2	– 0,2
Juni.....	133,1	118,9	143,8	6,4	10,8	3,9
Juli.....	121,1	119,2	122,5	0,4	– 8,0	7,6
August.....	109,6	104,0	113,8	– 2,5	– 12,4	5,6
September.....	122,8	99,9	139,8	– 0,1	– 19,5	14,6
Oktober.....	117,1	113,5	119,7	14,0	9,6	17,4
November.....	115,3	107,3	121,3	3,5	– 0,3	6,2
Januar bis November	118,6	111,4	124,1	0,1	– 6,0	4,6
Brandenburg						
Januar.....	139,8	124,6	170,8	– 12,6	– 17,8	– 3,3
Februar.....	136,9	134,1	142,7	– 33,2	– 5,6	– 57,2
März.....	273,3	151,2	522,2	59,3	– 18,5	265,4
April.....	198,2	122,1	353,5	25,7	– 26,8	154,5
Mai.....	152,8	156,6	144,9	– 13,0	– 15,9	– 5,9
Juni.....	155,3	163,0	139,7	– 17,3	– 21,0	– 7,2
Juli.....	140,4	146,0	129,0	– 7,9	– 2,0	– 19,1
August.....	130,8	144,2	103,5	– 20,9	– 14,3	– 35,2
September.....	128,9	138,9	108,4	– 26,7	– 26,9	– 26,1
Oktober.....	148,9	150,8	145,2	– 24,0	– 4,1	– 47,2
November.....	153,7	158,0	144,7	– 14,5	– 16,0	– 11,1
Januar bis November	159,9	144,5	191,3	– 8,7	– 15,9	5,3

Im Zeitraum Januar bis November 2012 erwirtschaftete die Brandenburger Industrie insgesamt einen Umsatz von 20,97 Mrd. EUR und damit 0,5 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, wobei der Inlandsumsatz mit 14,56 Mrd. EUR um 1,8 % niedriger und der Auslandsumsatz mit 6,41 Mrd. EUR um 6,0 % höher ausfiel. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in den elf Monaten um 1,3 %. Das aufgelaufene Auftragsvolumen der Brandenburger Industriebetriebe lag um 8,7 % unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums.

Tourismus November 2012

■ Berlin-Tourismus mit stabilem Zuwachs

Mit 10,5 % mehr Gästen und 12,7 % mehr Übernachtungen als ein Jahr zuvor konnte Berlin auch im November 2012 seinen Erfolgskurs fortsetzen. Rund 900 000 Gäste und nahezu 1,9 Mill. Übernachtungen (...) wurden in den Beherbergungsbetrieben der Stadt registriert. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag unverändert bei 2,1 Tagen.

Erneut war der Zuwachs bei den internationalen Besuchern (+16,9 %) deutlich größer als bei den Inlandsgästen (+7,5). Besonders stark wuchs die Zahl der Touristen aus Frankreich (+39,1 %) und aus Russland (+35,9), jedoch auch aus traditionell starken Herkunftsländern wie Großbritannien (+25,3 %) oder den USA (+21,1 %).

Ende des Monats November 2012 wurden 775 Beherbergungsstätten mit mindestens zehn Betten und einem Angebot von zusammen 125 300 Betten (+4,1 %) erfasst. Die durchschnittliche Auslastung der Betten betrug 50,1 % und war damit deutlich stärker als im November des Vorjahres (46,3 %). Dazu kamen sechs Urlaubscampingplätze mit zusammen 2 600 Schlafgelegenheiten.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins im November 2012 nach Herkunft

Herkunft	November 2012				Januar bis November 2012			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland.....	599 900	7,5	1 141 600	8,4	6 272 400	8,2	13 313 500	9,2
Ausland.....	299 800	16,9	741 800	20,1	3 770 800	13,6	9 772 700	14,3
darunter								
Großbritannien....	34 400	25,3	82 800	26,0	368 200	11,7	903 900	12,0
Italien.....	21 300	24,9	59 400	30,5	270 700	13,1	790 600	13,3
USA.....	19 400	21,1	43 200	13,8	295 300	17,2	714 200	16,2
Niederlande....	19 200	5,1	47 100	13,0	253 500	3,2	676 200	5,6
Frankreich.....	18 800	39,1	48 600	50,8	213 900	17,3	564 100	17,5
Dänemark.....	16 200	21,5	39 500	19,8	204 600	15,1	557 400	18,2
Schweiz.....	16 000	15,8	38 100	21,0	190 000	12,6	482 800	13,3
Russland.....	15 400	35,9	41 000	37,5	147 000	31,3	373 800	32,2
Insgesamt	899 700	10,5	1 883 400	12,7	10 043 200	10,2	23 086 200	11,3

■ Brandenburg-Tourismus weiter auf Erfolgskurs

Im November 2012 wurden in den Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen für Urlaubscamping des Landes Brandenburg rund 260 000 neu angekommene Gäste begrüßt. Nach vorläufigen Berechnungen (...) waren das 4,0 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf fast 647 000 und war damit um 2,3 % höher als im Vorjahr. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag unverändert bei 2,5 Tagen.

Den Gästen aus dem In- und Ausland standen im November 2012 für ihren Aufenthalt 1 300 geöffnete Beherbergungsstätten mit mindestens zehn Betten sowie 42 Campingplätze für Urlaubscamping zur Verfügung. Die durchschnittliche Bettenauslastung stieg mit 29,1 % gegenüber dem Vorjahr (28,2 %) leicht an. In den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen belief sie sich auf 29,3 % gegenüber 28,6 % ein Jahr zuvor.

Die Gemeinden mit den meisten Gästen in den Beherbergungsbetrieben im November 2012 waren die Landeshauptstadt Potsdam (30 500) gefolgt von Halbe (11 300) und Rheinsberg (9 000).

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben des Landes Brandenburg November 2012 nach Reisegebieten

Reisegebiet	November 2012				Januar bis November 2012			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz.....	8 600	-1,6	18 300	-8,3	120 100	4,4	281 600	3,5
Ruppiner								
Seenland.....	33 700	2,6	82 300	3,3	506 200	8,0	1 394 500	4,6
Uckermark.....	15 600	3,5	38 900	6,1	260 600	-0,7	801 400	1,8
Barnimer Land	11 500	5,6	46 100	2,2	211 300	4,6	750 700	2,1
Seenland								
Oder-Spree....	45 400	6,2	129 300	3,6	626 200	0,3	1 964 300	2,4
Dahme-								
Seenland.....	29 800	6,9	50 500	-0,6	393 800	3,5	820 400	2,5
Spreewald.....	27 400	1,2	67 900	6,2	509 600	-2,0	1 369 100	2,6
Niederlausitz....	6 900	1,3	15 000	5,9	148 600	-0,9	441 900	1,4
Elbe-Elster-								
Land.....	3 300	-1,1	15 600	-3,0	47 900	-4,6	210 100	-0,7
Fläming.....	30 400	0,0	75 900	2,3	420 700	5,4	1 056 100	7,6
Havelland.....	16 700	0,7	40 900	-9,5	305 000	4,1	853 300	4,5
Potsdam.....	30 500	11,0	66 000	7,9	413 800	12,4	976 000	13,8
Land								
Brandenburg	259 800	4,0	646 800	2,3	3 963 600	3,4	10 919 200	4,2

Verkehr November 2012**Anstieg der Getöteten bei Straßenverkehrsunfällen in Berlin**

(...) Die Polizei registrierte im November 2012 nach vorläufigen Ergebnissen 11 669 Straßenverkehrsunfälle auf Berlins Straßen, das waren 2,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Bei 1 138 Unfällen mit Personenschaden starben fünf Personen, zwei getötete Unfallopfer mehr als im Monat November des Vorjahres. 162 Personen wurden schwer (+8,7 %) und 1 182 leicht verletzt (+4,2 %). Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden sanken um 20,6 %; die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel stiegen um 41,4 %. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete einen Anstieg um 1,8 %.

In den Monaten Januar bis November 2012 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 119 645 Straßenverkehrsunfälle, 0,8 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei 13 483 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 15 923 Personen. Dabei wurden 15 882 Personen verletzt und 41 getötet, das waren neun getötete Personen weniger als im Zeitraum Januar bis November 2011.

Ein Drittel weniger tödlich Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen in Brandenburg

(...) Die Polizei registrierte nach vorläufigen Ergebnissen im November 2012 auf Brandenburger Straßen 6 846 Straßenverkehrsunfälle, das waren 3,0 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Bei 607 Unfällen mit Personenschaden starben zehn Personen, fünf getötete Unfallopfer weniger als im Monat November des vorigen Jahres. 170 Personen wurden schwer (+2,4 %) und 573 leicht verletzt (-1,5 %). Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden gingen um 3,6 % zurück; die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel stiegen um 30,3 %. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete einen Rückgang um 3,2 %.

In den Monaten Januar bis November 2012 erfasste die Brandenburger Polizei insgesamt 72 968 Straßenverkehrsunfälle, 0,5 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 7 684 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 9 716 Personen. Dabei wurden 9 564 Personen verletzt und 152 getötet, das waren 22 getötete Personen weniger als im Zeitraum Januar bis November 2011.

Straßenverkehrsunfälle und dabei Verunglückte in Berlin und Brandenburg

Unfälle und deren Folgen	November			Januar bis November		
	2011	2012	Veränderung in %	2011	2012	Veränderung in %
Berlin						
Unfälle insgesamt.....	11 425	11 669	2,1	118 713	119 645	0,8
Unfälle mit Personenschaden.....	1 083	1 138	5,1	13 241	13 483	1,8
Unfälle mit nur Sachschaden.....	10 342	10 531	1,8	105 472	106 162	0,7
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne).....	107	85	-20,6	970	1 023	5,5
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	58	82	41,4	698	730	4,6
Sonstige Sachschadensunfälle...	10 177	10 364	1,8	103 804	104 409	0,6
Verunglückte insgesamt.....	1 286	1 349	4,9	15 668	15 923	1,6
davon						
Getötete.....	3	5	66,7	50	41	-18,0
Verletzte.....	1 283	1 344	4,8	15 618	15 882	1,7
Brandenburg						
Unfälle insgesamt.....	7 059	6 846	-3,0	73 354	72 968	-0,5
Unfälle mit Personenschaden.....	626	607	-3,0	7 751	7 684	-0,9
Unfälle mit nur Sachschaden.....	6 433	6 239	-3,0	65 603	65 284	-0,5
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne).....	250	241	-3,6	2 545	2 724	7,0
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	33	43	30,3	409	405	-1,0
Sonstige Sachschadensunfälle...	6 150	5 955	-3,2	62 649	62 155	-0,8
Verunglückte insgesamt.....	763	753	-1,3	9 729	9 716	-0,1
davon						
Getötete.....	15	10	-33,3	174	152	-12,6
Verletzte.....	748	743	-0,7	9 555	9 564	0,1

Bevölkerung September 2012

Weiterhin starker Bevölkerungszuwachs in Berlin

(...) Die Bevölkerungszahl lag in Berlin am 30. September 2012 bei 3 531 000 Einwohnern. Sie lag damit um 29 300 Personen bzw. 0,8 % über dem Stand vom Jahresanfang. Die Bevölkerungszunahme fiel nur geringfügig niedriger aus als die im Vergleichszeitraum 2011 (29 700 Personen bzw. 0,9 %).

Bestimmt wurde der Bevölkerungszuwachs durch einen hohen Wanderungsgewinn von 27 300 Personen (2011: 28 500 Personen). In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres verlegten rd. 121 000 Personen ihren Hauptwohnsitz nach Berlin, demgegenüber haben 93 700 Personen die Stadt verlassen. Den größten Anteil am Zuwanderungsgewinn hatten die aus dem Ausland kommenden Neuberliner, im Saldo waren dies 19 700 Personen. Ebenfalls positiv war die Bilanz mit dem übrigen Bundesgebiet (7 600 Personen). In diesem Plus ist der Wanderungsverlust mit dem Berliner Umland (3 700 Personen) bereits eingerechnet.

In den Monaten Januar bis September 2012 wurden in Berlin 24 500 Kinder lebend geboren, das waren rd. 1 000 Kinder mehr als im Vergleichszeitraum 2011. Dem gegenüber wurden im Berichtszeitraum 22 500 Sterbefälle registriert. Der daraus resultierende Geburtenüberschuss lag somit bei 2 000 Personen (2011: 1 200 Personen).

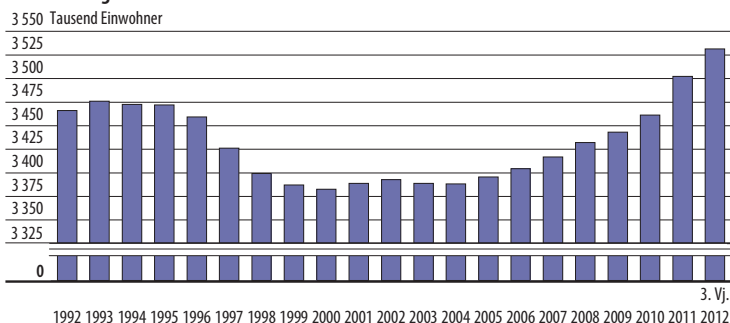
Abgeschwächter Bevölkerungsverlust in Brandenburg

(...) Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag am 30. September 2012 bei 2 492 800 Einwohnern. Gegenüber dem Jahresanfang bedeutet dies ein Bevölkerungsverlust von 2 900 Personen bzw. 0,1 %. Im Jahr 2011 war noch mit einer Bevölkerungsabnahme von 5 400 Personen bzw. 0,2 % ein höherer Verlust registriert worden.

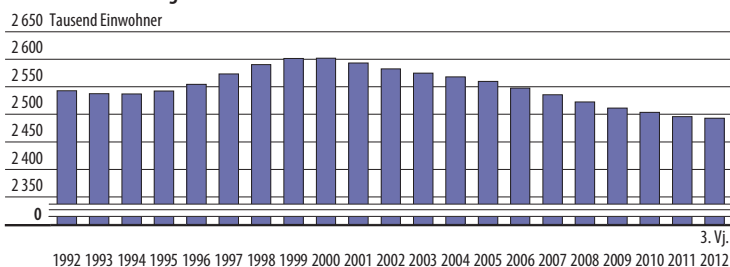
In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 wurden im Land Brandenburg 13 500 Kinder lebend geboren, das waren ebenso viele wie im Vergleichszeitraum des Jahres 2011. Gestiegen im Vergleich zum Jahr 2011 hingegen ist die Zahl der Sterbefälle (20 600 Personen), sodass der Sterbeüberschuss mit 7 100 Personen etwas höher ausfiel als im Jahr 2011 (6 800 Personen).

Der gleichzeitig im Berichtszeitraum ermittelte Wanderungsgewinn von 4 200 Personen (2011: 1 300 Personen) konnte jedoch den Sterbeüberschuss bei weitem nicht ausgleichen. In den Monaten Januar bis September 2012 verlegten 48 600 Personen ihren Hauptwohnsitz nach Brandenburg, somit nahm die Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Jahr 2011 um 1 400 zu. Im Gegenzug haben 44 400 Personen (2011: 45 900 Personen) das Land Brandenburg verlassen.

Bevölkerungsstand seit 1992 in Berlin ...



... und Brandenburg



Preise Januar 2013

Umstellung des Verbraucherpreisindizes in Berlin und Brandenburg auf ein neues Basisjahr

Der Verbraucherpreisindex in Berlin und Brandenburg wird ab dem Berichtsmontat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 \pm 100 auf die neue Basis 2010 \pm 100 umgestellt. Damit verbunden ist eine Neuberechnung der Ergebnisse ab Januar 2010. Aus diesem Grund werden (...) die monatlichen Ergebnisse zur Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg nicht wie gewohnt Ende Januar 2013 veröffentlicht. Wegen der erforderlichen Arbeiten zur Umstellung und Analyse der neu zu berechnenden Ergebnisse ist geplant, den Verbraucherpreisindex für den Monat Januar 2013 für beide Länder am 20. Februar 2013 zu veröffentlichen. Ende Januar 2013 wird lediglich das Statistische Bundesamt ein vorläufiges Ergebnis auf Bundesebene bekannt geben.

Der Verbraucherpreisindex wird alle fünf Jahre auf ein neues Basisjahr umgestellt. Für den Berichtsmontat Dezember 2012 wurde die Indexberechnung letztmalig auf der alten Basis 2005 \pm 100 durchgeführt. Im Mittelpunkt jeder Umstellung steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die in die Indexberechnung einbezogenen Waren und Dienstleistungen. Dieses bildet die Ausgabenanteile für die einzelnen Güterarten an den Gesamtausgaben privater Haushalte für den Konsum ab. Auch die Wägungsschemata für die im Index entsprechend ihrer Bedeutung im Einzelhandel berücksichtigten Geschäftstypen und für die Gewichtung der Bundesländer im Verbraucherpreisindex für Deutschland werden neu berechnet. Alle neuen Wägungsschemata beziehen sich auf das Jahr 2010 und bleiben im Gegensatz zu den Waren und Leistungen im sogenannten „Warenkorb“ bis

zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung unverändert. Der Warenkorb wird laufend aktualisiert, um immer die aktuell häufig gekauften Güter monatlich preisstatisch beobachten zu können.

Darüber hinaus wird die turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindizes auch für methodische Verbesserungen genutzt. So wird mit der Umstellung auf das Basisjahr 2010 beispielsweise die Praxis bei der Einbeziehung von Saisongütern sowie Pauschalreisen und Ferienwohnungen geändert und die Preisentwicklung im Bildungswesen differenzierter nachgewiesen.

Ab Berichtsmontat Februar 2013 wird dann die bisher übliche Veröffentlichung erster Ergebnisse zum Monatsende wieder aufgenommen. Auch sind für Berlin und Brandenburg keine grundsätzlichen Änderungen bezüglich der Veröffentlichungsinhalte vorgesehen.

Verbraucherpreisindex in Berlin und Brandenburg (Basis 2005 \pm 100) Stand: Dezember 2012 Gesamtüberblick nach Abteilungen und ausgewählten Gütern

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Berlin			Brandenburg		
		Index- stand	Veränderung gegenüber		Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vor- monat	Vorjahres- monat		Vor- monat	Vorjahres- monat
	Promille	2005 \pm 100	in %		2005 \pm 100	in %	
Preisindex insgesamt.....	1000,00	114,4	2,3	0,9	113,4	1,9	1,0
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel.....	983,09	114,2	2,1	0,8	113,2	1,7	0,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	113,3	2,3	1,0	112,1	1,7	1,1
ohne Nettomieten und Nebenkosten.....	763,66	115,6	2,8	1,1	116,4	2,3	1,2
ohne administrierte Preise.....	792,42	115,2	2,4	1,1	113,7	2,1	1,2
Waren	493,00	118,0	3,2	0,2	117,7	2,5	0,1
Andere Verbrauchsgüter.....	305,11	127,2	4,3	0,2	125,4	3,0	0,2
Dienstleistungen.....	507,00	111,0	1,6	1,7	109,1	1,2	1,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	103,55	124,8	4,7	1,1	122,0	4,1	1,2
Nahrungsmittel zusammen.....	89,99	125,1	5,2	1,3	122,0	4,5	1,2
saisonabhängige Nahrungsmittel!.....	16,91	126,8	13,7	4,7	122,2	10,8	5,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren.....	38,99	118,1	2,4	0,2	119,2	2,1	0,1
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten).....	16,56	110,4	1,8	0,5	112,9	1,1	0,2
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	106,7	0,9	- 0,5	115,3	3,9	0,8
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe.....	308,00	118,8	2,4	-	112,3	1,3	- 0,2
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	236,34	110,6	0,8	-	103,6	0,5	-
Nettokaltmieten.....	203,30	110,9	0,9	0,1	103,3	0,6	-
Wohnungsnebenkosten.....	33,04	109,0	0,9	-	105,0	- 0,2	-
Haushaltsenergie.....	59,82	146,4	7,0	- 0,3	144,4	3,4	- 0,6
Elektrizität.....	24,61	143,2	7,2	-	141,7	2,5	0,9
Gas.....	12,85	142,8	8,5	-	130,5	1,9	-
Heizöl.....	9,21	162,0	5,1	- 2,5	168,0	3,9	- 5,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	55,87	105,0	1,6	- 0,1	108,7	1,5	0,3
Gesundheitspflege.....	40,27	107,2	1,5	-	108,6	2,6	-
Verkehr.....	131,90	119,3	2,6	- 0,1	118,3	1,7	- 0,2
Kraftstoffe.....	35,37	132,2	3,5	- 1,0	131,8	3,0	- 1,3
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	83,6	- 1,4	- 0,1	83,7	- 1,4	- 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	108,6	3,4	5,5	111,3	2,7	5,4
Pauschalreisen.....	25,93	135,7	6,9	22,8	135,7	6,9	22,8
Bildungswesen.....	7,40	79,5	3,5	-	119,2	0,2	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen.....	43,99	114,50	2,0	4,7	119,80	2,7	5,7
Verpflegungsdienstleistungen.....	32,12	110,8	1,8	0,1	116,9	2,9	0,2
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen).....	11,87	124,5	2,6	17,7	127,6	2,1	22,7
Miete für Ferienwohnungen.....	4,44	157,7	2,9	68,8	157,7	2,9	68,8
Andere Waren und Dienstleistungen.....	74,47	112,6	- 0,1	0,1	109,9	- 0,7	- 0,1

Preise Jahr 2012

Verbraucherpreise in Berlin um 2,4 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist in Berlin von November 2012 bis Dezember 2012 um 0,9 % auf einen Indexstand von 114,4 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2011 betrug +2,3 %. Im Durchschnitt des Jahres 2012 gegenüber 2011 lag die Veränderung bei +2,4 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von November bis Dezember 2012 um durchschnittlich 0,9 % ist – wie zum Jahresende gewohnt – maßgeblich auf die Verteuerung von Pauschalreisen (+22,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+17,7 %) zurückzuführen. Auch höhere Preise für Nahrungsmittel (+1,3 %), wie insbesondere für Gemüse (+4,3 %), Fisch und Fischwaren (+3,1 %) und Obst (+2,7 %), trugen dazu bei. Darüber hinaus schlug sich die Anhebung der Bahnpreise auf die Preisentwicklung für die Personenbeförderung im Schienenverkehr nieder (+3,0 %). Gesunken sind dagegen die Energiepreise (–0,6 %). Insbesondere waren Heizöl (–2,5 %) und Kraftstoffe (–1,0 %) den zweiten bzw. dritten Monat in Folge günstiger als im Vormonat.

Der jährliche Preisauftrieb blieb mit +2,3 % auf dem Niveau von November 2012 und wird neben den Energiepreisen (+5,8 %) zunehmend durch die Teuerung der Nahrungsmittel (+5,2 %) bestimmt. Vor allem Obst (+12,2 %) und Gemüse (+11,7 %), aber auch Fisch und Fischwaren (+6,7 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+5,5 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+5,0 %) waren erheblich teurer als im Vorjahr. Lediglich Speisefette und -öle (–6,7 %) waren günstiger. Bei den Energieprodukten stiegen gegenüber Dezember 2011 insbesondere die Preise für Gas (+8,5 %), Strom (+7,2 %) sowie Zentralheizung und Fernwärme (+6,8 %). Aber auch Heizöl (+5,1 %), feste Brennstoffe (+3,9 %) und Kraftstoffe (3,5 %) verteuerten sich überdurchschnittlich. Ebenso zogen im Jahresvergleich die Preise für Pauschalreisen (+6,9 %), Zeitungen und Zeitschriften (+5,5 %), Bücher (3,4 %) und die Personenbeförderung im Schienenverkehr (+3,3 %) deutlich an.

Mit einem Anstieg um 2,4 % gegenüber 2011 verharnte die durchschnittliche Preisentwicklung für 2012 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres. (...)

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 2,0 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von November 2012 bis Dezember 2012 um 1,0 % auf einen Indexstand von 113,4 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember betrug +1,9 %. Im Durchschnitt des Jahres 2012 lag die Veränderung gegenüber 2011 bei +2,0 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von November bis Dezember 2012 um durchschnittlich 1,0 % ist, wie zum Jahresende gewohnt, maßgeblich auf die Verteuerung von Pauschalreisen (+22,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+22,7 %) zurückzuführen. Auch höhere Preise für Nahrungsmittel (+1,2 %), wie insbesondere für Gemüse (+5,1 %) und Obst (+4,0 %), trugen dazu bei. Darüber hinaus schlug sich die Anhebung der Bahnpreise im Dezember 2012 auf die Preisentwicklung für die Personenbeförderung im Schienenverkehr gegenüber November 2012 nieder (+3,0 %). Gesunken sind dagegen zum Jahresende die Energiepreise (–0,9 %). Insbesondere waren Heizöl (–5,2 %) und Kraftstoffe (–1,3 %) den zweiten bzw. dritten Monat in Folge günstiger als im Vormonat.

Der jährliche Preisauftrieb (+1,9 %) zog zum Jahresende wieder an (November 2012: +1,5 %) und wird zunehmend durch die Teuerung der Nahrungsmittel (+4,5 %) bestimmt. Vor allem Gemüse (+10,2 %) und Obst (+9,5 %), aber auch Fleisch und Fleischwaren (+5,6 %), Fisch und Fischwaren (+4,7 %) sowie Süßwaren (+4,3 %) waren erheblich teurer als ein Jahr zuvor. Lediglich Speisefette und -öle (–4,1 %) waren wesentlich günstiger. Der zu beobachtende abnehmende Einfluss der Energiepreise auf die Gesamtentwicklung hält weiter an. Mit einem Anstieg um 3,3 % wurde im Dezember 2012 die niedrigste jährliche Erhöhung seit August 2010 ermittelt. Überdurchschnittliche Preisanstiege gegenüber Dezember 2011 zeigten sich noch bei Pauschalreisen (+6,9 %), Zeitungen und Zeitschriften (+4,7 %), Büchern (3,4 %) und der Personenbeförderung im Schienenverkehr (+3,3 %). Rückläufig entwickelten sich weiterhin die Preise für Unterhaltungselektronik (–5,2 %), Informationsverarbeitungsgeräte sowie Foto und Filmausrüstungen (je –3,8 %).

Mit einem Anstieg um 2,0 % gegenüber 2011 verharnte die durchschnittliche Preisentwicklung für 2012 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres. (...)

Kurz gefasst **aus Deutschland****Erwerbstätigkeit** Jahr 2012

▢ **Zahl der Erwerbstätigen erreicht erneut Höchststand**

Im Jahr 2012 waren durchschnittlich rund 41,5 Mill. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig, das waren 416 000 Personen oder 1,0 % mehr als ein Jahr zuvor. (...) Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte damit im sechsten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Seit 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen um insgesamt 2,66 Mill. Personen (+6,8 %) gestiegen. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit fiel allerdings im Jahr 2012 im Zuge der in der zweiten Jahreshälfte nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik nicht mehr ganz so kräftig aus wie im Jahr 2011. Damals hatte sich die Zahl der Erwerbstätigen noch um 550 000 Personen oder 1,4 % erhöht.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung sank die Zahl der Erwerbslosen (nach international vergleichbarer Definition) im Jahresdurchschnitt 2012 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 162 000 Personen (–6,5 %) auf 2,34 Mill. Die Erwerbslosenquote ging im gleichen Zeitraum von 5,7 % auf 5,3 % zurück. Die Zahl der aktiv am Arbeitsmarkt verfügbaren Erwerbspersonen, definiert als Summe von Erwerbstätigen und Erwerbslosen, erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 254 000 Personen (+0,6 %) auf 43,9 Mill. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts ist die Zahl der Erwerbslosen insgesamt um 2,23 Mill. (–48,8 %) gesunken und hat sich damit fast halbiert.

Von der positiven Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt profitierten insbesondere die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, deren Anzahl – wie schon in den Jahren 2010 und 2011 – auch im Jahr 2012 überproportional gestiegen ist. Insgesamt wuchs die Zahl der Arbeitnehmer mit Wohnort in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2012 um 410 000 Personen (+1,1 %) auf rund 37,0 Mill. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger stieg im selben Zeitraum um 6 000 Personen (+0,1 %) auf rund 4,55 Mill.

Mit Arbeitsort in Deutschland waren im Durchschnitt des Jahres 2012 nach den ersten vorläufigen Berechnungen (...) rund 41,6 Mill. Personen erwerbstätig – das waren 422 000 Personen (+1,0 %) mehr als ein Jahr zuvor. Die Differenz zwischen der Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort und der Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erklärt sich durch den Saldo der erwerbstätigen Ein- und Auspendler über die Grenzen Deutschlands (Pendlersaldo). Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug der Pendlersaldo, das heißt die Differenz aus der Zahl der Erwerbstätigen, die nach Deutschland zur Arbeit pendeln und der Zahl der Erwerbstätigen, die ins Ausland pendeln, +54 000 Personen. Der Einpendlerüberschuss lag damit um 6 000 Personen höher als im Durchschnitt des Jahres 2011.

Erwerbspersonen, Erwerbslose und Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland¹ von 1991 bis 2012

Jahr	Erwerbs- personen	Erwerbs- lose ²	Erwerbstätige Inländer		
			ins- gesamt	Arbeit- nehmer	Selbst- ständige ³
	Personen in 1 000				
1991 ...	40 932	2 159	38 773	35 209	3 564
2004 ...	43 075	4 160	38 915	34 658	4 257
2005 ...	43 441	4 571	38 870	34 453	4 417
2006 ...	43 361	4 245	39 116	34 660	4 456
2007 ...	43 392	3 601	39 791	35 293	4 498
2008 ...	43 433	3 136	40 297	35 817	4 480
2009 ...	43 551	3 228	40 323	35 853	4 470
2010 ...	43 512	2 946	40 566	36 073	4 493
2011 ...	43 618	2 502	41 116	36 577	4 539
2012 ...	43 872	2 340	41 532	36 987	4 545

Veränderung gegenüber dem entsprechenden
Vorjahreszeitraum in %

2004 ...	0,9	6,2	0,3	– 0,0	3,4
2005 ...	0,8	9,9	– 0,1	– 0,6	3,8
2006 ...	– 0,2	– 7,1	0,6	0,6	0,9
2007 ...	0,1	– 15,2	1,7	1,8	0,9
2008 ...	0,1	– 12,9	1,3	1,5	– 0,4
2009 ...	0,3	2,9	0,1	0,1	– 0,2
2010 ...	– 0,1	– 8,7	0,6	0,6	0,5
2011 ...	0,2	– 15,1	1,4	1,4	1,0
2012 ...	0,6	– 6,5	1,0	1,1	0,1

1 Jahresdurchschnitte

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

3 einschließlich mithelfender Familienangehöriger

In den Dienstleistungsbereichen wuchs die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2012 insgesamt um 295 000 Personen (+1,0 %). Den größten Anteil daran hatten weiterhin die unternehmensnahen Dienstleistungen mit einem Plus von 93 000 Erwerbstätigen (+1,7 %) im Vorjahresvergleich, gefolgt von den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit mit +87 000 Erwerbstätigen (+0,9 %). Dabei fiel der Zuwachs bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, denen auch die Zeitarbeitsbranche zugeordnet ist, im Jahr 2012 erheblich kleiner und bei den öffentlichen Dienstleistern, Erziehung, Unterricht deutlich größer aus als im Jahr 2011. Auch die produzierenden Bereiche verzeichneten in der Summe Beschäftigungsgewinne. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2012 um 94 000 Personen (+1,2 %) und im Baugewerbe um durchschnittlich 32 000 Personen (+1,3 %). In der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2012 geringfügig um 1 000 Personen (+0,1 %) über dem Vorjahresergebnis.

Quelle: DESTATIS

Bevölkerung Jahr 2011

11 500 Mehrlingsgeburten in Deutschland

In den letzten zwanzig Jahren ist der Anteil der Mehrlingsgeburten in Deutschland deutlich gestiegen. (...) Im Jahr 2011 gab es insgesamt 11 500 Mehrlingsgeburten. Jedes 29. geborene Kind ist mittlerweile ein Mehrlingskind. 1991 war es lediglich jedes 42. Kind.

Die meisten der Mehrlingsgeburten im Jahr 2011 waren Zwillingsgeburten (98 %). In 230 Fällen wurden Drillinge geboren und in sechs Fällen Vierlinge.

Bei den Mehrlingskindern waren die Eltern häufiger miteinander verheiratet als bei den Einzelgeborenen: 75 % der Mehrlingskinder hatten miteinander verheiratete Eltern. Bei den Einzelgeborenen waren es dagegen nur etwa 66 %.

Quelle: DESTATIS

Einzelhandel Jahr 2012

Umsatz voraussichtlich real um etwa 0,2 % niedriger

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Jahr 2012 nach Schätzungen (...) nominal zwischen 1,9 % und 2,1 % mehr um als im Jahr 2011. Inflationsbereinigt dürfte der Umsatz zwischen 0,1 % und 0,3 % unter dem Vorjahreswert liegen.

Diese Schätzung basiert auf den Umsätzen der Monate Januar bis November 2012, die nominal um 2,3 % höher und real genauso hoch waren wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Sie berücksichtigt, dass der Dezember 2012 zwei Verkaufstage weniger hatte als der Vorjahresmonat.

Im November 2012 setzten die deutschen Einzelhandelsunternehmen nach vorläufigen Ergebnissen nominal 1,6 % mehr und real 0,9 % weniger um als im November 2011. Beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage. Im Vergleich zum Oktober 2012 ist der Umsatz im November kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) nominal um 1,6 % und real um 1,2 % gestiegen. Aufgrund der Schätzanteile in den Daten werden sich die Werte für November 2012 voraussichtlich noch erhöhen.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im November 2012 nominal 4,5 % und real 0,9 % mehr um als im November 2011. Dabei lag der Umsatz bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal um 4,7 % und real um 1,1 % höher als im Vorjahresmonat. Im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln wurden nominal 2,5 % mehr und real 0,8 % weniger als im November 2011 umgesetzt.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze im November 2012 nominal und real niedriger als im November 2011 (nominal –0,9 %, real –2,3 %). Hier wurde nur im sonstigen Einzelhandel (zum Beispiel mit Büchern, Schmuck) nominal (+1,2 %) mehr als im Vorjahresmonat umgesetzt. Real sank hier der Umsatz um 0,4 %.

Quelle: DESTATIS

Einzelhandelsumsatz¹ in Deutschland vom Jahr 2009 bis November 2012

Jahr / Monat	In jeweiligen Preisen (nominal)		In konstanten Preisen (real)	
	2005 = 100	Veränderung in %	2005 = 100	Veränderung in %
Jahresdurchschnitte der Messzahlen sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr ²				
2009	97,9	– 3,7	95,9	– 3,2
2010	100,4	2,6	97,3	1,5
2011	103,1	2,7	98,5	1,2
Monatliche Messzahlen sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat ³				
2011 November..	108,1	2,9	102,9	1,1
Dezember..	123,1	2,0	118,3	0,9
2012 Januar.....	95,0	3,8	90,6	1,8
Februar.....	94,8	4,8	88,9	2,3
März.....	110,0	6,3	102,6	4,1
April.....	102,8	– 2,7	95,6	– 4,6
Mai.....	105,6	1,3	98,0	– 0,8
Juni.....	105,2	6,8	97,9	4,4
Juli.....	102,7	0,9	96,3	– 1,2
August.....	103,0	1,7	96,2	– 0,9
September..	101,4	– 1,5	94,3	– 3,7
Oktober.....	109,1	2,6	101,1	0,2
November..	109,8	1,6	101,9	– 0,9
Kalender- und saisonbereinigte Messzahlen sowie Veränderung gegenüber dem Vormonat ⁴				
2011 November..	104,0	– 0,3	98,6	– 0,4
Dezember..	103,9	– 0,1	99,1	0,5
2012 Januar.....	103,6	– 0,3	98,1	– 1,0
Februar.....	104,3	0,7	97,9	– 0,3
März.....	106,0	1,6	99,3	1,5
April.....	104,9	– 1,0	98,4	– 0,9
Mai.....	105,1	0,2	98,3	– 0,1
Juni.....	105,8	0,7	98,9	0,6
Juli.....	104,8	– 0,9	98,1	– 0,8
August.....	104,9	0,1	97,6	– 0,5
September..	105,1	0,2	97,7	0,1
Oktober.....	104,0	– 1,0	96,4	– 1,3
November..	105,7	1,6	97,6	1,2

¹ Einzelhandel ohne Handel mit Kraftfahrzeugen, vorläufige Ergebnisse

² berechnet aus den Ursprungswerten (ohne Kalender- und Saisonbereinigung)

³ Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA

Außenhandel November 2012**Deutsche Ausfuhren zum November 2011 unverändert**

Im November 2012 wurden von Deutschland Waren im Wert von 94,1 Mrd. EUR ausgeführt und Waren im Wert von 77,1 Mrd. EUR eingeführt. (...) Damit waren die deutschen Ausfuhren – anhand vorläufiger Ergebnisse – im November 2012 gegenüber November 2011 unverändert und die Einfuhren um 1,2 % niedriger. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber Oktober 2012 um 3,4 % ab, die Einfuhren sanken um 3,7 %.

Die Außenhandelsbilanz schloss im November 2012 mit einem Überschuss von 17,0 Mrd. EUR ab. Im November 2011 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz +16,1 Mrd. EUR betragen. Der Außenhandelsbilanzüberschuss lag im November 2012 kalender- und saisonbereinigt bei 14,6 Mrd. EUR.

Zusammen mit den Salden für Dienstleistungen (–0,2 Mrd. EUR), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,7 Mrd. EUR), laufende Übertragungen (–3,2 Mrd. EUR) sowie Ergänzungen zum Außenhandel (–2,9 Mrd. EUR) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im November 2012 mit einem Überschuss von 15,3 Mrd. EUR ab. Im November 2011 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 16,1 Mrd. EUR ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurden im November 2012 Waren im Wert von 53,0 Mrd. EUR versandt und Waren im Wert von 50,0 Mrd. EUR von dort bezogen. Gegenüber November 2011 nahmen die Versendungen in die EU-Länder um 4,0 % ab und die Eingänge aus diesen Ländern um 0,9 % zu. In die Länder der Eurozone wurden im November 2012 Waren im Wert von 35,0 Mrd. EUR (–5,7 %) geliefert und Waren im Wert von 34,8 Mrd. EUR (+1,1 %) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im November 2012 Waren im Wert von 18,0 Mrd. EUR (–0,6 %) ausgeführt und Waren im Wert von 15,3 Mrd. EUR (+0,5 %) von dort eingeführt.

In die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) wurden im November 2012 Waren im Wert von 41,1 Mrd. EUR exportiert und Waren im Wert von 27,0 Mrd. EUR aus diesen Ländern importiert. Gegenüber November 2011 nahmen die Exporte in die Drittländer um 5,6 % zu und die Importe von dort um 4,9 % ab.

Quelle: DESTATIS

Grenzüberschreitende Transaktionen Deutschlands 2011 und 2012 in Mrd. EUR

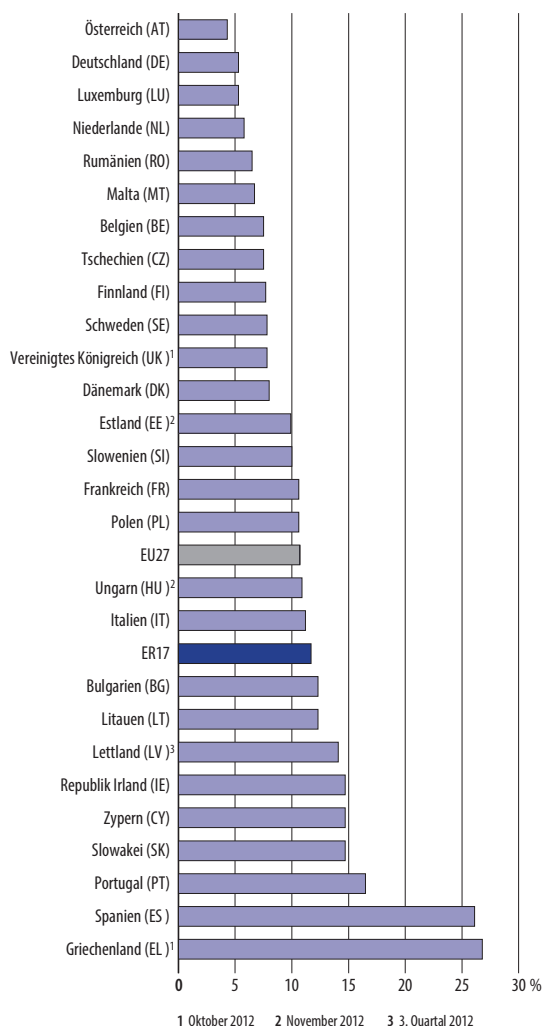
Gegenstand der Nachweisung	November	Januar bis November	Oktober	November	Januar bis November
	2012			2011	
Ausfuhr insgesamt 1.....	94,1	1 018,4	98,4	94,1	976,4
Einfuhr insgesamt 2.....	77,1	842,2	82,7	78,0	830,2
Saldo der					
Handelsbilanz 3 = (1-2).....	17,0	176,2	15,7	16,1	146,2
Dienstleistungsbilanz 4.....	– 0,2	– 9,8	– 1,9	– 0,0	– 9,5
Erwerbs- und Vermögens- einkommen 5.....	4,7	46,7	5,2	5,4	40,9
Laufenden Übertragungen 6.....	– 3,2	– 37,7	– 3,3	– 3,6	– 34,9
Ergänzungen zum Außenhandel 7.	– 2,9	– 26,8	– 2,6	– 1,8	– 16,4
Leistungsbilanz (= (3+4+5+6+7)...) ..	15,3	148,7	13,2	16,1	126,3

Differenzen in den Summen können
sich durch Rundungen ergeben.

Kurz gefasst **aus Europa****Arbeitsmarkt** Dezember 2012**Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,7 %**

Im Euroraum (ER17)¹ lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2012 bei 11,7 %, stabil gegenüber November. In der EU27² lag die Arbeitslosenquote bei 10,7 %, ebenfalls stabil gegenüber November. Im Vergleich zum Dezember 2011 sind die Quoten in beiden Gebieten deutlich gestiegen; in jenem Monat hatten sie 10,7 % bzw. 10,0 % betragen. (...).

Es wird schätzt, dass im Dezember 2012 in der EU27 insgesamt 25,926 Mill. Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 18,715 Mill. im Euroraum. Gegenüber November 2012 blieb die Zahl der arbeitslosen Personen sowohl in der EU27 als auch im Euroraum nahezu unverändert. Gegenüber Dezember 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 1,763 Mill. und im Euroraum um 1,796 Mill. zu.

Arbeitslosenquoten in Europa im Dezember 2012, saisonbereinigt

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Österreich (4,3 %), Deutschland und Luxemburg (je 5,3 %) sowie die Niederlande (5,8 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Griechenland (26,8 % im Oktober 2012) und Spanien (26,1 %).

Die Arbeitslosenquote stieg über ein Jahr betrachtet in zwanzig Mitgliedstaaten und fiel in sieben. Die höchsten Rückgänge verzeichneten Estland (von 12,1 % auf 9,9 % zwischen November 2011 und November 2012), Lettland (von 15,7 % auf 14,1 % zwischen dem dritten Quartal 2011 und 2012) und Litauen (von 13,7 % auf 12,3 %). Die höchsten Anstiege meldeten Griechenland (von 19,7 % auf 26,8 % zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012), Zypern (von 9,7 % auf 14,7 %) und Spanien (von 23,2 % auf 26,1 %).

Vergleicht man Dezember 2012 mit Dezember 2011, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer im Euroraum von 10,5 % auf 11,6 % und in der EU27 von 10,0 % auf 10,7 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im Euroraum von 10,9 % auf 11,8 % und in der EU27 von 10,1 % auf 10,7 % zu.

In der EU27 waren im Dezember 2012 5,702 Mill. Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,624 Mill. im Euroraum. Gegenüber Dezember 2011 stieg deren Zahl in der EU27 um 237 000 und im Euroraum um 303 000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im Dezember 2012 in der EU27 bei 23,4 % und im Euroraum bei 24,0 %. Im Dezember 2011 hatten die Quoten 22,2 % bzw. 21,7 % betragen. Die niedrigsten Quoten im Dezember 2012 verzeichneten Deutschland (8,0 %), Österreich (8,5 %) und die Niederlande (10,0 %), und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (57,6 % im Oktober 2012) und Spanien (55,6 %).

Im Dezember 2012 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 7,8 %. In Japan lag die Quote im November 2012 bei 4,1 %.

Quelle: EUROSTAT

1 Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Finanzen 3. Quartal 2012

Öffentlicher Schuldenstand des Euroraums und der EU27 nahezu stabil bei 90,0 % bzw. 85,1 % des BIP

Am Ende des 3. Quartals 2012 belief sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP im Euroraum¹ (ER17) auf 90,0 %, verglichen mit 89,9 % am Ende des zweiten Quartals 2012. In der EU27² betrug der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP 85,1 %, verglichen mit 85,0 %. Gegenüber dem dritten Quartal 2011 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP sowohl im Euroraum (von 86,8 % auf 90,0 %) als auch in der EU27 (von 81,5 % auf 85,1 %). (...)

Am Ende des 3. Quartals 2012 hatten Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) einen Anteil von 78,9 % am öffentlichen Schuldenstand des Euroraums und von 80,4 % am öffentlichen Schuldenstand der EU27. Der Anteil von Krediten belief sich auf 18,3 % des öffentlichen Schuldenstands des Euroraums und auf 15,8 % der EU27. Bargeld und Einlagen machten 2,8 % des öffentlichen Schuldenstands des Euroraums und 3,8 % der EU27 aus.

Aufgrund der Beteiligung der EU Regierungen an den Finanzhilfen für einige Mitgliedstaaten, und um ein vollständigeres Bild über die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands zu erhalten, werden ebenfalls vierteljährliche Daten zu zwischenstaatlichen Krediten veröffentlicht. Der Anteil der zwischenstaatlichen Kredite als Prozent des BIP belief sich am Ende des 3. Quartals 2012 auf 1,7 % für den Euroraum und auf 1,3 % für die EU27.

Die höchsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) verzeichneten am Ende des 3. Quartals 2012 Griechenland (152,6 %), Italien (127,3 %), Portugal (120,3 %) und Irland (117,0 %) und die niedrigsten Quoten Estland (9,6 %), Bulgarien (18,7 %) und Luxemburg (20,9 %).

Im Vergleich zum 2. Quartal 2012 verzeichneten fünfzehn Mitgliedstaaten am Ende des 3. Quartals 2012 einen Anstieg der Verschuldungsquote, elf registrierten einen Rückgang und in einem Mitgliedstaat blieb die Verschuldungsquote stabil. Die höchsten Anstiege verzeichneten Irland (+5,9 Prozentpunkte), Griechenland (+3,4 Prozentpunkte) und Portugal (+2,9 Prozentpunkte) und die größten Rückgänge Lettland (-2,6 Prozentpunkte), Malta (-2,5 Prozentpunkte) und Österreich (-1,3 Prozentpunkte).

Quelle: EUROSTAT

Öffentlicher Schuldenstand des Euroraumes und der Europäischen Union im 3. Quartal 2011 und im 2. und 3. Quartal 2012

Merkmal	Dimension	3. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
		2011	2012	
ER17 ¹				
Schuldenstand des Staates.....	Mill. EUR.....	8 145 018	8 508 932	8 524 231
	% des BIP.....	86,8	89,9	90,0
davon Bargeld und Einlagen ..	Mill. EUR.....	226 716	234 060	240 821
	% des gesamten Schuldenstands.	2,8	2,8	2,8
Wertpapiere (ohne Anteilsrechte)	Mill. EUR.....	6 495 914	6 695 945	6 721 644
	% des gesamten Schuldenstands.	79,8	78,7	78,9
Kredite	Mill. EUR.....	1 422 388	1 578 926	1 561 766
	% des gesamten Schuldenstands.	17,5	18,6	18,3
zwischenstaatliche Kredite im Rahmen der Finanzkrise	Mill. EUR.....	58 609	155 868	158 462
	% des BIP.....	0,6	1,7	1,7
EU27 ²				
Schuldenstand des Staates.....	Mill. EUR.....	10 255 033	10 834 138	10 922 795
	% des BIP.....	81,5	85,0	85,1
davon Bargeld und Einlagen ..	Mill. EUR.....	396 490	407 237	417 099
	% des gesamten Schuldenstands.	3,9	3,8	3,8
Wertpapiere (ohne Anteilsrechte)	Mill. EUR.....	8 278 159	8 685 556	8 778 646
	% des gesamten Schuldenstands.	80,7	80,2	80,4
Kredite	Mill. EUR.....	1 580 383	1 741 345	1 727 050
	% des gesamten Schuldenstands.	15,4	16,1	15,8
zwischenstaatliche Kredite im Rahmen der Finanzkrise	Mill. EUR.....	58 609	157 518	160 831
	% des BIP.....	0,5	1,2	1,3

¹ Zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

² Zur Europäischen Union (EU27) gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Wirtschaft im Überblick **Oktober 2012****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2012 zum Oktober 2011 um 4,8 %; das sind genau 10 274 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,7 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,8 Prozentpunkte. Im Einzelnen waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats Oktober 2012 zum Oktober 2011) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangsindex leicht, bei der Beschäftigtenzahl blieb er konstant und beim Gesamtumsatz fiel

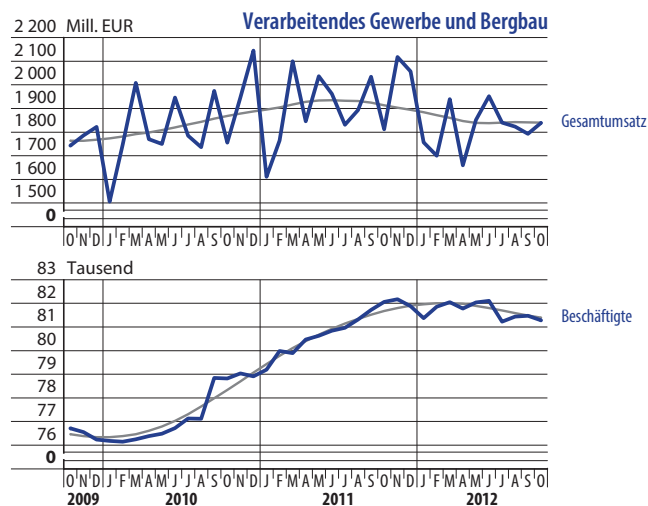
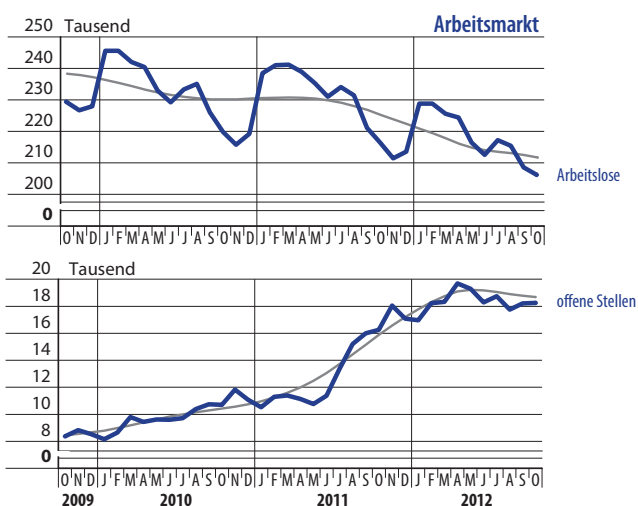
er leicht. Im Bauhauptgewerbe stieg die Trend-Kennziffer der Baugenehmigungen und der Beschäftigtenzahl leicht, die des Umsatzes blieb gleich, während sie beim Auftragseingang leicht fiel. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres an, bei den Übernachtungen etwas stärker als bei den Gästeankünften. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die der Betriebsgründungen und -aufgaben sank stark. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht – ebenso der bei den Unternehmensinsolvenzen. Im Oktober 2012 lag die Inflationsrate bei +2,4 % – der jährliche Trend war stärker steigend.

überein. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 11,7 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,8 Prozentpunkte. Die Berliner Arbeitslosenquote lag damit 5,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 0,5 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +2,4 Prozentpunkte. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (November 2011 bis Oktober 2012) im Vergleich zum Vorjahr (November 2010 bis Oktober 2011) lag bei –5,6 %, die Veränderung im laufenden Jahr (Januar bis Oktober 2012 zu Januar bis Oktober 2011, oder erste zehn Monate 2012 zu den ersten zehn Monaten 2011) betrug –6,2 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder leicht an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Der aktuelle Trend ist seit dem Jahresbeginn 2011 leicht fallend.

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Oktober des Jahres 2012 mit 205 527 Arbeitslosen 2,4 % weniger als im September 2012 registriert, das entsprach einem Minus von 2 387 Personen. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2011 nahm die Zahl der

Arbeitslosen um 4,8 % ab, das entsprach einem Minus von 10 274 Personen. Diese Anzahl stimmt ungefähr mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Schwielowsee oder der des Amtes Britz-Chorin-Oderberg im Landkreis Barnim, am 31. Dezember 2011,

Tabelle Seite 26



Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeförder-ten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 20 800 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit früheren Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Oktober 2012 waren 18 253 offene Stellen gemeldet. Das sind +12,3 % zum Oktober 2011 und +45,7 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume sowie bei Vergleich des laufenden Jahres 2012 (erste zehn Monate) mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +44,3 %. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen sehr stark an – in den letzten vier Monaten fällt sie jedoch wieder leicht ab. Innerhalb eines Jahres ist die Trend-Konjunktur-Komponente der Anzahl der offenen Stellen jedoch „noch“ stark steigend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,3. Der lineare Trend dieses Quotienten war sehr stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschafts-

zweige) im Oktober-Vergleich mit +9,2 % eine positive Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monatszeiträume waren es dann –3,6 % und in den zehn Monaten des laufenden Jahres –3,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 dann wieder kontinuierlich an, um seit Mitte 2011 fast gleichbleibend zu verlaufen. Der aktuelle Trend innerhalb eines Jahres ist leicht steigend.

Die 335 im Monat Oktober dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind drei Betriebe weniger als im Oktober 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 839,3 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 27,2 Mill. EUR oder 1,5 % überschritten. In den letzten 12 Monaten – vom November 2011 bis Oktober 2012 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,3 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verringerung des Gesamtumsatzes um 2,8 %; in den letzten zehn Monaten waren es –3,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit Mitte 2011 wieder leicht ab.

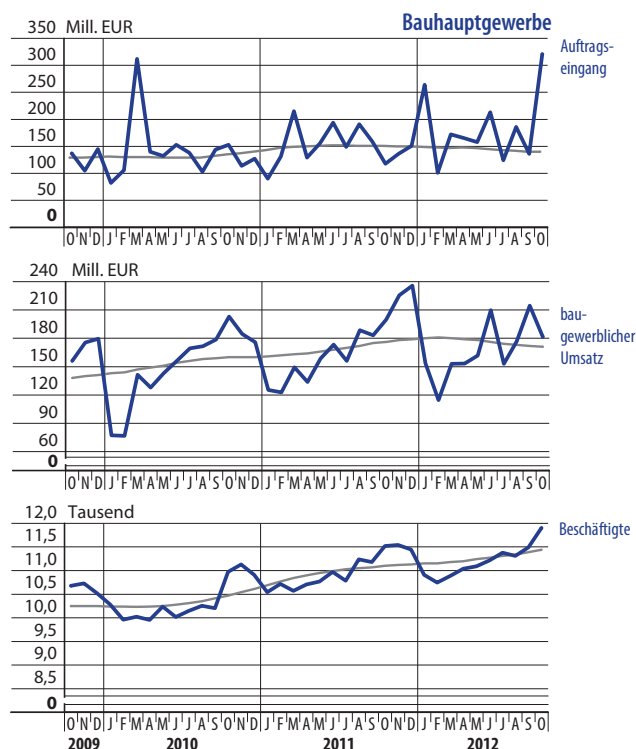
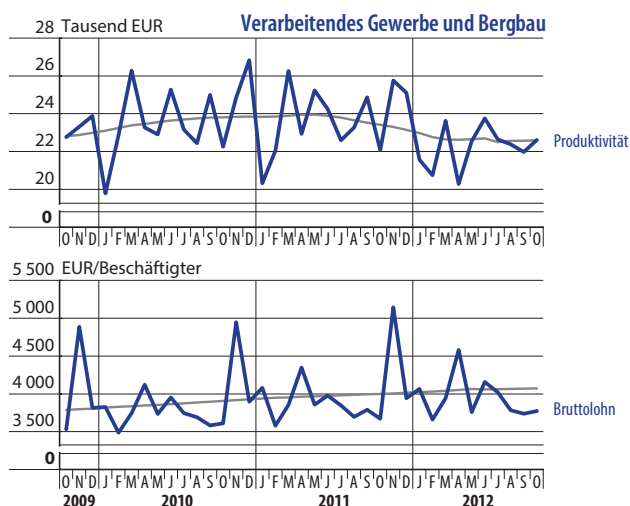
Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober 2012 ein Niveau von 1 013,4 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 55,1 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 11,9 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert.

Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 stark steigend, sie fällt dann seit Beginn des Jahres 2012 wieder leicht ab. Im Oktober des Jahres 2012 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 343 Personen tätig. Gegenüber dem Oktober 2011 gab es mit –0,9 % eine negative Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +1,6 % und beim 10-Monats-Vergleich mit +1,2 % ebenfalls eine Verbesserung sichtbar. Der aktuelle Trend ist gleichbleibend.

Im Oktober 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 612 EUR, das waren +2,5 % gegenüber dem Oktober 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag aktuell bei 3 773 EUR, sie nahm zu und lag um +2,8 % oder 103 EUR höher als im Oktober 2011.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner Bauhauptgewerbes erreichte das wertmäßige Volumen der Auf-

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



tragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – im Oktober 2012 ein Niveau von 321,0 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit +171,1 % zum Vorjahresmonat einen sehr starken Anstieg. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2012 waren es +20,2 % und beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von +20,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit der Mitte des Jahres 2010 wieder etwas, sie verläuft aber seit dem Frühjahr 2011 fast konstant. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Trend trotz des einmalig hohen Auftragseinganges im Oktober 2012 leicht fallend.

Im Oktober 2012 wurden 210 Baugenehmigungen erteilt, das sind +3,4 % zum Oktober 2011; im Vergleich des laufenden Jahres waren es –1,1 % und im aktuellen Ein-Jahres-Zeitraum dann +1,4 %. Der Trend war demzufolge leicht steigend.

Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Oktober 2012 einen Wert von 181,5 Mill. EUR (Gesamtumsatz: 182,1 Mill. EUR) bei –9,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen des laufenden Jahres und der zurückliegenden 12 Monate mit +5,1 % bzw. +9,3 % recht positiv. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Jahr

2009 fast linear an, senkte sich aber seit Anfang des Jahres 2012 leicht ab. Der jährliche Trend war jedoch gleichbleibend.

Mit 11 900 Beschäftigten wurde im Oktober 2012 zum Oktober 2011 ein Zuwachs von 3,3 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 10 bzw. 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten: von 2,7 % bzw. 3,0 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl war seit Mitte des Jahres 2006 leicht steigend, ebenso wie der beim Vergleich zum Vorjahresmonat.

Im Oktober 2012 erreichte im Berlin-Tourismus die Zahl der Gästeankünfte 1 050,2 Tsd; gegenüber dem Oktober 2011 waren es 78,5 Tsd. Personen oder 8,1 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 10,6 % und in den zehn Monaten des laufenden Jahres ein solches von +10,2 %. Der Trend war also steigend.

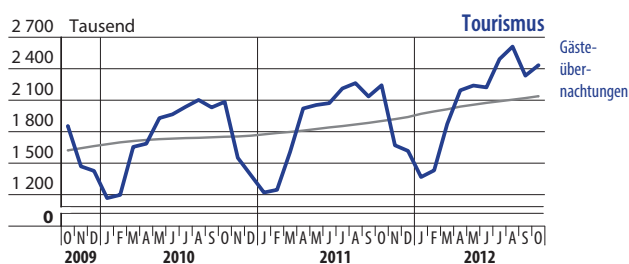
Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Oktober 2012 zu Oktober 2011) um 8,5 % an, von 2 242,8 Tsd. auf 2 432,4 Tsd. Übernachtungen. Im 10-Monats-Vergleich setzte sich mit +11,1 % und im 12-Monats-Vergleich mit +11,2 % diese positive Entwicklung fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear an, in der letzten Zeit sogar stärker.

Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2012 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig leicht steigender Tendenz.

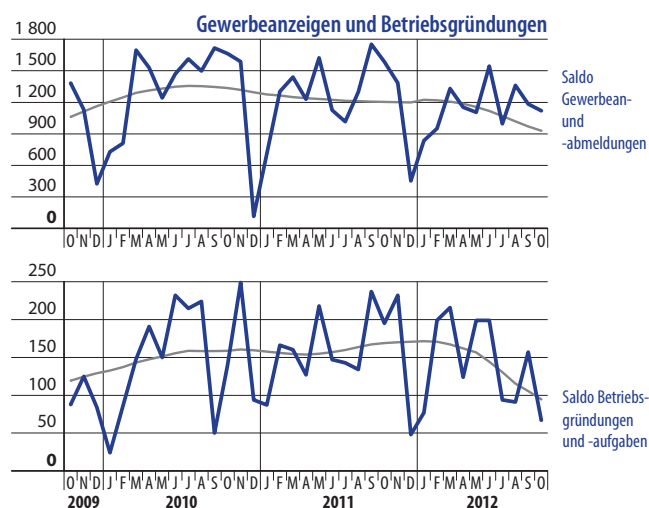
Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten.

Im Oktober 2012 wurden 1 121 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Oktober 2011, mit +1 585 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es –29,3 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –9,2 % und im laufenden Jahr –11,4 %. Der Trend war stärker fallend.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2012 auf 67 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit auf –65,6 % zum Oktober 2011, der ein Saldo von 195 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des laufenden Jahres ergeben sich –11,8 % und im Ein-Jahres-Zeitraum sind es bei den Betrieben –13,0 %. Der Trend war demzufolge stark fallend.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten beiden längerfristigen Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen eine leicht negative Veränderungsrate – bei beiden also eine „noch“ positive Entwicklung.

Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 627 Verfahren für den Monat Oktober 2012 genannt, das sind gegenüber dem Oktober des Vorjahres 4,8 % mehr. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –3,4 % und im laufenden Jahr –2,8 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich unter 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar

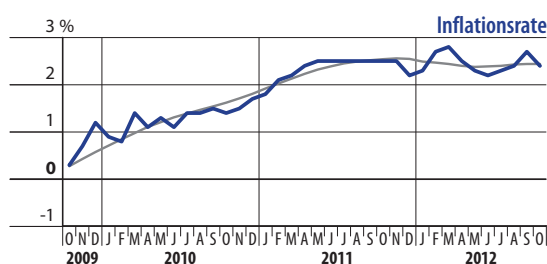
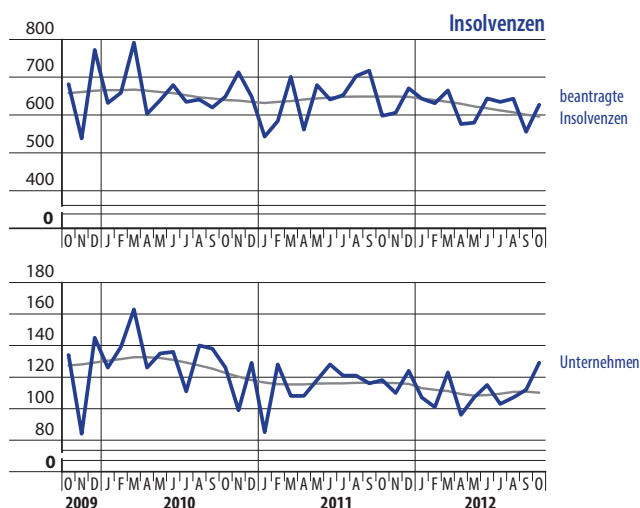
seit Mitte 2008 etwas steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder. Im aktuellen Monat gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 129 Fälle, das entspricht +9,3 % zum Oktober 2011. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –3,3 % und im laufenden Jahr –4,4 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und den Unternehmensinsolvenzen fallend, davon bei den gesamten Insolvenzen etwas stärker als bei den Unternehmen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2012 bei 113,6 (2005 = 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Ver-

braucherpreisindex zwischen dem Oktober 2012 und dem Oktober 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,4 %, im September 2012 waren es +2,7 %. Während sich die Preise für Energie (besonders Kraftstoffe und Heizöl) und Nahrungsmittel (Obst, Fleisch- und Fischwaren, Molkereiprodukte sowie Gemüse), aber auch bei alkoholfreien Getränken, Kfz-Reparaturen und Beherbergungsdienstleistungen, überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich Preisrückgänge bei Finanzdienstleistungen und der Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 von ca. 3,0 % sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt nahe Null und verlief seit dem Beginn des Jahres 2012 von ca. 2,5 % aus wieder leicht fallend. Gegenüber dem Oktober 2011 war der Trend jedoch „noch“ stark steigend.



Wirtschaft im Überblick **Oktober 2012****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2012 zum Oktober 2011 um 4,5 %, das waren – 5 926 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 9,3 %, das sind – 0,5 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des DESTATIS-Zeitreihenanalysen-Programms BV4.1 des Monats Oktober 2012 zum Oktober 2011 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen und der oben genannten Arbeitslosenquote waren leicht fallend, die der offenen Stellen dagegen leicht steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden blieb die Beschäftigtenzahl konstant, der Gesamtumsatz fiel leicht und der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex

– ausgewählte Wirtschaftszweige) fiel stark. Im Baugewerbe stieg die Trend-Konjunktur-Kennziffer beim Auftragseingang stark, bei den Beschäftigten und den Baugenehmigungen blieb sie gleich und bei dem Baugewerblichen Umsatz fiel sie leicht. Im Tourismusgewerbe nahmen die Zahl der Gäste und die der Übernachtungen leicht zu. Die Brandenburger Ausfuhren stiegen leicht an – die Ausfuhren in die EU fielen sehr stark, während die Importe leicht abfielen. Die genannten Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben sind stark fallend. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen sank leicht, davon legten die Unternehmensinsolvenzen jedoch stärker nach oben zu. Im Oktober 2012 betrug die Inflationsrate +1,9 %; der jährliche Trend ist zurzeit „noch“ leicht steigend.

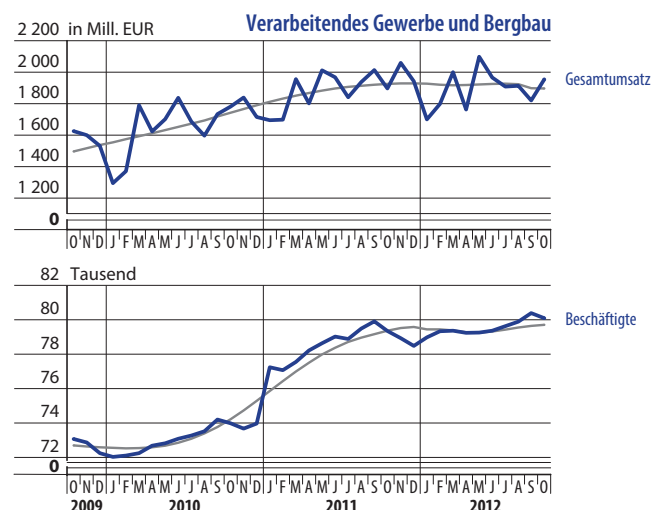
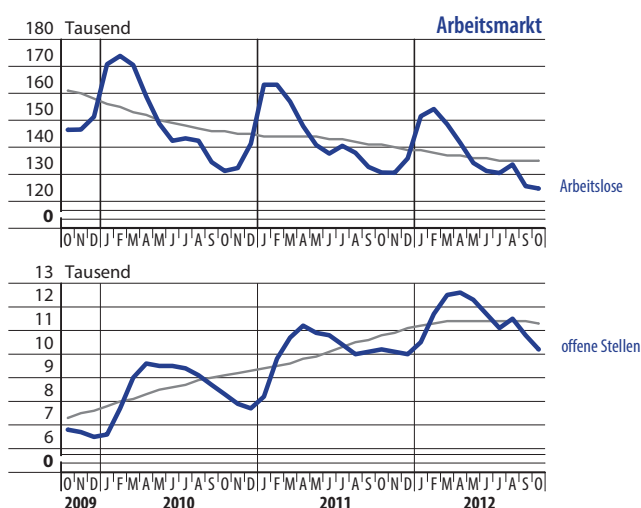
weniger. Damit fand sich die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 2,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt wieder, aber auch 0,5 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 2,4 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten.

Bei den offenen Stellen erfolgte 2009 ein methodischer Wechsel: Es werden nun die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit noch weiter zurückliegenden Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 10 233 offenen Stellen hatten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 7 Stellen oder um 0,1 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an, sie fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2012

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Oktober des Jahres 2012 mit insgesamt 124 757 Arbeitslosen ein Minus von 0,7 % gegenüber dem Vormonat – dem September 2012 – registriert, das waren 876 Personen weniger. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,5 % ab, das entspricht einem

Minus von 5 926 Personen. Diese Zahl stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte Schwarzheide oder Gransee zum Ende des Jahres 2011 überein. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 9,3 %, es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat 0,5 Prozentpunkte

Tabelle Seite 27



wieder – jedoch ganz leicht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,2 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Oktober dieses Jahres waren insgesamt 5 565 Personen in der beruflichen Weiterbildung erfasst; im Vergleich zum Oktober 2011 ergab das ein Minus von 628 Personen oder –10,1 %.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsbereich (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Oktober-Vergleich mit –24,0 % eine starke negative Veränderung, bei immer stärker werdenden Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (November 2011 bis Oktober 2012 zu November 2010 bis Oktober 2011) waren es –2,3 % und im laufenden Jahr (Januar 2012 bis Oktober 2012 zu Januar 2011 bis Oktober 2011) –8,1 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache in einzelnen Großaufträgen aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Zeitreihenzerlegung nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes war seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem Herbst 2011 ist sie wieder stark fallend – im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Oktober 2012 zu Oktober 2011) fiel sie ebenfalls sehr stark ab.

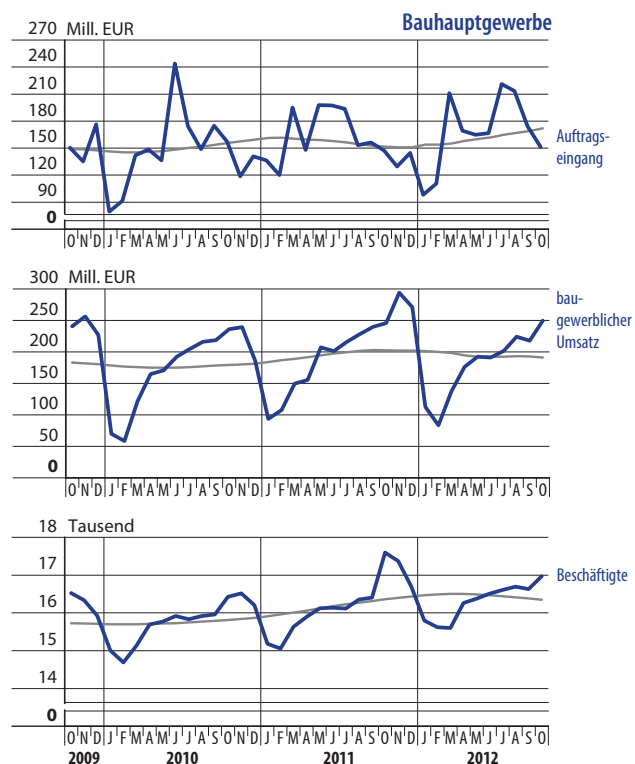
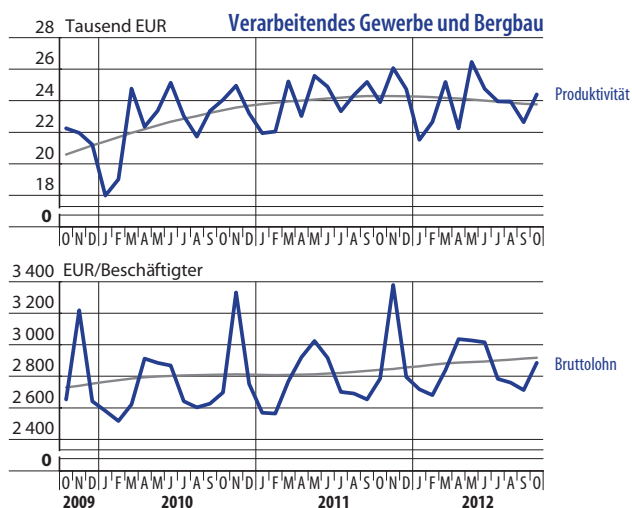
Die im Monat Oktober dieses Jahres berichtspflichtigen 436 Betriebe – das sind zwei Betriebe mehr als im Oktober 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 953,6 Mill. EUR. Das Ergebnis gegenüber dem Vorjahresmonat verbesserte sich somit, es wurde um 57,1 Mill. EUR oder 3,0 % überboten. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2012 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 18,9 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 2011 ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 0,5 % einher. Beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (ein laufendes Jahr) sind es 22,9 Mrd. EUR Gesamtumsatz oder +2,4 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 sehr stark steigend, ab dem Ende des Jahres 2011 dann aber leicht fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 602,4 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 30,8 %, in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 2012 waren es dann 30,7 % und in den letzten 12 Monaten 30,3 % vom gesamten Export dieses Wirtschaftszweiges.

Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Mitte 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt, in letzter Zeit jedoch etwa verhaltener. Im Oktober des Jahres 2012 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 80 100 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Oktober 2011) mit +0,9 % eine Zunahme um 747 Personen. Im gesamten 12-Monats-Vergleich ergaben sich +2,1 % und im laufenden Jahr +1,3 %.

Im Oktober 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 389 EUR, das waren +2,0 % gegenüber dem Oktober 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg stärker: Sie lag im gleichen Zeitraum um +3,6 % oder 100 EUR je Beschäftigten höher als im Oktober 2011 – insgesamt bei 2 886 EUR.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Oktober 2012 ein Niveau von 149,9 Mill. EUR. Er zeigte mit +2,6 % zum Vorjahresmonat eine positive Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten 10 Monate ergaben sich +2,2 % und bei den letzten 12 Monaten mit +2,7 % ebenfalls eine positive Entwicklung. Der Trend war stark steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich hingegen negativ, es ergaben sich $-2,0\%$ im Vergleich zum Vorjahresmonat; beim längerfristigen Vergleich der letzten zehn Monate waren es $-2,9\%$ und bei dem 12-Monats-Vergleich dann „noch“ $+0,8\%$. Der Trend stellte sich bei den Baugenehmigungen als gleichbleibend dar.

Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelte seit 2006 leicht über der 180-Mill.-EUR-Marke, mit leicht steigender Tendenz. Sie erreichte zuletzt wieder die Werte des Jahres 2003 / 2004, fällt jedoch seit Ende des Jahres 2011 wieder leicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Zeitreihenzerlegung nach dem BV4.1-Verfahren des Statistischen Bundesamtes war im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Oktober 2012 zu Oktober 2011) leicht fallend. Die im Oktober 2012 berichtspflichtigen 337 Betriebe – 8 Betriebe weniger als im Oktober 2011 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 249,6 Mill. EUR (Gesamtumsatz 251,6 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit $+1,6\%$ über dem Wert vom Oktober 2011. Beim Vergleich des laufenden Jahres 2012 (erste zehn Monate) mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2011 ergibt sich eine Veränderung von $-3,2\%$ und bei der Betrachtung der gesamten letzten 12 Monate (Ein-Jahres-Zeitraum) $+3,6\%$.

Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelte seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte und stieg seit dem Jahresbeginn 2010 wieder leicht an, um seit Anfang 2012 wieder leicht zu fallen. Im Oktober 2012 gab es im Wirtschaftszweig 16 969 Beschäftigte, $3,6\%$ weniger als im Oktober 2011. Im Zeitraum der letzten 12 Monate erreichte man einen Beschäftigten-Zuwachs von $2,0\%$ und beim Vergleich der gesamten letzten zehn Monate $+1,6\%$. Der Trend des letzten Jahres war gleich bleibend.

Im Oktober 2012 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen beim Brandenburg-Tourismus 962,8 Tsd., gegenüber dem Oktober 2011 waren es $-1,5$ Tsd. Übernachtungen oder $-0,2\%$. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von $4,2\%$ und bei dem 10-monatigen Vergleich des laufenden Jahres $+4,1\%$.

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um $0,5\%$. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit $+3,1\%$ und im Vergleich der ersten zehn Monate mit $+3,2\%$ die positive Entwicklung langfristiger fort. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2012 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtun-

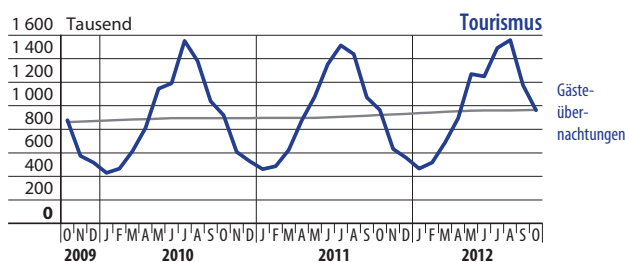
gen ein leicht steigender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen läuft diesem Trend entgegen, sie fällt langfristig leicht.

Bei den Gewerbeanmeldungen werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben zusammengefasst dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt.

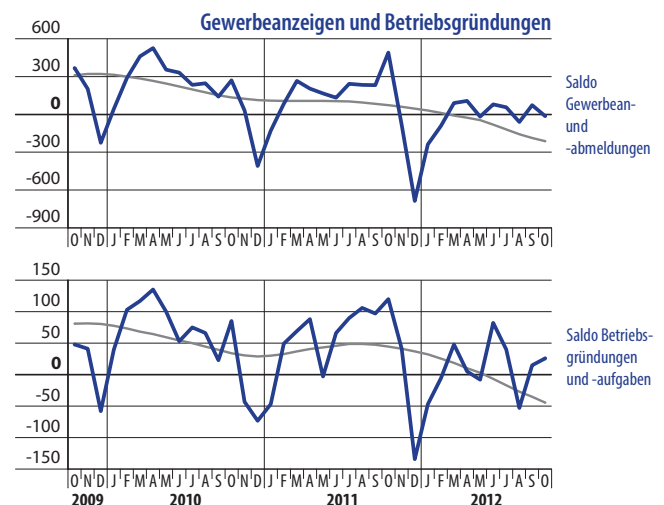
Im Oktober 2012 wurden 13 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Oktober 2011 (490 mehr An- als Abmeldungen) sind es, bei einer Saldendifferenz von -503 , deutliche $-102,7\%$ und im gesamten 12-Monats-Vergleich $-151,0\%$ sowie im laufenden Jahr (10-Monats-Vergleich) $-100,8\%$.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2012 auf 26 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von $78,3\%$ zum Oktober 2011 (120 Anmeldungen mehr als Abmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben $-98,3\%$ und im 10-Monats-Vergleich $-83,9\%$.

Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und bei den Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben als außerordentlich stark fallend eingeschätzt werden.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei stark schwankenden monatlichen Werten – seit Beginn des Jahres 2010 eine deutlich fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 453 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem Oktober des Vorjahres eine Veränderung von +4,4 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich ca. 450 Verfahren beantragt. Im längerfristigen 12-Monats-Zeitraum waren es dann –7,3 % und im 10-Monats-Zeitraum –6,3 %. Eindeutig dominierten die Verbraucherinsolvenzen die beantragten Insolvenzverfahren.

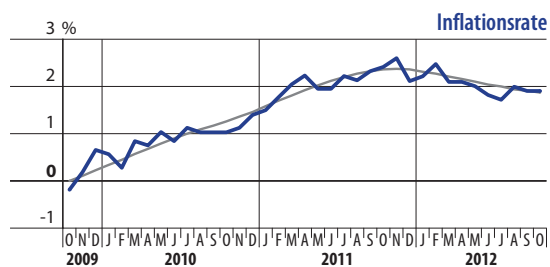
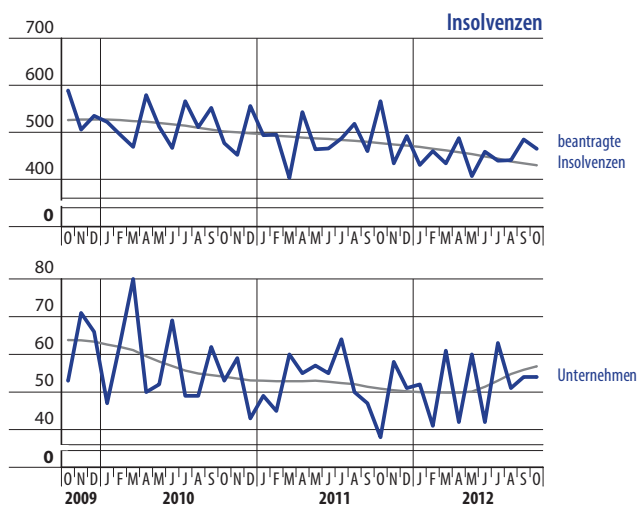
Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Wechsel des Jahres 2004 / 2005 und Herbst 2009 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 54 Fälle, das entspricht +42,1 % zum Oktober 2011. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich +1,1 % und bei den letzten 10-Monaten genau 0,0 %.

Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend und bei den der Unternehmen stark steigend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Oktober 2012 (2005 = 100) bei 112,5.

Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2011 und dem Oktober 2012, ergab sich damit ein Wert von +1,9 %, im September 2012 lag er ebenfalls bei 1,9 %. Die Inflationsrate lag damit wieder unter der für die Eurozone wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Während die Preise für Energie, Nahrungsmittel und Zeitungen, Bücher sowie Schreibwaren überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Finanzdienstleistungen, Foto- und Filmausrüstungen sowie der Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 streng linear an, sie fällt seit dem Herbst des Jahres 2011 wieder ab. Im Vergleich des Oktober 2012 zum Oktober 2011 ist jedoch ein „noch“ leicht steigender Trend vorhanden.



Wirtschaft im Überblick **Oktober 2012****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 11. 03. 2013)

Merkmal	Einheit	Oktober 2012		Januar 2012 bis Oktober 2012		November 2011 bis Oktober 2012		Oktober 2012
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 = 100	113,6	2,4	113,0	2,5	112,7	2,4	↑
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 = 100	117,1	9,2	117,0	− 3,7	115,5	− 3,6	↗
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	321,0	171,1	184,2	20,2	177,4	20,1	↘
Baugenehmigungen.....	Anzahl	210	3,4	181,6	− 1,1	178,1	1,4	↗
Gegenwärtige Indikatoren →								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 839,3	1,5	1 815,4	− 3,9	1 860,8	− 2,8	↘
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	667,5	− 4,8	605,9	− 4,6	658,8	− 5,4	↓
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	181,5	− 9,2	167,1	5,1	177,7	9,3	→
Gästeankünfte.....	1 000	1 050,2	8,1	914,5	10,2	892,4	10,6	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	2 432,4	8,5	2 119,2	11,1	2 039,9	11,2	↑
Produktion								
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	22 612	2,5	22 214,8	− 5,0	22 750,7	− 4,4	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 773	2,8	3 947,5	2,0	4 046,6	2,1	↗
Späte Indikatoren ↘								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1121	− 29,3	1 158,6	− 11,4	1 118,6	− 9,2	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	67	− 65,6	142,3	− 11,8	141,9	− 13,0	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	627	4,8	620,0	− 2,8	623,1	− 3,4	↘
davon Unternehmen.....	Anzahl	129	9,3	110,0	− 4,4	111,2	− 3,3	↘
Beschäftigte.....								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ...	1 000	81,3	− 0,9	81,7	1,2	81,8	1,6	→
Bauhauptgewerbe ³	1 000	11,9	3,3	11,2	2,7	11,2	3,0	↗
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	205 527	− 4,8	217 767	− 6,2	216 786	− 5,6	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	11,7	− 6,4	12,5	− 7,6	12,4	− 6,9	↘
offene Stellen.....	Anzahl	18 253	12,3	18 376,6	44,3	18 240,8	45,7	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 29. 1. 2013)

Merkmal	Einheit	Oktober 2012		Januar 2012 bis Oktober 2012		November 2011 bis Oktober 2012		Oktober 2012
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	112,5	1,9	112,1	2,0	111,9	2,1	↗
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	148,9	– 24,0	160,5	– 8,1	169,0	– 2,3	↓
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	149,9	2,6	166,8	2,2	161,7	2,7	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	739	– 2,0	667,8	– 2,9	663,3	0,8	→
Gegenwärtige Indikatoren →								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 953,6	3,0	1 891,7	0,5	1 909,7	2,4	↘
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 502,3	10,1	3 232,0	3,8	3 235,5	3,4	↑
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	249,6	1,6	178,6	– 3,2	196,0	3,6	↘
Gästekünfte.....	1 000	350,6	0,5	370,4	3,2	347,3	3,1	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	962,8	– 0,2	1 027,3	4,1	955,4	4,2	↗
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ...	EUR	24 389,3	2,0	23 778,0	– 0,7	24 049,3	0,3	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 886,1	3,6	2 845,6	3,1	2 885,9	2,5	↗
Späte Indikatoren ↓								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	– 13	– 102,7	– 1,6	– 100,8	– 65,6	– 151,0	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	26	– 78,3	10,2	– 83,9	0,8	– 98,3	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	453	4,4	453,2	– 6,3	454,6	– 7,3	↘
davon Unternehmen.....	Anzahl	54	42,1	52,0	–	52,4	1,1	↑
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	80,1	0,9	79,6	1,3	79,4	2,1	→
Bauhauptgewerbe ³	1 000	17,0	– 3,6	16,3	1,6	16,4	2,0	→
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	124 757	– 4,5	137 570,1	– 5,2	136 845,8	– 4,8	↘
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	9,3	– 5,1	10,3	– 5,2	10,2	– 4,7	↘
offene Stellen.....	Anzahl	10 233	0,1	11 482,2	12,2	11 245,9	14,4	↗

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Zensus 2011 – Erhebungsstelle Berlin Ein Rückblick

In diesem Beitrag werden der Aufbau, die Organisation und die Arbeit der Erhebungsstelle Berlin für den Zensus 2011 während der gesamten Zeit ihres Bestehens dargestellt. Die Aufgaben der Erhebungsstelle umfassten die Organisation und Durchführung der Haushaltebefragung einschließlich der Wiederholungsbefragung, der Befragung an Sonderanschriften und der Begehungen bei Antwortausfällen der Gebäude- und Wohnungszählung Berlin sowie den Aufbau und Betrieb eines Eingangs- und Verarbeitungszentrums für den Fragebogen-Rücklauf aller Erhebungsteile des Zensus 2011 für Berlin und Brandenburg. Der Bericht führt in chronologischer Reihenfolge durch die Arbeitsprozesse der Projektphasen und beleuchtet dabei auch die Dimensionen sowie die sich daraus ergebenden Herausforderungen, die es in einer derart großen Erhebungsstelle zu bewältigen galt.

Einrichtung der Erhebungsstelle

Für das Land Berlin wurde anders als in den Flächenländern für das Projekt Zensus 2011 nur eine Erhebungsstelle in dem für die Zensusdurchführung in Berlin und Brandenburg eigens aufgebauten Standort

Alt-Moabit eingerichtet. Die Arbeit begann im September 2010 mit der Bildung von zunächst sechs Teams, die die Teilbereiche Haushaltebefragung und Befragung an Sonderanschriften sowie das Eingangs- und Verarbeitungszentrum betreuten.

Für die Haushaltebefragung wurde das Berliner Stadtgebiet in vier Bereiche mit annähernd gleich vielen Auskunftspflichtigen eingeteilt, die jeweils von eigenständigen Teams bearbeitet wurden. Darüber hinaus nahm mit dem Zensusstichtag 9. Mai 2011 der Bereich „Kommunikation mit Auskunftspflichtigen und interessierten Bürgern“ seine Arbeit auf. Später wurden durch Umstrukturierung zwei weitere Teams gebildet, die für die Wiederholungsbefragung und die Durchführung der Begehungen bei Antwortausfällen der Gebäude- und Wohnungszählung Berlin verantwortlich waren.

Um am Zensusstandort die Post- und sonstigen Belegeingänge der Gebäude- und Wohnungszählung (einschließlich Vorerhebung) für Berlin und Brandenburg, der Erhebungsstelle Berlin, der Wiederholungsbefragung in Berlin und Brandenburg sowie die Beleganlieferungen aus den Brandenburger

Erhebungsstellen bewältigen zu können, ist ein Eingangs- und Verarbeitungszentrum aufgebaut worden. Dort wurden alle eingehenden Belege und das Schriftgut entgegengenommen, gezählt, geöffnet, sortiert, für die Bearbeitung oder die Beleglesung vorbereitet und nach der Bearbeitung durch die Fachbereiche archiviert und später vernichtet.

Mengengerüst

Für die Haushaltebefragung waren in Berlin rund 7 700 Anschriften zu erheben, an denen insgesamt rund 124 300 Personen im Melderegister geführt wurden. Davon wurden nach einem mathematischen Zufallsverfahren 390 Anschriften (5 %) mit knapp 7 000 Personen für die Stichprobe der Wiederholungsbefragung ausgewählt. Die Anzahl der Personen an Sonderanschriften belief sich laut Melderegister auf zusätzliche fast 73 000 Personen an rund 1 200 Anschriften. Dabei entfielen auf sogenannte sensible Sonderbereiche (z.B. Justizvollzugsanstalten und Kinder- und Jugendheime) ca. 700 Anschriften und auf sogenannte nicht-sensible Sonderbereiche (z.B. Studentenwohnheime oder Seniorenwohnheime) ca. 500 Anschriften. Für diese Vollerhebung waren intensive Vorarbeiten mit hohem Rechercheaufwand notwendig, da zur Ermittlung der Anschriften und Bestimmung der Einrichtungsart auf kein bestehendes Verwaltungsregister zurückgegriffen werden konnte. Die Ergebnisse der im Herbst 2009 durchgeführten Vorbefragung an den bis dahin recherchierten Sonderbereichen und die darauf folgende laufende Aktualisierung bildeten die Grundlage für die Haupterhebung.

Insgesamt 164 Anschriften der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften waren sogenannte Großanschriften mit mehr als 100 gemeldeten Personen. Sie wurden gesondert behandelt, da hier in der Regel mehr als nur ein Erhebungsbeauftragter für die Befragungen eingesetzt werden musste. Um Ortskenntnis für sinnvolle Teilungen zu erlangen, welche in allen Erhebungsteilen anhand der Gebäudemerkmale erfolgten, wurden diese Anschriften vor dem Stichtag von den Mitarbeitern der Erhebungsstelle aufgesucht (Tabelle 1).

Tab. 1 **Anschriften und Auskunftspflichtige nach Erhebungsteilen**

Erhebungsteil	Anschriften	Darunter Großanschriften	Auskunftspflichtige lt. Melderegister
Haushaltebefragung.....	7 721	128	124 320
darunter			
mit Wiederholungsbefragung	390	7	6 967
Sonderanschriften			
davon			
sensibel.....	448	–	17 820
nicht sensibel.....	499	28	44 580
Mischanschriften ¹	209	8	10 431
Insgesamt	8 877	164	197 151

¹ Um Mischanschriften handelt es sich, wenn sich an einer Anschrift sowohl ein sensibler als auch ein nicht sensibler Sonderbereich befindet.

Die Begehungen bei Antwortausfällen der Gebäude- und Wohnungszählung Berlin wurden zusätzlich an ca. 11 200 Anschriften durchgeführt.

Sicherheitsvorgaben

Oberste Priorität bei der Einrichtung der Erhebungsstelle hatte das Abschottungsgebot nach § 10 Abs. 2 ZensG 2011¹. Hierfür wurde ein Sicherheitskonzept entwickelt, das verschiedene abgeschottete Bereiche mit einer allgemeinen Zugangskontrolle im Eingangsbereich des Zensusstandortes vorsah.

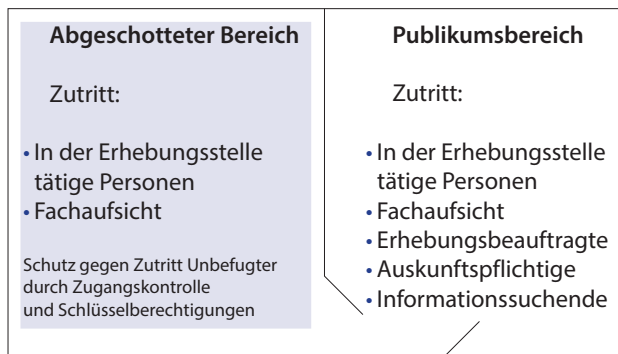
Zugangsbeschränkungen teilten den Publikumsbereich vom abgeschotteten Bereich, in dem sich die Büros der Beschäftigten befanden, ab. Zusätzlich wurden die Bereiche des Eingangs- und Verarbeitungszentrums mit einer gesonderten Schließung und einer Funkklingel gesichert. Der Zugang zu den einzelnen Bereichen wurde durch eingeschränkte Schlüsselberechtigungen geregelt. Darüber hinaus wurden die Erhebungsunterlagen für die sensiblen Sonderbereiche in einem verschließbaren Stahlschrank verwahrt, der nur einem kleinen Personenkreis zugänglich war (Abbildung 1).

Für die Erfassung der Daten wurden vom Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen bereitgestellte, webbasierte Software-Module genutzt, welche für den Zensus 2011 entwickelt worden waren. Der Zugriff auf diese Programme erfolgte über gesicherte Leitungen (DOI-, LVN-Anschluss). Zudem ermöglichten sie unterschiedliche Zugriffsberechtigungen, sodass die Beschäftigten der Erhebungsstelle nur Zugriff auf die jeweils für sie relevanten Funktionen erhielten.

Personal

Die Erhebungsstellenleitung begann im Juni 2010 mit dem Aufbau des Projekts. Ab Oktober desselben Jahres erfolgte in mehreren Einstellungswellen – basierend auf einem sorgfältigen und aufwändigen Auswahlprozess – die weitere personelle Ausstattung (siehe Abbildung 2).

Abb. 1 Schema Abschottung



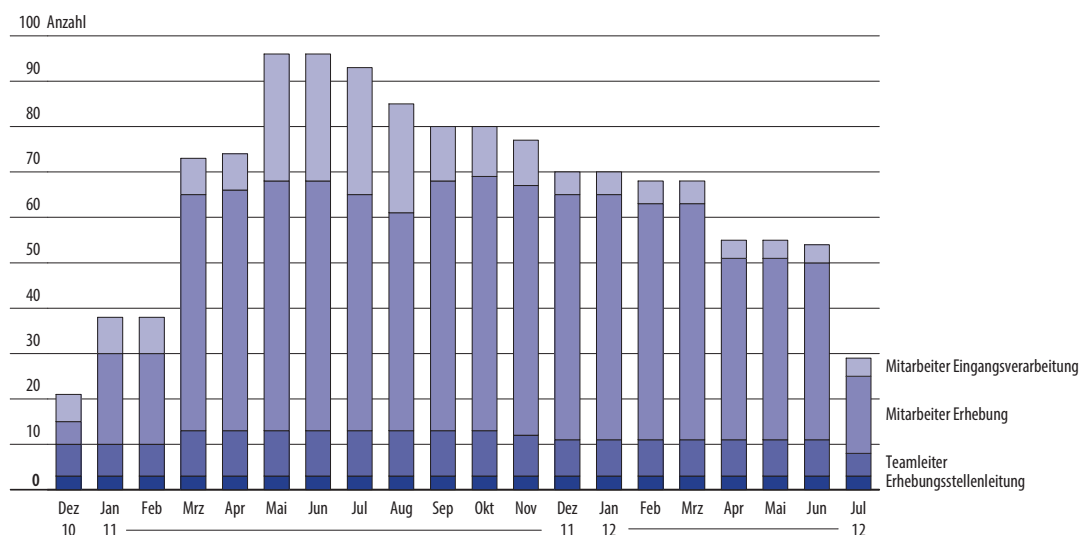
Für die Betreuung der Erhebungsbeauftragten, das Versandwesen und die Schritte der Nachbearbeitung standen bis zu 56 Mitarbeiter zur Verfügung, die insgesamt zehn Teamleitern unterstanden. In der Zeit nach dem Zensusstichtag wurden die Arbeiten des Eingangs und Verarbeitungszentrums von bis zu 28 zusätzlichen Mitarbeitern erledigt.

Erhebungsbeauftragte

Die Haushaltebefragung an den Stichproben und Sonderanschriften wurde von ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten (Interviewern) durchgeführt. Die Aufnahme ihrer Tätigkeit war an die Teilnahme an einer Schulung über die ordnungsgemäße Durchführung der Erhebungen geknüpft. Alle Interviewer wurden schriftlich verpflichtet, nicht nur das, was sie im Rahmen der Erhebung über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Auskunftspflichtigen erfahren, geheim zu halten, sondern auch solche Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Erhebungstätigkeit bekannt werden. Diese Pflicht zur Geheimhaltung gilt auch nach dem Ende der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter. Darüber hinaus hatten sie zu erklären, dass gegen sie keine strafrechtlichen Ermittlungen laufen bzw. kein gerichtliches Verfahren anhängig ist. Für ihren Einsatz erhielten sie eine begrenzt steuerfreie Aufwandsentschädigung. Außerdem waren sie während ihres Einsatzes über das Amt für Statistik unfallversichert.

¹ Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781)

Abb. 2 Personalentwicklung der Erhebungsstelle in Berlin von Dezember 2010 bis Juni 2012



Tab. 2 Erhebungsbeauftragte nach Beteiligungsart und Erhebungsteil

Beteiligungs- art	Erhebungs- beauftragte insgesamt	Und zwar eingesetzt bei					
		der Haus- halte- befragung	den Sonderbereichen			der Wieder- holungs- be- fragung	
			ins- gesamt	davon eingesetzt an ... Anschriften			
				sen- siblen	nicht sensiblen	gemisch- ten	
Anzahl							
Freiwillige ...	1 602	1 165	437	9	289	139	65
Benannte ...	23	21	2	–	2	–	–
Insgesamt	1 625	1 186	439	9	291	139	65
in %							
Freiwillige ...	100	73,0	27,0	1,0	18,0	9,0	4,0
Benannte ...	100	91,0	9,0	–	9,0	–	–
Insgesamt	100	73,0	27,0	1,0	18,0	9,0	4,0

Die Gewinnung von Erhebungsbeauftragten erforderte durch den Bereich „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ Anfang 2011 eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsmaßnahmen (Pressekonferenz, Pressemitteilungen, Flyer und Plakate u.a.), welche in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen aufgegriffen wurden. Zusätzlich platzierte die Erhebungsstelle Plakate und Flyer im öffentlichen Raum. Dazu gehörten Bibliotheken, Universitäten und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung. Ebenso wurde mit einer Rundmail an alle Dienststellen der öffentlichen Verwaltung Berlins um Erhebungsbeauftragte geworben.

Um das geforderte Anforderungsprofil der Erhebungsbeauftragten überprüfen zu können, wurde ein Bewerbungsbogen für Interessierte entwickelt, auf dem neben den für die Tätigkeit nötigen persönlichen Daten auch die berufliche Tätigkeit, ggf. die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst, Fremdsprachenkenntnisse sowie die persönliche Mobilität erfragt wurden.

Im Februar und März 2011 fanden 27 Informationsveranstaltungen für die Interessierten statt. Hierbei konnten die Bewerber erstmals im Hinblick auf das Anforderungsprofil kennengelernt und eine Vorauswahl getroffen werden. Bei einem kurzen Einführungsgespräch wurden die Teilnehmer im Hinblick auf ihr Auftreten und Kommunikationsverhalten bewertet. Außerdem wurde die Eignung für den Einsatz als Interviewer durch das testweise Ausfüllen des Fragebogens für die Haushaltebefragung geprüft. Zudem bot sich so die Möglichkeit, gezielt die Bedingungen und das Ausmaß der Aufgabe transparent zu machen, um die Zahl der Absagen in der Hochphase des Erhebungsgeschäftes möglichst gering zu halten.

Die Erhebungsstelle verzeichnete ab Mitte März 2011 genügend Interessierte, um den Bedarf an Erhebungsbeauftragten abzudecken. Da die Bewerber jedoch überwiegend im Ostteil der Stadt und in den Randgebieten beheimatet waren, herrschte im innerstädtischen Bereich, in Kreuzberg sowie im nördlichen Neukölln bis zum Ende des Erhebungsgeschäftes

Tab. 3 Demographische Angaben zu den Erhebungsbeauftragten

Alter	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Anzahl			
bis 29 Jahre.....	332	167	165
30 bis 39 Jahre...	154	86	68
40 bis 49 Jahre...	249	130	119
50 bis 59 Jahre...	313	160	153
60 bis 69 Jahre...	437	254	183
70 bis 85 Jahre...	140	90	50
Insgesamt	1 625	887	738
in %			
bis 29 Jahre.....	20,0	10,0	10,0
30 bis 39 Jahre...	9,0	5,0	4,0
40 bis 49 Jahre...	15,0	8,0	7,0
50 bis 59 Jahre...	19,0	10,0	9,0
60 bis 69 Jahre...	27,0	16,0	11,0
70 bis 85 Jahre...	9,0	6,0	3,0
Insgesamt	100	55,0	45,0

es ein Mangel, der im Einzelfall dadurch abgefedert wurde, dass gemäß § 11 Abs. 2 ZensG 2011 Mitarbeiter der Berliner Behörden verpflichtet werden konnten.

Mengengerüst Erhebungsbeauftragte

Insgesamt konnten rund 1900 Erhebungsbeauftragte für die Zensusdurchführung gewonnen werden. Diese Zahl reduzierte sich vor allem aufgrund von Absagen, aber auch wegen Nichterfüllens des Anforderungsprofils auf 1602 freiwillige Interviewer. Zusätzlich wurden 500 Erhebungsbeauftragte bei den Behörden angefordert. Insgesamt waren in Berlin 1625 Erhebungsbeauftragte im Einsatz, darunter 23 verpflichtete Personen aus dem öffentlichen Dienst.

Der Großteil der Erhebungsbeauftragten (73 %) wurde für die Haushaltebefragung eingesetzt, die zu etwa gleichen Teilen von den vier Teams betreut wurde. Das Team der Sonderanschriften setzte insgesamt 439 Erhebungsbeauftragte (27 %) ein. Für die Wiederholungsbefragung wurden 65 Erhebungsbeauftragte eingesetzt, die zuvor bereits für die Befragung an Sonderanschriften zuständig waren. Da es sich bei der Wiederholungsbefragung um eine qualitätssichernde Erhebung zur Überprüfung der Ergebnisse der Haushaltebefragung handelte, war es nicht vorgesehen, Erhebungsbeauftragte, die für diesen Zensus teil bereits erhoben hatten, ein weiteres Mal einzusetzen (Tabelle 2).

Die Geschlechterverteilung der Erhebungsbeauftragten war fast ausgeglichen. Im Hinblick auf die Altersstruktur zeigte sich, dass vor allem Personen ab 60 Jahren Interesse an der Tätigkeit als Interviewer hatten. Daneben war jedoch auch die Gruppe der unter 30-Jährigen (häufig Studierende) überdurchschnittlich stark vertreten. Die kleinste Gruppe bestand aus den Erwerbsfähigen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren (Tabelle 3).

Eine Nachwerbung von Erhebungsbeauftragten war nicht notwendig. Ausfälle wurden durch Interviewer abgedeckt, die ihre Erhebungsbezirke frühzeitig abgeschlossen hatten und bereit waren, weitere Gebiete zu übernehmen.

Zuweisung der Arbeitsgebiete an die Interviewer

Der Einsatz der für die Haushaltebefragung ausgewählten Interviewer erfolgte unter Berücksichtigung ihres Wohnsitzes, um sie wohnortnah bzw. nach ihrer Mobilitätsbereitschaft einsetzen zu können. Aus Datenschutzgründen und zur Sicherstellung der Privatsphäre durften sie jedoch nicht innerhalb eines Radius von etwa einem Kilometer um ihren Wohnort erheben. Grundsätzlich hatten sie rund 100 Auskunftspflichtige (zumeist an mehreren Anschriften) zu befragen. Die Betreuung der Erhebungsbeauftragten (Zuteilung der Arbeitsbezirke, Abrechnung der Entschädigung, Ansprechpartner bei Rückfragen) stellten speziell zugeordnete Mitarbeiter der vier Teams sicher.

Dieses Vorgehen wurde auch für die Befragung an nicht-sensiblen Sonderanschriften übernommen. Bei der Erhebung an sensiblen Einrichtungen fand keine direkte Befragung der Bewohner statt. Hier waren die Einrichtungsleitungen auskunftspflichtig, sodass sich die Zuteilung nicht an der Zahl der Personen, sondern an der Zahl der Anschriften orientierte.

Wegen einer möglichen Gefährdung der dort lebenden Personen fand keine Erhebung in Frauen-, Männer- und Kinderhäusern statt. Eine Befragung der Bewohner von Kasernen wurde ebenfalls nicht durchgeführt. Das Bundesministerium der Verteidigung stellte die Daten dem Statistischen Bundesamt direkt zur Verfügung. Im Rahmen einer Sondervereinbarung mit den Justizvollzugsanstalten wurden die Daten aller Gefängnisinsassen von der dortigen Zentrale übermittelt. Die Erhebungsstelle erhob außerdem nicht bei Angehörigen ausländischer Botschaften.

Schulungen

Für die drei Erhebungsteile Haushaltebefragung, Befragung an Sonderanschriften und Wiederholungsbefragung wurden insgesamt 40 Schulungen durchgeführt. Die davon auf die Haushaltebefragung und die Befragung an Sonderanschriften entfallenden 34 Schulungen fanden innerhalb von fünf Wochen Anfang April bis Anfang Mai 2011 statt. Für die Wiederholungsbefragung wurde in den Monaten August und September 2011 geschult. Während der Schulungen waren bis zu 32 Beschäftigte der Erhebungsstelle im Einsatz, die die insgesamt 1801 Teilnehmer betreuten (Tabelle 4).

Die gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entwickelten Schulungsinhalte wurden an die Berliner Verhältnisse angepasst. In diesen wurde zunächst auf Sinn und Zweck des Zensus 2011 und das Mengengerüst des jeweils geschulten Erhebungsteils eingegangen. Danach wurde erläutert, warum der Einsatz von Erhebungsbeauftragten (im Gegensatz zu z.B. postalischen Erhebungen) gewählt wurde. In diesem Zusam-

Tab. 4 Schulungen und Teilnehmer nach Erhebungsteil

Merkmal	Ins- gesamt	Haus- halte- be- fragung	Sonder- bereiche	Wieder- holungs- be- fragung
Anzahl der Schulungen.....	40	24	10	6
Teilnehmerzahl insgesamt.....	1 801	1 260	476	65
höchste Teilnehmerzahl.....	90	90	85	20
niedrigste Teilnehmerzahl.....	2	18	10	2
durchschnittliche Teilnehmerzahl.....	45	53	48	11

menhang sind auch die datenschutzrechtlichen Hintergründe und Anforderungen ausführlich beleuchtet worden. Schwerpunkt bildete die Erklärung des Ablaufs der Erhebung einschließlich Handhabung und Ausfüllen der Unterlagen. Darüber hinaus wurden den Erhebungsbeauftragten Besonderheiten aufgezeigt, die während der Erhebung auftreten können. Dazu gehörten Hinweise für die Erhebung an ungewöhnlichen Anschriften (z.B. Eckhäuser, Diplomatenhaushalte, Baustellen) und Richtlinien für das richtige Verhalten bei Auskunftsverweigerung oder in bedrohlichen Situationen.

In den Schulungen für die Sonderanschriften mussten zudem die verschiedenen zu erhebenden Bereiche mit ihren unterschiedlichen Fragebogen erläutert werden. Es galt, rein sensible Anschriften, Mischanschriften, rein nicht-sensible Sonderanschriften sowie nicht-sensible Sonderanschriften, die zugleich Teil der Haushaltebefragung waren, zu unterscheiden. Darüber hinaus konnte der Umstand auftreten, dass auch Privatpersonen, die nicht in der Einrichtung selbst, aber an derselben Anschrift wohnen, zu befragen waren.

Für den Transport der Erhebungsunterlagen wurden den Interviewern speziell angefertigte sogenannte Erhebungskoffer ausgehändigt. Die Koffer mit den Erhebungsunterlagen für die Befragung an Sonderanschriften erforderten eine individuelle Zusammenstellung, während die für die Haushaltebefragung genutzten Standard-Koffer lediglich um die personen- und anschriftenbezogenen Unterlagen (z.B. Interviewer-Ausweis, Erhebungsliste) ergänzt werden mussten. Neben diesen Unterlagen enthielten die Koffer folgende Materialien:

- Arbeitsanleitung für Erhebungsbeauftragte²,
- Fragebogen,
- Übersetzungshilfen³,
- Terminankündigungskarten,
- Erstkündigungsschreiben an die Auskunftspflichtigen der einzelnen Erhebungsteile,
- Informationsflyer,
- Briefumschläge,
- Durchziehsiegel (zur verschlossenen Verwahrung ausgefüllter Unterlagen),
- Schreibblöcke, Haftnotizblöcke, Kugelschreiber.

Die ab April 2012 stattfindenden Begehungen von Anschriften bei Antwortausfällen der Gebäude- und Wohnungszählung wurden ohne Erhebungsbeauftragte durchgeführt. Stattdessen wurden Mitarbeiter der Erhebungsstelle eingesetzt, die im Vorfeld an Schulungen zur Prüfung der Existenz von Wohnraum sowie zur Schätzung des Baujahres von Gebäuden teilgenommen hatten.

² Die Arbeitsanleitung für Erhebungsbeauftragte wurde von der Erhebungsstelle Berlin in Zusammenarbeit mit der Haushaltebefragung Brandenburg entwickelt.

³ An Übersetzungshilfen waren vorhanden: für die Sonderanschriften in Englisch, Spanisch, Türkisch, Polnisch, Russisch, Serbokroatisch, für die Haushaltebefragung darüber hinaus in Italienisch, Französisch, Portugiesisch, Rumänisch, Griechisch, Arabisch und Vietnamesisch

Tab. 5 **Aufwandsentschädigung nach Erhebungsteil**

Erhebungsteil	Auszahlungsbeträge in EUR	Anteil am Gesamtbetrag in %	Durchschnittliche Aufwandsentschädigung je Interviewer in EUR
Haushaltebefragung	700 772,50	64,4	590,87
Sonderanschriften	344 510,00	31,7	728,35
Wiederholungsbefragung ..	42 080,00	3,9	647,38
Insgesamt	1 087 362,50	100	630,72

Kontrolle der Erhebungsbeauftragten und Konsequenzen bei Fehlverhalten

Im Zuge der Erhebung wurden die Erhebungsbeauftragten regelmäßig von ihren persönlichen Betreuern kontaktiert, um den Stand der Arbeiten abzufragen, Probleme zu besprechen und ggf. Fehlverhalten zu rügen. Alle Gespräche mit den Erhebungsbeauftragten wurden ergebnisbezogen protokolliert. Eine Überprüfung der tatsächlichen Qualität der Erhebungsunterlagen war jedoch erst bei ihrer Rückgabe möglich.

Die Zusammenarbeit mit den Erhebungsbeauftragten verlief zum überwiegenden Teil sehr sachorientiert, harmonisch und reibungslos. Im Laufe der Erhebungen haben insgesamt nur 67 Interviewer ihre Arbeit vorzeitig beendet. Die Rücktritte wurden in der Regel mit Veränderungen im persönlichen Umfeld begründet. In wenigen Fällen gab es Schwierigkeiten, wenn die Erhebungsbeauftragten die ihnen übertragenen Aufgaben nicht wahrnahmen und sie schlecht oder gar nicht mehr zu erreichen waren. Ihnen wurden Zwangsmaßnahmen zur Herausgabe der Unterlagen angedroht, die in zwei Fällen auch durchgesetzt werden mussten. Darüber hinaus erlitten zwei Erhebungsbeauftragte während der Erhebung einen Unfall; in einem Fall kam es zu einem tätlichen Übergriff.

Die im Februar 2012 als Teil des Qualitätsmanagements durchgeführte Befragung der Erhebungsbeauftragten spiegelte die überwiegend harmonische Zusammenarbeit mit der Erhebungsstelle wider. Von den 439 Teilnehmern waren über 90 % sehr zufrieden bzw. zufrieden sowohl mit ihrer Tätigkeit als auch mit der Kooperation und Unterstützung durch die Erhebungsstelle. Etwa ein Drittel der Befragten gab an, Schwierigkeiten mit der Erreichbarkeit der Auskunftspflichtigen gehabt zu haben, wohingegen deren Bereitschaft zum persönlichen Interview überwiegend positiv eingeschätzt wurde.

Beschreibung des Vergütungssystems

Nach §11 ZensG 2011 erhielten die Erhebungsbeauftragten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe vom Befragungsergebnis und zum Teil auch vom Erhebungsteil abhängig war. Das Vergütungssystem untergliederte sich in drei Hauptgruppen: Für vollständig durchgeführte Interviews wurden 7,50 EUR, für Existenzfeststellungen von Personen 2,50 EUR und für die Befragung an sensiblen Sonderanschriften 15 EUR pro Anschrift gewährt. Die Aufwandsentschädigungen

wurden nach Eingabe der Erhebungsdaten in die Erfassungsmodule berechnet und anschließend überwiesen (Tabelle 5).

Informationsstelle für Auskunftspflichtige und Bürger

Ansprechpartner für die Öffentlichkeit waren in erster Linie die Mitarbeiter der Erhebungsstelle. Ihnen wurden die im Verbund entwickelten Textstandards und Sprachregelungen zur Verfügung gestellt. Sie wurden außerdem regelmäßig über den Projektverlauf sowie auch über Aktionen von Zensuskritikern informiert. Interne Workshops stellten einen Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter untereinander sicher.

Für die persönliche Betreuung vor Ort war die Erhebungsstelle ab dem Zensusstichtag von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr geöffnet. Dies wurde von den Auskunftspflichtigen jedoch nur in geringem Maße in Anspruch genommen. Die meisten Anfragen von Auskunftspflichtigen erreichten die Erhebungsstelle per Telefon. Der Service wurde durch separate Rufnummern für die einzelnen Teams unterstützt. Daneben war das Servicecenter des verwaltungseigenen IT-Dienstleistungszentrums Berlin beauftragt worden, allgemeine Anfragen zu allen Erhebungsteilen des Zensus 2011 zu beantworten. Im Zeitraum Mai 2011 bis Februar 2012 bearbeitete das Servicecenter für die Erhebungsstelle Berlin 844 Anrufe. Der Großteil – insgesamt ca. 5.000 Anrufe – erreichte die Erhebungsstelle jedoch direkt. Die presse- und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zum Start der Haupterhebung am 9. Mai 2011 und die Versandwellen der Erhebungsunterlagen spiegelten sich stark in erhöhtem Anrufaufkommen wider und führten zeitweise zu Überlastungen der Telefonanschlüsse.

Um die Zuordnung der eingehenden Post zu vereinfachen, wurden für die Teams der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften Aktions-Postleitzahlen eingerichtet. Neben den Fragebogen konnten so auch die postalischen Anfragen direkt an das zuständige Team weitergeleitet werden. Komplexere Vorgänge wie Beschwerden oder fremdsprachiger Schriftverkehr wurden nach Rücksprache mit der Projektleitung vom Bereich Kommunikation beantwortet.

Postalische Anfragen waren relativ selten und kamen in der Regel von Auskunftspflichtigen in Form von Beschwerden über die Auskunftspflicht oder Erklärungen zur Existenz angeschriebener Personen. Auch Widersprüche von Vormündern und Rechtsbeiständen gingen in schriftlicher Form bei der Erhebungsstelle ein. Insgesamt beliefen sich diese Eingänge auf rund 250 Briefe. In wenigen Fällen musste die Erhebungsstelle zu Beschwerden, die an den Landesdatenschutzbeauftragten gerichtet waren, Stellung nehmen.

Für die Anfragen per E-Mail wurde ein Ticketssystem eingerichtet. Dieses bot neben einer automatisch generierten Eingangsmitteilung auch ein Archiv und die Möglichkeit, vorgefertigte Textbausteine zu hinterlegen. Bis Mai 2012 wurden rund 1300 E-Mail-Vorgänge registriert.

Rückgabe der Unterlagen

Bereits sieben Tage nach dem Zensusstichtag brachten die ersten Erhebungsbeauftragten die Unterlagen von abgeschlossenen Erhebungsbezirken zurück.

Kofferrückgaben

Im Mai und Juni 2011 wurden bis zu 350 Rückgabetermine pro Woche organisiert. Dafür standen 15 Plätze zur Verfügung, deren Belegung mit einem eigenen Reservierungssystem gesteuert wurde (Abbildung 3).

Nach Abschluss der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter mussten aus Datenschutzgründen sämtliche erhebungsrelevanten Dokumente persönlich zurückgegeben werden. Die Übergabe wurde protokolliert und durfte nur an die Mitarbeiter der Erhebungsstelle erfolgen. Im Beisein der Erhebungsbeauftragten wurden die Unterlagen auf Lesbarkeit, Vollständigkeit und Vollständigkeit kontrolliert. Das Prüfen dauerte in der Regel etwa eine Stunde; bei hoher Fragebogenrücklaufquote, mangelhaft ausgefüllten oder unsortierten Erhebungslisten konnte es auch zwei und mehr Stunden in Anspruch nehmen.

Probleme während der Erhebung

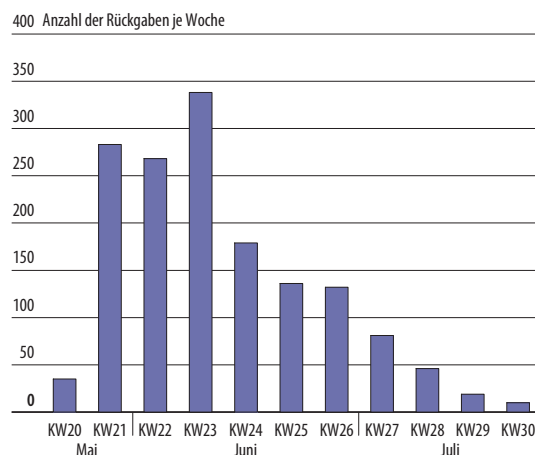
Die von den Erhebungsbeauftragten gelieferten Fragebogen waren meist von guter Qualität, das heißt, richtig und vollständig ausgefüllt. Vereinzelt kam es vor, dass nicht zu allen vorhandenen Wohnungen ein Befragungsergebnis vorlag. Die Erhebungsbeauftragten mussten dann die noch fehlenden Angaben nachträglich einholen.

Bei der Befragung der Sonderanschriften war ein häufig auftretendes Missverständnis, dass Privatpersonen, die an einer Anschrift mit Sondereinrichtung lebten, fälschlicherweise der zu befragenden Einrichtung zugeordnet wurden. In anderen Fällen wurden Privatpersonen vom Erhebungsbeauftragten nicht als zählungsrelevant verstanden. Bei diesem Personenkreis musste die Erhebung ebenfalls nachgeholt werden.

Dateneingabe

Die Informationen aus den Erhebungslisten der Erhebungsbeauftragten wurden in sogenannte elektronische Erhebungslisten der bundeseinheitlichen Erfassungsmodule überführt. Jede Erhebungsliste der knapp 10 000 Erhebungsbezirke der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften musste manuell übertragen werden. Dieser Schritt war Grundlage für das vollständige Einbuchten der eingegangenen Fragebogen, das Versand- und Mahnwesen sowie die Abrechnung der Aufwandsentschädigungen für die Erhebungsbeauftragten. Diese Arbeiten gestalteten sich sehr aufwändig: Durchschnittlich dauerte die Eingabe eines Arbeitsbezirks mit ca. 100 Bewohnern fünf Stunden. Der Zeitaufwand beim Übertragen der papiernen Erfassungsbogen der rund 700 sensiblen Einrichtungen war etwa gleich hoch. Da hier keine Melderegisterdaten hinterlegt waren, wurde eine hohe Qualität der Dateneingabe darüber sichergestellt, dass eine zweite Erfassung erfolgte.

Abb. 3 Kofferrückgaben¹ Haushaltebefragung und Sonderanschriften 2011



¹ Kofferrückgaben inklusive Teilrückgaben

Umgang mit Befragungsausfällen

Die von den Erhebungsbeauftragten gemeldeten Adressenausfälle – in der Regel Baustellen oder leer stehende Häuser – wurden geprüft und mussten ggf. erneut begangen werden. Nach Abschluss der Erhebungsarbeiten verzeichnete die Haushaltebefragung insgesamt 327 Adressen ohne dort wohnhafte auskunftspflichtige Personen (4,2 %). Der größte Teil davon (fast 40 %) waren leer stehende Gebäude, gefolgt von reinen Gewerbeanschriften (ca. 30 %) und Baulücken (25 %).

Bei den Sonderbereichen waren insgesamt 80 Einrichtungen an 53 Standorten zum Zeitpunkt der Erhebung beispielsweise aufgrund von Auflösungen nicht mehr zählungsrelevant. In weiteren 29 Bereichen konnten keine Personen erfasst werden, da die Einrichtungen zum Stichtag zwar existierten, aber z.B. wegen Renovierung nicht bewohnt waren. Bei einer Zahl von rund 1500 Bereichen entspricht das einer Ausfallquote von rund 7 %.

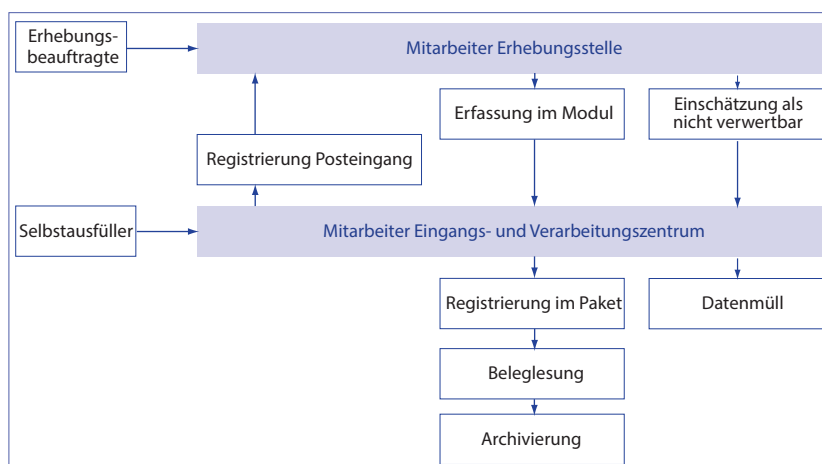
Anspruchsausfälle bei der Haushaltebefragung des Zensus 2011 in Berlin

Ausfallgrund	Anzahl der Anschriften	Anteil in %
Leerstand.....	130	39,8
Gewerbe – Anschriften ohne Wohnraum.....	96	29,4
Baulücke – Anschrift ohne Wohnraum (alles außer Gewerbe).....	82	25,1
Gebäude mit mehreren Anschriften (Abgrenzungsproblem)...	8	2,4
Botschaften.....	5	1,5
Sonstige.....	6	1,8
Insgesamt	327	100

Nachträglich erhobene Daten

Die durch sukzessiven Abgleich der Daten aus den Erhebungsteilen Gebäude- und Wohnungszählung, Haushaltebefragung und Befragung an Sonderanschriften mit dem Melderegister entdeckten Unstimmigkeiten wurden zur Klärung an die Erhebungsstelle übergeben. Insgesamt wurden auf diesem Wege rund 360 Adressen der Haushaltebefragung geprüft und bei rund 300 Personen die Angaben korrigiert. Das Team für die Befragung an Sonderanschriften entdeckte bei rund 40 Bereichen nicht erhobene Privatpersonen. Die bundesweite Analyse des Melderegisters hinsichtlich auffälliger Gruppierungen bestimmter Personenmerkmale (Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund) offenbarte zwei zusätzliche Sonderanschriften in Berlin. Hier fand ebenso wie bei den zusätzlich bekannt gewordenen Privatpersonen eine nachträgliche Erhebung statt.

Abb. 4 **Belegfluss in der Erhebungsstelle Berlin**



Eingangsverarbeitung

Die Verwaltung der postalisch eingegangenen Fragebogen aller Erhebungsteile einschließlich der Anlieferungen aus den Brandenburger Erhebungsstellen und der Belegfluss innerhalb des Zensusstandortes wurden von den Mitarbeitern des Eingangs- und Verarbeitungszentrums sichergestellt. Ihnen oblagen folgende Aufgaben:

- Fragebogen-Rücklaufbearbeitung für alle Teilprojekte einschließlich Dokumentation der Eingänge, Sortierung nach Aktions-Postleitzahlen, Feststellung von Sonder- und Zusatzschriftgut⁴, Archivierung der Fragebogen;
- Verteilung der Rückläufe auf die Teilprojekte;
- Entgegennahme und Dokumentation der von den 30 Erhebungsstellen in Brandenburg gelieferten Erhebungsunterlagen;
- Paketerstellung für die Lagerung der Fragebogen aller Erhebungsteile einschließlich Erstellung der Lieferscheine;
- Belegung der Fragebogen aller Teilprojekte;
- Abholung und Vernichtung von Datenmüll aller Teilprojekte;
- Gezielte Einzelfallsuche im Archiv bei nicht ordnungsgemäß erfassten Fragebogen.

Die Arbeiten im Bereich Eingangs- und Verarbeitungszentrum wurden maschinell durch elektrische Geräte (Brieföffner, Rüttler, Schneidegerät und Handscanner) unterstützt. Außerdem wurden zahlreiche mobile Container für die Sammlung des nach Stufe drei bzw. vier zu vernichtenden Datenmaterials eingesetzt. Die elektronische Unterstützung für die Fragebogenregistrierung und -zuordnung erfolgte durch ein mit den Schnittstellen der Erfassungsmodule kommunizierendes Programm.

Belegfluss in der Erhebungsstelle

Diese Erfassungsmodule mit ihren festgelegten Schritten der Fragebogenregistrierung gaben auch den Rahmen für den Belegfluss vor. Die Abbildung 4 liefert einen Überblick über die Bearbeitung der Fragebogen, die die Erhebungsstelle einerseits von den Erhebungsbeauftragten und andererseits von den Auskunftspflichtigen (Selbstausfüller) erreichten.

Postalische Fragebogeneingänge machten etwa 20 % des gesamten Rücklaufes aus. Die Briefe wurden

im Eingangs- und Verarbeitungszentrum registriert und zur Erfassung in die Fachbereiche weitergeleitet. Als aufwändig erwies sich dabei die Zuordnung der eingegangenen Fragebogen, wenn Auskunftspflichtige zwischenzeitlich verzogen waren und die Anschrift auf dem Bogen dann nicht der Stichprobenanschrift entsprach.

Die Verbuchung postalisch eingehender Fragebogen der Sonderanschriften wurde dadurch erschwert, dass die Angabe der Anschrift nicht vorgesehen war. Da die erhebungsteilspezifischen Erfassungsmodule eine Suche nach Personen nicht vorsahen, sondern die Verknüpfung ausschließlich über die Fragebogennummer geschah, waren in vielen Fällen zusätzliche Such- und Prüfschritte nötig, um den Eingang richtig zuzuordnen.

Rund 70 % aller Personenfragebogen wurden von den Erhebungsbeauftragten geliefert. Nach deren Registrierung und der Erfassung der Erhebungslisten im Modul bereiteten die Mitarbeiter des Eingangs- und Verarbeitungszentrums sie gemeinsam mit den postalisch eingegangenen Fragebogen für die Belegung vor.

Eine Sonderstellung nahmen die online übermittelten Fragebogen ein, die etwa 10 % des gesamten Rücklaufs stellten. Diese Meldungen wurden in die Erfassungs-Module eingespielt und mussten von dort manuell mit den elektronischen Erhebungslisten verknüpft werden. Da das Online-Übermittlungssystem die Einzeldaten des Auskunftspflichtigen nicht anzeigte, konnte eine Qualitätskontrolle hier nicht vorgenommen werden.

Postverarbeitung

Bis zur Auflösung der Erhebungsstelle wurden insgesamt 927 800 Postsendungen im Eingangs- und Verarbeitungszentrum angenommen. Nahezu ein Drittel davon entfiel auf die Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung, die im Zeitraum November 2010 bis Januar 2011 stattfand.

⁴ Als Sonderschriftgut werden Mitteilungen jeglicher Art von Auskunftspflichtigen bezeichnet, die ohne Fragebogen eingesandt wurden. Als Zusatzschriftgut

werden Schreiben und Notizen von Auskunftspflichtigen bezeichnet, mit denen diese die ausgefüllten Fragebogen an die Erhebungsstelle geschickt haben.

Den mit Abstand größten Teil des Posteingangs machte ab Mai 2011 der Fragebogenrücklauf der Haupterhebung der Gebäude- und Wohnungszählung aus. Dagegen stellte das Postgut der Haushaltebefragung, der Befragung an Sonderanschriften und der Wiederholungsbefragung bei den Ländern mit insgesamt knapp 19 000 Briefen nur eine marginale Größe dar. Bei allen Erhebungsteilen wurde weniger Zusatz- und Sonderschriftgut registriert als erwartet (Tabelle 6).

Der größte Rücklauf war direkt nach dem Zensusstichtag zu verzeichnen. Er reduzierte sich im Juli 2011 deutlich und ebte danach langsam ab. Die im August und Dezember wieder ansteigenden Zahlen resultierten aus den Reaktionen auf die in diesem Zeitraum versandten Erinnerungen bzw. Heranziehungsbescheide der Gebäude- und Wohnungszählung beider Länder. Die höchste Anzahl der Posteingänge wurde in der zweiten Juniwoche mit gut 120 000 Briefen verzeichnet (Abbildung 5).

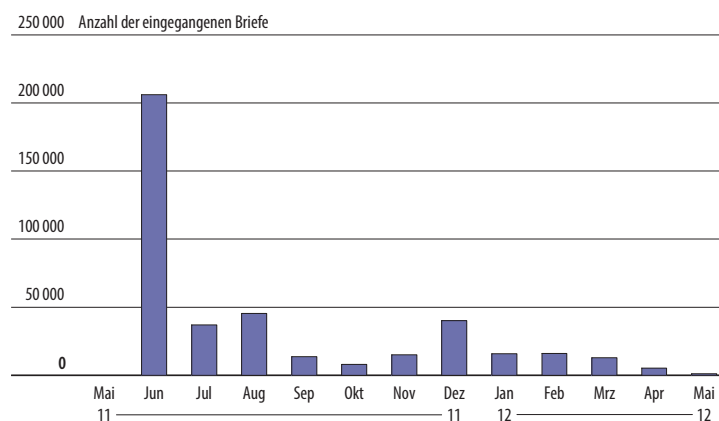
Im letzten Arbeitsschritt vor der Archivierung wurden alle Fragebogen automatisiert beigelesen und dabei die Angaben für die Auswertung digital erfasst. Tabelle 7 verdeutlicht das im Rahmen der Belegung bewältigte Arbeitsvolumen.

Erfassungsmodule

Wie bereits dargestellt, wurden in der Erhebungsstelle Erfassungsmodule eingesetzt, welche über Schnittstellen miteinander kommunizierten. Dazu gehörte ein erhebungsteilübergreifendes Modul, das sowohl für die Verwaltung der Daten der Erhebungsbeauftragten als auch für die Fragebogenverfolgung eingesetzt wurde. Jeder Erhebungsteil verfügte darüber hinaus für die Datenerfassung und Steuerung des Versand- und Mahnwesens über ein separates, jeweils ähnlich aufgebautes Erfassungsmodule mit gesonderten Zugriffsrechten. Für jeden der sich im Projektverlauf sukzessive ändernden Bearbeitungsschritte wurden Arbeitsanleitungen entwickelt und die Mitarbeiter entsprechend geschult.

Ab Herbst 2011 wurden der Erhebungsstelle Module für das

Abb. 5 Im Eingangs- und Verarbeitungszentrum eingegangene Briefe (Haupterhebung) von Mai 2011 bis Mai 2012



Tab. 6 Briefeingang im Eingangs- und Verarbeitungszentrum

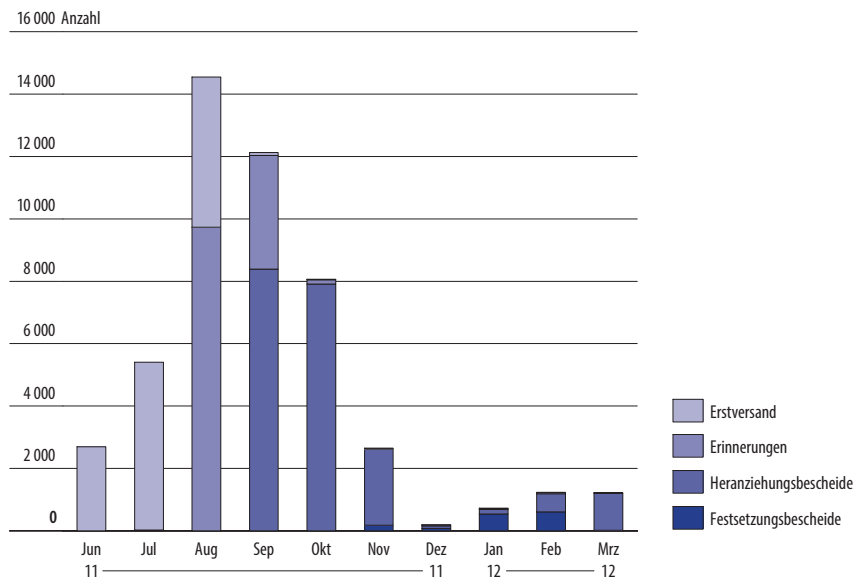
Erhebungsteil	Briefe insgesamt		Darunter mit			
			Zusatzschriftgut		Sonderschriftgut	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorerhebung						
GWZ-Vorerhebung BE.....	53 100	17,9	460	19,3	60	26,1
GWZ-Vorerhebung BB	243 900	82,1	1 920	80,7	170	73,9
Summe Vorerhebung	297 000	100	2 380	100	230	100
Haupterhebung						
GWZ-Haupterhebung BE	191 200	30,3	5 950	47,0	640	52,0
GWZ-Haupterhebung BB	420 500	66,7	6 720	53,0	340	27,6
Haushaltebefragung BE	16 600	2,6	.	.	200	16,3
Sonderanschriften BE	1 100	0,2	.	.	50	4,1
Wiederholungsbefragung BE	600	0,1
Wiederholungsbefragung BB	800	0,1
Summe Haupterhebung	630 800	100	12 670	100	1 230	100
Insgesamt	927 800	100	15 050	1,6	1 460	0,2

Tab. 7 Beleggelesene Fragebogen nach Herkunftsland und Erhebungsteil

Herkunfts- land	Ins- gesamt	Davon				
		Gebäude- und Wohnungs- zählung	Haus- halte- befragung	Sonder- bereiche	Wieder- holungs- befragung	Befragung zur Klärung von Unstimmig- keiten ¹
Anzahl						
Berlin	389 057	234 685	104 719	43 885	5 768	•
Brandenburg	852 948	465 227	308 078	32 077	11 839	35 727
Insgesamt	1 242 005	699 912	412 797	75 962	17 607	35 727
in %						
Berlin	31,3	18,9	8,4	3,5	0,5	•
Brandenburg	68,7	37,5	24,8	2,6	1,0	2,9
Insgesamt	100	56,4	33,2	6,1	1,4	2,9

¹ Die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten wurde nur in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern durchgeführt und entfiel daher in Berlin.

Abb. 6 **Versandfälle in der Erhebungsstelle in Berlin für die Haushaltebefragung von Juni 2011 bis März 2012**



Aufbereitungsmanagement zur Verfügung gestellt. Damit wurden die Nachbereitungsschritte der Belegung (Completion und Personenabgleich⁵), die Prüfung bei Mehrfacheingängen der Erfassungsbogen und die Melderegister-Anbindung durchgeführt.

Postalischer Fragebogenversand, Erinnerungs- und Mahnverfahren

Allen Personen, die im Rahmen der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften nicht von den Erhebungsbeauftragten angetroffen wurden, sind die Fragebogen auf dem Postweg zugesandt worden. Zur Durchsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Auskunftspflicht waren die säumigen Auskunftspflichtigen darüber hinaus zu erinnern bzw. zu mahnen. Diese Arbeitsschritte wurden in folgende Teile untergliedert:

- Fragebogenversand
- Erinnerung
- Heranziehungsbescheid
- Festsetzungsbescheid
- Zwangsgeldverfahren.

Die Fragebogen wurden nicht nur an die von den Erhebungsbeauftragten nicht angetroffenen Auskunftspflichtigen gesandt, sondern auch an die Personen, die gegenüber dem Interviewer zu keiner Auskunft bereit waren. Bürger, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen waren, erhielten ab Mitte Juni 2011 ein Erinnerungsschreiben. Auch die rund 1100 (ca. 1 %) Personen, die ihren Fragebogen in erheblichem Maß unvollständig ausgefüllt hatten, wurden telefonisch und / oder schriftlich aufgefordert, die fehlenden Angaben nachzuliefern.

Alle Einrichtungsleitungen sensibler Einrichtungen sind ihrer Auskunftspflicht nachgekommen. In großem Umfang mussten die Bewohner der Studentenwohnheime und die an einer Sonderanschrift lebenden Privatpersonen erinnert werden.

Personen, die ihrer Auskunftspflicht trotz Erinnerung nicht nachgekommen waren, erhielten einen Heranziehungsbescheid mit Postzustellungsurkunde. Darin wurde ein Zwangsgeld von 300 EUR angedroht. Allen weiterhin säumigen Auskunftspflichtigen der Haushaltebefragung wurde ein Festsetzungsbescheid in Höhe von 300 EUR zugestellt (Abbildung 6).

In der letzten Stufe des Mahnverfahrens wurden die Senatsverwaltung für Finanzen und durch diese die zuständigen Finanzämter um Amtshilfe bei der Vollstreckung ersucht. Die Auskunftspflichtigen erhielten hierüber schriftlich vorab eine Information.

Insgesamt wurden im Rahmen des Mahnwesens knapp 56100 Briefe von der Erhebungsstelle versandt. Der größte Teil entfiel dabei auf die Heranziehungsbescheide, mit denen auch die Existenz von im Melderegister aufgeführten, jedoch nicht von den Erhebungsbeauftragten bestätigten Personen geprüft wurde. Etwas weniger als die Hälfte dieser Personen (47 %) konnten an den Anschriften nicht festgestellt werden und wurden daraufhin als „nichtexistent“ behandelt. Diese Fälle nicht einbezogen, wurden etwa 11 % aller für die Haushaltebefragung auskunftspflichtigen Personen zur Auskunft mit Bescheid herangezogen. Die Zwangsgeldfestsetzung wurde lediglich im Rahmen der Haushaltebefragung bei etwa 2700 Personen (2,2 % der Auskunftspflichtigen) vollzogen. Für weniger als 1 % der Auskunftspflichtigen der Haushaltebefragung wurde letztendlich das Vollstreckungsverfahren durch die vollstreckenden Finanzämter angestrengt (Tabelle 8).

Von den rund 1000 Personen, bei denen eine Vollstreckung durchgeführt wurde bzw. werden sollte, hatten im Rahmen dieser Aktion fast die Hälfte (48 %) einen ordnungsgemäß ausgefüllten Fragebogen zurückgesandt. Ein Viertel dieser Bogen erreichte die Erhebungsstelle noch, bevor die Vollstreckungsbeamten vorsprachen.

⁵ Abgleich der beleggelesenen Daten mit den elektronischen Erhebungslisten

Tab. 8 **Versandfälle der Erhebungsstelle Berlin zu den Haushaltebefragungen**

Mahnstufen	Insgesamt		Davon					
			Haushaltebefragung		Sonderanschriften		Wiederholungsbefragung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Erstversand	13 285	23,3	10 567	18,5	2 460	4,3	258	0,5
Erinnerungen	15 348	26,9	13 724	24,0	1 495	2,6	129	0,2
Heranziehungsbescheide insgesamt	24 722	43,3	21 283	37,3	1 821	3,2	1 618	2,8
davon								
bekannte Wohnungszugehörigkeit	8 030	14,1	6 166	10,8	1 821	3,2	43	0,1
Pseudo-Haushalte	16 692	29,2	15 117	26,5	–	–	1 575	2,8
Festsetzungsbescheide insgesamt	2 736	4,8	2 736	4,8	–	–	–	–
davon								
bekannte Wohnungszugehörigkeit	734	1,3	734	1,3	–	–	–	–
Pseudo-Haushalte	2 002	3,5	2 002	3,5	–	–	–	–
Zwangsgeldverfahren	1 002	1,8	1 002	1,8	–	–	–	–
Insgesamt	57 093	100	49 312	86,4	5 776	10,1	2 005	3,5

Auflösung der Erhebungsstelle Berlin

Die Auflösung der Erhebungsstelle wurde in der Zeit von April bis Ende Mai 2012 vollzogen. Zu den Abschlussarbeiten gehörte, dass alle Erhebungsunterlagen, die der Existenzfeststellung dienten und die die Abrechnungen der Erhebungsbeauftragten betrafen, in Papierform und digital temporär archiviert wurden.

Die datenschutzgerechte Vernichtung der Fragebogen erfolgte direkt am Zensusstandort in einer mobilen Schredderanlage. In der Zeit von Juni bis Oktober 2012 wurden so insgesamt 33 Tonnen Material entsorgt.

Mit Beendigung des Mahnwesens ab März 2012 wurden die Teams zunächst verkleinert, umstrukturiert und schließlich mit Ablauf des Juni 2012 aufgelöst. Die verbleibenden Mitarbeiter wechselten formal von der Erhebungsstelle Berlin in den Landesamtsbereich, in dem sie sich auf die manuelle Codierung der im Rahmen der Haushaltebefragung erhobenen Berufsangaben vorbereiteten.

Autorinnen: Katharina Fischer,
Annemarie Heinzl

Verkehrslärm in Berlin – ein Problem für alle?

Einleitung

Lärm, insbesondere Verkehrslärm, ist eines der wahrnehmbarsten Umweltprobleme in Deutschland. Lärm stört die Kommunikation, führt zu Schlafstörungen, belastigt und erhöht langfristig das Risiko für Herz-Kreislaufkrankheiten (World Health Organization 2011). Städte und Kommunen werden deshalb durch die europäische Umgebungs-lärmrichtlinie verpflichtet, die Lärmbelastung ihrer Einwohner in sogenannten Lärmkarten zu ermitteln und bei Überschreitung von festgelegten Grenzwerten Lärmmin-derungsmaßnahmen durchzuführen (European Commission 2002, Babisch 2011, S. 30). Wie die gute Resonanz auf die internet- und dialoggestützten Öffentlichkeitsbeteiligungen bei der aktuellen Lärmaktions-planung in Berlin zeigt, ist das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Thema enorm (www.leises.berlin.de). Ebenso wächst das Interesse an den möglichen sozialen Implikationen der Lärmbelastung. Im Rahmen der Umweltgerechtigkeitsforschung werden in diesem Zusammenhang die sozialräumliche Verteilung von Lärmbelastung und deren sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen analysiert. Dabei interessiert vor allem die Frage, ob bestimmte soziale Gruppen stärker von Lärm betroffen sind als andere.

Die Umweltgerechtigkeitsforschung an sich ist – zumindest in Deutschland – ein noch sehr junges Forschungsgebiet. Erst seit Anfang der 2000er Jahre werden empirische Arbeiten zur sozialen Verteilung von Umweltbelastungen durchgeführt, vorrangig im Bereich der öffentlichen Gesundheit (u.a. Helmert 2000, Mielck 2000). In den letzten Jahren wurde die Thematik auch in den Umwelt- und Sozialwissenschaften sowie der Raumplanung aufgegriffen (Gaffron 2012, Köckler 2008). Aktuell erfolgt im Rahmen von ersten Pilotprojekten die Integration des Themas in die Arbeit von Politik und Verwaltung. In Berlin leitet beispielsweise die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt das Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit in Berlin“, in das eine Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen eingebunden ist. Darin werden auf Ebene der 447 Planungsräume im System Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) unterschiedliche Umwelt- und Sozialindikatoren untersucht. Das Ziel ist die Entwicklung eines Monitoring- und Bewertungssystems zur Analyse der Umweltgerechtigkeitssituation in Berlin.

Allerdings liegen für Deutschland nach wie vor nur wenige empirische Arbeiten im Bereich Lärm vor.¹ Diese Lücke soll auch durch eine Reihe von Analysen geschlossen werden, welche im Rahmen von Dissertationsvorhaben im Graduiertenkolleg „DIKE – Kostenwahrheit im Verkehr“ der TU Dresden durchgeführt werden (Becker 2011, Becker et al. 2012, Gerike et al. 2012). Dabei wird die

Lärmbelastung der Berliner und Münchener Bevölkerung mit unterschiedlichen Ansätzen auf mehreren Analyseebenen analysiert und mit sozio-ökonomischen Indikatoren in Zusammenhang gebracht. Fokus der hier präsentierten Ergebnisse ist eine extrem kleinräumige Analyse der Zusammenhänge in Berlin.

Methodik

Theoretische Einbettung

Ziel der Analyse ist es, den Zusammenhang zwischen der Lärmbelastung durch Verkehr am Wohnort und dem sozialen Hintergrund der Bewohner zu untersuchen. Dabei gibt es eine ganze Reihe unterschiedlicher Wirkmechanismen, welche (teils gleichzeitig und sich ergänzend) dazu führen können, dass bestimmte soziale Schichten mehr oder weniger Lärm als andere ausgesetzt sind. Im Berliner Kontext potenziell von Relevanz könnten beispielsweise die folgenden Wirkmechanismen sein:²

- Entscheidungsträger planen Neu- oder Ausbauten von Verkehrsprojekten vorwiegend dort, wo sie selbst nicht wohnen und wo der zu erwartende politische Widerstand gering ist. Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen sind in der Regel seltener politisch aktiv (Diekmann et al. 2011, S. 75) bzw. fühlen sich unter Umständen durch eine bestimmte Lärmexposition weniger belastigt, als dies für eine vergleichbaren Lärmbelastung bei einer statushöheren Gruppe der Fall wäre (Bunge, Katzschner 2009, S. 9). Das Ausblenden langfristiger Lärmfolgen durch die Belasteten selbst führt allerdings nicht zu geringeren Gesundheitskosten für die Gesellschaft.
- Eine derartige bewusste Diskriminierung vonseiten der Politik und Verwaltung wird in den USA auch im Zusammenhang mit den von ethnischen Minderheiten erlittenen Umweltbelastungen diskutiert. Im europäischen Raum wird dies als Ursache von Umweltungerechtigkeit seltener debattiert. Vorurteile oder rassistische Einstellungen können aber durchaus auch hier dazu führen, dass beispielsweise Ausländern ruhige Wohnungen in guter Wohnlage verwehrt bleiben.³

1 Den Autoren bekannt sind beispielsweise die Arbeiten von Gaffron 2012, Köckler 2008, Becker 2011, Becker et al. 2012, Kohlhuber et al. 2006, Helmert 2000, Mielck 2000.

2 Vgl. vor allem Liu (1997, S. 646 ff und 2001 S. 26 ff.), welcher eine ganze Reihe potenzieller Wirkmechanismen für die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen diskutiert.

3 Thematisiert wird dies beispielsweise auf einem der Ausstellungsplakate zur interaktiven Ausstellung „Unterschiede, die einen Unterschied machen“ des Antidiskriminierungsbüros Sachsens. Auf dem Plakat wird

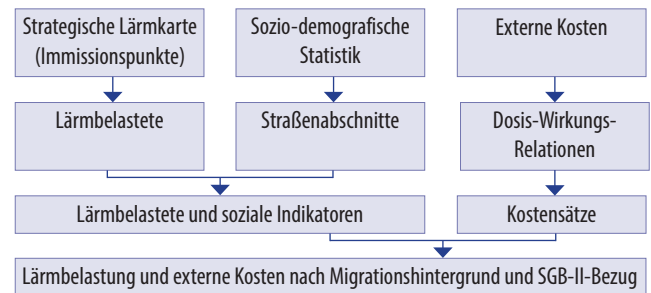
die Frage formuliert: „Angenommen, Sie suchen eine Wohnung. Wie würden Sie sich am Telefon lieber vorstellen?“. Die Antwortmöglichkeiten lauten: A.) Müller B.) Köşeroğlu (Antidiskriminierungsbüro Sachsen 2012).

- Lärm vermindert den Mietpreis für Wohnraum (z. B. Püschel et al. 2012). Einkommensschwächere Personengruppen ziehen deshalb verstärkt an laute Straßen.
 - Allerdings bevorzugen auch junge, gut verdienende Städter oft zentral gelegene Wohnlagen mit vielfältigen Freizeit-, Einkaufs- und Kulturangeboten. Dies könnte zu einer höheren Lärmbelastung für diese Gruppen führen.⁴
 - Im Zuge der Gentrifizierung könnten einkommensschwächere Haushalte aus gut erschlossenen Innenstadtlagen auch komplett verdrängt werden. Unter Umständen ist die Lärmbelastung in weniger attraktiven Rand- und Umlandgebieten für diese Bevölkerungsschichten dann auch niedriger als die für besser verdienende Innenstadtbewohner.
- Die beispielhaft vorgestellten Wirkmechanismen führen hypothetisch größtenteils zu einer höheren Lärmbelastung für sozial schwächere Schichten und Einwohner nicht-deutscher Wurzeln. Einige Mechanismen könnten allerdings auch zu einer höheren Lärmbelastung von Besserverdienenden führen. Im Rahmen der folgenden Analyse kann nicht überprüft werden, welcher Wirkmechanismus (oder welche Kombination) zu einem bestimmten Verteilungsmuster führt. Stattdessen soll dargestellt werden, ob die Wirkmechanismen in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass eine ungleiche Verteilung der Lärmbelastung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen beobachtet werden kann oder nicht. Die Arbeitshypothesen sind dabei:
- Die Lärmbelastung ist höher für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten.
 - Die Lärmbelastung ist höher für Einwohner nicht-deutscher Wurzeln. In Anlehnung an Havard (2011) bezieht sich dies insbesondere auf Einwohner mit Migrationshintergrund, die nicht aus hoch entwickelten Industrienationen stammen.

Analysemethodik

Für die Analyse werden Daten aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen miteinander verknüpft. Prinzipiell wird dabei das folgende, in Abbildung 1 noch einmal grafisch veranschaulichte Vorgehen gewählt: Zunächst werden Informationen zur Lärmbelastung der Berliner Bevölkerung benötigt. Dafür wird auf Lärmkarten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm) zurückgegriffen, die Lärmpegel hoch aufgelöst für alle belasteten Gebäude in Berlin angeben. Um die ökonomischen Folgewirkungen bzw. den durch Lärm bedingten Nutzenverlust für die Bevölkerung auszudrücken, werden mithilfe der Lärmbelastungsdaten die von den Einwohnern getragenen externen Kosten berechnet. Deren Verteilung kann in geografischen Informationssystemen auch räumlich verortet werden. Die Daten zur Lärmbelastung der Bevölkerung sowie zu den externen Kosten werden

Abb. 1 Darstellung des methodischen Ansatzes



anschließend mit Informationen zum Sozialstatus der Einwohner kombiniert. Die verwendeten Sozialdaten liegen auf Ebene von Straßenabschnitten vor. Im Anschluss können die Daten geeignet aggregiert und zusammengefasst werden, um die Existenz von Belastungsunterschieden zwischen einzelnen sozialen Gruppen zu bestätigen oder zu verwerfen.

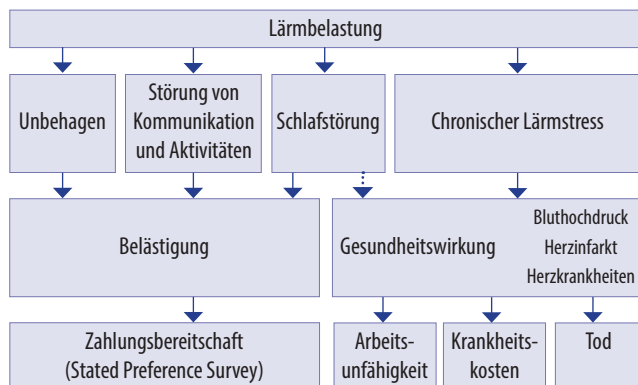
Im Gegensatz zu Klimagasen oder Ozonbelastung wirkt Verkehrslärm extrem lokal. Ohne Hindernisse verringert sich ein Lärmpegel bereits nach einigen hundert Metern spürbar. Bei geschlossener Bebauungsstruktur entlang einer Hauptverkehrsstraße können schon in der dahinter liegenden, abgeschirmten Parallelstraße oder auf der Fassadenrückseite Lärmpegel unterhalb der Risiko- bzw. Belästigungsschwelle auftreten (vgl. obere Abbildung, 3. Umschlagseite). Übergeordnetes Ziel der Analyse ist es deshalb, eine angemessene, möglichst kleinräumige Betrachtungsebene zu wählen. Diese unterscheidet die vorliegende Arbeit auch von anderen Studien zur Lärmbelastung von Berlin, welche auf Ebene von Straßenabschnitten oder Kiezen angesiedelt waren.

Datenbasis und Datenaufbereitung Strategische Lärmkarte

Die Daten zur Lärmbelastung konnten für die Untersuchung der strategischen Lärmkarte von Berlin entnommen werden (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin 2008). Die Lärmkarte ist die erste Stufe der Lärminderungsplanung, die in allen Ballungsräumen der Europäischen Union entsprechend der Umgebungslärmrichtlinie vorgeschrieben ist. In die Lärmkarten fließen keine gemessenen Lärmimmissionen ein, sondern alle Daten sind mit Lärmmodellen errechnet worden. Für die Modellierung werden eine Vielzahl von Eingangsparametern, wie die 3-D-Gebäudeform, der Straßenbelag und die Anzahl und Art der Fahrzeuge auf einer Straße berücksichtigt. Modelliert werden zunächst die Lärmemissionen einer Schallquelle, z. B. eines Straßenabschnitts. Anschließend erfolgt die Berechnung von Lärmimmissionen an den Gebäudefassaden der Umgebung, indem fiktive Immissionspunkte gleichmäßig auf der Fassadenaußenseite verteilt werden. Sie sind in 4 m Höhe über dem Boden angeordnet und ihre Anzahl variiert in Abhängigkeit von der Gebäudegröße (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz 2008). Die Lärmkarte in Berlin enthält insgesamt 3910391 Immissionspunkte, die auf 550344 Gebäude verteilt sind. Trotz der hohen Auflösung der Lärmkarten, die weit über die gesetzlichen Mindeststandards hinausgeht, werden verschiedene Einflussfaktoren auf die reale Lärmbelastung in

⁴ Mitchell und Dorling konnten diesen Zusammenhang für Luftverschmutzung in Großbritannien nachweisen (Mitchell et al. 2003).

Abb. 2 Berücksichtigte Effekte von Lärm



der Wohnung in der Modellierung nicht berücksichtigt. Dazu gehören der Einfluss von Nebenstraßen mit niedrigem Verkehrsaufkommen, die Veränderung der Lärmbelastung in höheren Stockwerken oder der Unterschied zwischen den Lärmpegeln an der Fassade und innerhalb der Wohnung. An einem Ausschnitt der Berliner Lärmkarte (3. Umschlagseite oben) wird beispielhaft die Verteilung der Immissionspunkte an den Gebäudefassaden gezeigt.

Jedem Immissionspunkt der strategischen Lärmkarte wurden im Modellierungsprozess unterschiedliche Attribute zugewiesen, darunter separate Lärmpegel für alle Verkehrsträger und ein Gesamtlärmpegel (energetisch addiert), sowie eine Gebäudekennung und die Anzahl der Bewohner je Immissionspunkt. Die Anzahl der Gebäudebewohner wurde dabei anhand der Einwohnerstatistik auf Ebene von Blöcken (Bezugsjahr 2005) ermittelt. Die Einwohner der statistischen Blöcke wurden gemäß der Wohnfläche gleichmäßig auf die Gebäude verteilt. Innerhalb der Gebäude sind die Einwohner gleichmäßig auf alle Immissionspunkte verteilt worden.

Kostensätze für die externen Kosten

Externe Kosten sind weit über die Umweltökonomie hinaus ein verbreitetes Verfahren, um negative Effekte menschlicher Aktivitäten auf andere Menschen, Regionen oder Generationen greifbar zu machen. Im Verkehr werden sie für die Bewertung von Investitionsalternativen (z.B. Bundesverkehrswegeplanung), für die Festsetzung von Straßenbenutzungsgebühren (z.B. EU-Wegekostenrichtlinie) oder zur Darstellung der Kostenstruktur im Verkehrswesen (z.B. CE Delft 2011) verwendet. Externe Umweltkosten umfassen vor allem die Kosten und Nutzenverluste der Bevölkerung durch Lärm- und Luftschadstoffbelastung, durch Unfälle sowie Klimaveränderungen.

Bei Verkehrslärm lassen sich die negativen Effekte zwei voneinander unabhängigen Wirkungspfaden zuordnen (Schmid 2004, S. 81):

- **Belästigung:** Verkehrslärm führt zu Belästigung („annoyance“), zu Beeinträchtigung des Wohlbefindens, zu Störung von Gesprächen und Aktivitäten sowie zu Schlafstörungen (Laszlo et al. 2012, S. 553–554).
- **Gesundheitswirkungen:** Verkehrslärm verursacht Stress, der Risikofaktoren wie Blutdruck, Blutzucker oder Blutfett beeinflusst, die wiederum in konkrete

Krankheitsbilder wie Bluthochdruck, Arterienverkalkung oder Herzkrankheiten münden können (Babisch 2006, S. 11).

Beide Lärmwirkungen sind mit Kosten und immateriellen Nutzenverlusten verbunden, welche von den Belasteten oder der Allgemeinheit insgesamt zu tragen sind. Für einige Kostenkomponenten (z.B. die Kosten zusätzlicher Krankenhausaufenthalte) existieren Marktpreise. Für andere Effekte (z.B. Wohlbefinden) kann keine direkte Monetarisierung erfolgen. Für diese Fälle gibt es verschiedene Methoden, um die Zahlungsbereitschaften indirekt zu ermitteln (stated-preference-Befragungen, Ermittlung hedonischer Preise, u.a.). Abbildung 2 zeigt die einbezogenen Lärmwirkungen und Kosten noch einmal grafisch.

Die in dieser Analyse verwendeten Kostensätze orientieren sich grundsätzlich an den Empfehlungen und Werten der Methodenkonvention zu Schätzung externer Kosten des Umweltbundesamtes (Umweltbundesamt 2007) sowie am Handbuch zur Schätzung externer Kosten der EU (Maibach et al. 2007). In dieser Arbeit werden externe Kosten primär als einfach handhabbarer Lärmindikator verwendet, da die reinen Lärmpegel räumlich schwer zu aggregieren sind. Gleichzeitig dient die Abschätzung der externen Kosten der Bewusstseinsbildung über deren ungefähre Höhe und die Relevanz von Lärm für die Gesellschaft. Für andere Zwecke wäre die Angabe von Bandbreiten der externen Kosten sinnvoll, um die Unsicherheiten bei der Schätzung zu verdeutlichen.

Im Folgenden wird die Entwicklung von Kostensätzen für die Belästigungs- und Gesundheitswirkungen von Lärm dargestellt. Werden diese mit der Anzahl der Lärmbetroffenen je Pegelklasse multipliziert, können die gesamten externen Kosten je Immissionspunkt, Straßenabschnitt oder in ganz Berlin berechnet werden.

Kosten der Lärmbelastung

Belästigungskosten können anhand des tatsächlichen Wahlverhaltens im Wohnungsmarkt ermittelt werden und mit Mietpreisunterschieden (Hedonische Preise) ausgedrückt werden (Püschel et al. 2012). Die Kostensätze der vorliegenden Analyse basieren allerdings auf dem alternativen Verfahren der Stated-Preference-Befragung, bei dem zuerst das Umweltgut Lärm beschrieben wird und anschließend die Zahlungsmöglichkeit und potenzielle Zahlungsbereitschaft in Interviews abgefragt wird. Vorteil des Verfahrens ist, dass die Umweltwirkung Lärm in den Befragungen von anderen Einflüssen der Wohnstandortwahl explizit isoliert werden kann (Maibach 2007, S. 224). Dabei wird der von Maibach (2007, S. 227–228) empfohlene Ansatz verwendet, der einen Kostensatz von 0,1 % des durchschnittlichen Einkommens je Dezibel Lärmbelastung oberhalb der Wirkschwelle empfiehlt. Mit einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 30 392 EUR im Jahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2010) und einer Wirkschwelle von 55 dB(A) ergeben sich die in der nebenstehenden Tabelle dargestellten Kostensätze je Belasteten und Pegelklasse.

Kostensätze je Belasteten durch Belästigung durch Verkehrslärm 2008	
L _{DEN}	EUR
<55	0
55–60	76
61–65	228
66–70	380
71–75	532
76–80	684
81–85	836

Ermittlung des lärmbedingten Erkrankungsrisikos in Berlin 2008 ...

Tab. 1 ... an Herzinfarkt und sonstigen Erkrankungen der Herzkranzgefäße

L_{DEN}	Belastete durch Straßenverkehr	Anteil an der Bevölkerung in %	Relatives Risiko (RR)	PAR ¹ in %
<55 ...	2 682 449	80,52	1,00	–
55–60 ...	220 200	6,61	1,00	–
61–65 ...	155 000	4,65	1,02	0,07
66–70 ...	140 200	4,21	1,07	0,28
71–75 ...	112 600	3,38	1,16	0,54
76–80 ...	20 800	0,62	1,30	0,19

Tab. 2 ... an Bluthochdruck

L_{DEN}	Belastete durch Straßenverkehr	Anteil an der Bevölkerung in %	Relatives Risiko (RR)	PAR ¹ in %
<55 ...	2 682 449	80,52	1,00	–
55–60 ...	220 200	6,61	1,00	–
61–65 ...	155 000	4,65	1,21	0,97
66–70 ...	140 200	4,21	1,56	2,30
71–75 ...	112 600	3,38	1,91	2,98
76–80 ...	20 800	0,62	2,26	0,78

1 Populations-attributables Risiko

Gesundheitswirkungen von Lärm

Grundlage der Krankheitskosten sind Dosis-Wirkungs-Relationen, die die Beziehung zwischen der Belastung durch Verkehrslärm und der Risikoerhöhung von Krankheiten beschreiben. Dabei wird mit epidemiologischen Studien die Erhöhung im Vergleich zum immer vorhandenen Grundrisiko ermittelt und mit dem sogenannten Odds Ratio (OR) ausgedrückt. Ab einem OR > 1 liegt ein schädigender Einfluss vor (Kreienbrock et al. 2005, S. 49).

Gesicherte Dosis-Wirkungs-Relationen gibt es für die Krankheiten Herzinfarkt (WHO-Code: I21), sonstige Erkrankungen der Herzkranzgefäße (WHO-Code: I20, I22-I25) sowie für Bluthochdruck (WHO-Code: I10-I15). Die Wirkschwelle liegt jeweils bei $L_{DEN} = 60$ dB(A). Weitere Krankheiten wie Arterienverkalkung oder Schlafstörungen bleiben wegen Unsicherheiten bei den Dosis-Wirkungs-Relationen und den verursachten Kosten unberücksichtigt. Für die Krankheiten Herzinfarkt und sonstige Erkrankungen der Herzkranzgefäße werden Dosis-Wirkungs-Relationen bei Straßenverkehrslärm aus der Studie von Babisch (2006, S. 53) verwendet, die auf epidemiologischen Studien im Untersuchungsgebiet Berlin basieren. Für Bluthochdruck wird die Dosis-Wirkungs-Relation von Maschke (Maschke et al. 2003, S. 107) verwendet. Beide Funktionen werden mit einem Aufschlag von 2 dB(A) (Bite 2004) in den heute üblichen Lärmindex L_{DEN} umgerechnet, um daraus das Relative Risiko (RR) zu ermitteln.

Zur Ermittlung der Anzahl der zusätzlich Erkrankten in Berlin je Lärmpegelintervall wird ein Ansatz zur ursachenbezogenen Zuordnung von Krankheitsrisiken der WHO verwendet (Prüss-Üstün et al. 2003, S. 12–16; Babisch 2006, S. 57–60). Der Anteil der auf Lärm zurückführbaren Erkrankungen an allen Erkrankungen kann mithilfe des Ansatzes des populations-attributablen Risikos berechnet werden (Kreienbrock 2005, S. 52):

$$PAR = \frac{P_i \cdot (OR_i - 1)}{(1 + P_i \cdot (OR_i - 1))} \quad \text{berechnet werden, wobei gilt:}$$

PAR = Populationsattributables Risiko

P_i = Anteil der Bevölkerung mit Expositionskategorie i

OR_i = Odds ratio für die Expositionskategorie i (aus RR abgeleitet)

Die Ergebnisse in den Tabellen 1 und 2 zeigen, dass etwa 1 % (Herzinfarkt/Herzkranzgefäße) bzw. 7 % (Bluthochdruck) aller Erkrankungsfälle in Berlin auf Lärmbelastungen oberhalb des Pegels $L_{DEN} = 60$ dB(A) zurückzuführen sind.

Kosten durch Krankheiten

Die Kosten, die einzelne Krankheiten den Krankenkassen und in Teilen den Privathaushalten jährlich durch Prävention, Heilung und Rehabilitation verursachen, werden vom Statistischen Bundesamt erhoben (Statistisches Bundesamt 2010, S. 3). Neben den direkten Kosten werden auch Erwerbsunfähigkeitszeiten aufgrund von Krankschreibungen und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre durch Invalidität erfasst. Die Monetarisierung der Zeiträume der Erwerbsunfähigkeit erfolgt in dieser Arbeit mit dem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Jahr (61963 EUR in 2008). Anschließend erfolgt die Umlegung der für Deutschland ermittelten Werte auf das Land Berlin anhand der Einwohnerzahlen (Statistisches Bundesamt 2011) in Tabelle 3. Regionale Unterschiede bei der Demografie oder den Gesundheitsausgaben bleiben somit unberücksichtigt.

Bisher sind nur die Kosten, die aufgrund einer Erkrankung direkt entstanden sind und für die Marktpreise vorliegen, betrachtet worden. Für die Bewertung der Verlustrisiken aufgrund von vorzeitigem Tod muss mangels Marktpreisen wie bei Belastungskosten auf Schätzverfahren zurückgegriffen werden. Trotz möglicher ethischer Bedenken ist die Bewertung von Todesrisiken in den Industrieländern bei Umwelt- und Gesundheitsrisiken weit verbreitet (OECD 2012, S. 24–29). Die EU-Kommission

Tab. 3 Gesamtkosten von Krankheiten und deren Folgen in Berlin 2008

Diagnose	WHO-ICD-Schlüssel	Krankheitskosten in EUR	Kosten durch verlorene Erwerbstätigkeit in EUR	
			Arbeitsunfähigkeit	Invalidität
Herzinfarkt	I21	77 001 227	15 558 349	5 186 116
Sonstige Herzkranzgefäße	I20-I25	182 543 125	41 488 930	51 861 163
Bluthochdruck	I10-I15	379 105 496	41 488 930	15 558 349

Quelle: GBE-Bund 2010, eigene Berechnungen auf Basis des Statistischen Bundesamtes 2010

und das Umweltbundesamt empfehlen den Ansatz „value of life year lost“ (VOLY), bei dem jedes durch Krankheit verlorenes Lebensjahr mit einem Wert von 50 000 EUR monetarisiert wird (Maibach et al. 2007, S. 66, Umweltbundesamt 2007, S. 72). Pro vorzeitigen Todesfall wird im Fall von Herzkrankheiten ein Wert von 11 Jahren für den durchschnittlichen Lebenszeitverlust angenommen (Leipner 2011, S. 77).

Berechnung der Kostensätze

Die Berechnung der in der Untersuchung verwendeten Kostensätze je Lärmbelasteten erfolgt mit den eingangs dargestellten Daten anhand der folgenden Formeln:

$$\begin{aligned}\text{Krankheitskosten}^1 &= \frac{\text{PAR} \cdot \text{jährliche Gesamtkosten in Berlin}}{\text{Belastete}} \\ \text{Verlorene Erwerbstätigkeit}^1 &= \frac{\text{PAR} \cdot \text{jährliche Gesamtkrankheitskosten in Berlin}}{\text{Belastete}} \\ \text{Mortalitätskosten}^1 &= \frac{\text{PAR} \cdot \text{Gestorbene in Berlin} \cdot \text{VOLY} \cdot \text{Lebenszeitverlust}}{\text{Belastete}}\end{aligned}$$

¹ pro Belastetem

Daraus ergeben sich die in Tabelle 4 dargestellten Kosten je Krankheit, die jeweils die drei Komponenten Krankheitskosten, verlorene Erwerbstätigkeit und Mortalität einschließen. Die Kosten der Lärmbelastigung können addiert werden, um die Höhe der gesamten externen Verkehrslärmkosten pro Betroffenen und Pegelklasse und Jahr zu erhalten.

Die Kostensätze sind jeweils für 5dB-Pegelklassen dargestellt. Um Sprungstellen bei der Berechnung der externen Kosten zu vermeiden, wurde aus diesen Werten die folgende Funktion interpoliert:

$$\text{Kosten}(L_{\text{DEN}}) = 8944,6 - 427,238L_{\text{DEN}} + 6,15983(L_{\text{DEN}})^2 - 0,024537(L_{\text{DEN}})^3.$$

Die Funktion beruht auf epidemiologischen Studien und Analysen zur Zahlungsbereitschaft, die sich auf den Straßenverkehr beziehen. Weitere Lärmquellen in Berlin sind Flug- und Schienenverkehr. Da sich die Schallcharakteristik unterscheidet, sind streng genommen für jede Lärmquelle eigene Kostensätze notwendig. Wegen teilweise fehlender Dosis-Wirkungs-Relationen und zur Vermeidung von Doppelzählungen beim gleichzeitigen Auftreten von mehreren Lärmquellen (logarithmische Pegeladdition führt nur zu kleinen Änderungen) werden die für Straßenverkehr ermittelten Kostensätze für die von SenStadtUm bereitgestellte Gesamtlärmbelastung angewendet.

Tab. 4 **Kostensätze für Krankheiten bzw. Belästigung durch Straßenverkehrslärm je belasteten Einwohner und Jahr in Berlin 2008 in EUR**

L_{DEN}	Herzinfarkt	Sonstige Erkrankungen der Herzkranzgefäße	Bluthochdruck	Belästigung	Summe
<55 ...	0	0	0	0	0
55–60 ...	0	0	0	76	76
61–65 ...	6	9	72	228	315
66–70 ...	28	42	189	380	639
71–75 ...	68	100	305	532	1 004
76–80 ...	127	188	432	684	1 431

Sozio-ökonomische Daten

Sozio-ökonomische Merkmale von Bevölkerungsgruppen können durch eine Vielzahl verschiedener Variablen beschrieben werden. Oft werden in empirischen Studien Geschlecht, Alter, Staatsbürgerschaft, Bildungsniveau, Ausstattung mit technischen Geräten oder Angaben zum Haushaltseinkommen u.Ä. verwendet (Deckl 2010). Teilweise erfolgt auch eine Integration mehrerer einzelner Variablen zu einem aggregierten Gesamtindikator, z.B. der sozialen Schicht. Für Berlin wurde ein derartiger Indikator bereits im Rahmen des Monitorings Soziale Stadtentwicklung entwickelt. Er kommt auch im Projekt „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ zur Anwendung und wurde bereits in Vorstudien eingesetzt (Becker 2011). Allerdings liegt dieser aggregierte Indikator nur auf Ebene der 447 Planungsräume in Berlin vor und bietet somit nicht die für Lärm notwendige hohe räumliche Auflösung.

Wie in Abschnitt Theoretische Einbettung dargestellt, interessiert in dieser Arbeit vor allem die Beziehung zwischen dem verfügbaren Einkommen eines Haushalts und den externen Lärmkosten am Wohnort. Zudem sollte der Einfluss der ethnischen Herkunft auf die Belastung durch Lärm ermittelt werden. Hier stellt sich die Frage, ob bestimmte ethnische Gruppen systematisch höheren Lärmkosten ausgesetzt sind als andere.

Die für diese Fragestellung benötigten sozio-demografischen Variablen Nettoäquivalenzeinkommen und ethnische Herkunft liegen für Berlin nicht in der benötigten räumlichen Auflösung vor. Die kleinste räumliche Einheit Planungsräume umfassen beispielsweise im Durchschnitt 7500 Einwohner auf einer Fläche von 2 km². Da Lärm sehr lokal wirkt (bereits zwischen straßenzu- und abgewandter Fassadenseite unterscheiden sich die Lärmwerte zum Teil stark) könnte eine derartig großflächige Analyseebene potenzielle Zusammenhänge stark verschmieren. Aus diesem Grund wurden für diese Analyse Indikatoren auf Ebene von Straßenabschnitten bevorzugt. Straßenabschnitte umfassen dabei in der Regel den Teil einer Straße zwischen zwei Kreuzungen; diese sind im Durchschnitt 165 m lang und beinhalten nach dem vorliegenden Datensatz durchschnittlich 230 Einwohner.

Ein auf Straßenabschnittsebene verfügbarer Indikator zur Beschreibung der Finanzstärke der Bevölkerung ist der Anteil der Bewohner je Straßenabschnitt, welche SGB-II-Leistungen (umgangssprachlich Hartz-IV) beziehen. Der Einfluss der ethnischen Herkunft soll hingegen mithilfe des Anteils der Einwohner mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern eines Straßenabschnitts analysiert werden. Beide kennzeichnen nicht direkt eine sozio-ökonomische Gruppe, sondern drücken die Wahrscheinlichkeit aus, mit der eine Person zur interessierenden sozio-ökonomischen Gruppe gehört. Konkret verwendet wurden Daten zur Einwohnerzahl (Basisjahr 2010), zum Anteil der Bewohner, der unter 65 Jahre alt und von SGB-II abhängig ist (Basisjahr 2009) und zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (Basisjahr 2010) auf Ebene von Straßenabschnitten. Die Anteile wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) zu 10 % Intervallen gruppiert. Für Straßenabschnitte mit

weniger als 50 Einwohnern liegen aus Datenschutzgründen keine sozio-demografischen Daten vor.

Beide Indikatoren können den eigentlich interessierenden Wirkungszusammenhang nur approximieren. SGB-II-Empfänger verfügen zwar über ein geringes Einkommen, allerdings bildet der Indikator keine Einkommensunterschiede zwischen Nicht-SGB-II-Empfängern ab. Damit können auch (die annahmegemäß existierenden) Unterschiede in der Lärmbelastung zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten ohne SGB-II-Bezug nicht abgebildet werden, die Analyse kann also nur einen Teil der potenziell existierenden Ungleichheit auffinden.

Ähnlich problematisch für die Analyse ist der Begriff des Migrationshintergrundes. Einwohner mit Migrationshintergrund sind in der (Berliner) Bevölkerungsstatistik Zuwanderer und deren Kinder, unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011a). Unter diesen Begriff fallen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern (Titelgrafik), welche je nach ethnischer Herkunft unterschiedlich von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betroffen sein könnten. Auch in Bezug auf ihren Sozialstatus sind die Unterschiede innerhalb der Gruppe der Einwohner mit Migrationshintergrund sicherlich groß: Expatriate aus hoch entwickelten Ländern werden in Berlin genauso vertreten sein wie Asylbewerber mit minimalem Entscheidungsspielraum. Eine weitere Unterteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund beispielsweise nach Entwicklungsstand des Herkunftslandes wie bei Havard (2011) wäre deshalb wünschenswert.

Datenaufbereitung

Die externen Kosten je Immissionspunkt wurden durch Multiplikation der Anzahl der Belasteten mit den für die externen Kosten ermittelten Kostensätze berechnet (siehe Abschnitt Kostensätze). Die Höhe der Kostensätze ergab sich dabei aus den Gesamtverkehrslärmpegeln (Lärmindikator Tag-Abend-Nacht L_{DEN}) der strategischen Lärmkarte 2008. Die Zuordnung zu Straßenabschnitten erfolgte mittels einer Datenbank des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), welche die Attribuierung der Gebäudekennungen zu Straßenabschnitten enthält. An Straßenkreuzungen orientiert sich die Gebäudezuordnung an der Adresse des Gebäudes (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011b). Die anschließende Analyse der Lärm- und Sozialdaten orientiert sich prinzipiell an den Einwohnern und erfolgt primär auf Ebene der Immissionspunkte.

Die für Gebäude mit Wohnnutzung hinterlegten Immissionspunkte ($n = 3754325$) stellen die Unterschiede der Lärmbelastung an unterschiedlichen Fassaden der Gebäude differenziert dar. Da sich die Immissionspunkte sowohl an der straßenzu- als auch abgewandten Seite befinden, kann sich die errechnete Lärmbelastung zwischen zwei Einwohnern ein und desselben Gebäudes um bis zu 41 dB (Mittelwert: 7 dB) unterscheiden.

Die auf Modellrechnungen basierte strategische Lärmkarte umfasst Lärmpegel im Bereich von 4 dB(A) bis 92 dB(A). Die untere Grenze liegt nur knapp über

der Hörschwelle, selbst Walddrauschen oder Flüstern kann lauter sein. Derartige Werte kommen im urbanen Umfeld im Freien praktisch nicht vor und sind als Artefakte der Modellierung einzustufen. Im städtischen Umfeld dürfte eher ein Hintergrundgeräusch von mindestens 45 dB(A) als realistisch angesehen werden (Harvard et al. 2011, S. 367). Die im Rahmen der Lärmaktionsplanung modellierten Immissionswerte sind ab ca. 50–55 dB(A) als verlässliche Schätzer für die reale Belastung anzusehen. Um den Einfluss der „falschen“ und unsicheren Werte in der Analyse möglichst zu begrenzen, werden vor allem robuste Streuungsmaße zur Beschreibung der Daten verwendet. Bei der Berechnung der externen Kosten spielt diese Problematik ohnehin eine untergeordnete Rolle, da Lärmkosten erst ab einer Wirkschwelle von 55 dB(A) berechnet werden.

Die strategische Lärmkarte und die Sozialstatistik beinhalten beide die Variable Einwohnerzahl. Bei der Lärmkarte erfolgte die Umlegung von statistischen Blöcken auf die Gebäude, während die Sozialstatistik direkt auf Ebene der Straßenabschnitte vorliegt. In der Summe liegt die Anzahl der Einwohner nach der strategischen Lärmkarte knapp 17,6 % über dem entsprechenden Wert der Sozialstatistik. Dieser Unterschied ist neben verschiedenen Basisjahren darauf zurückzuführen, dass zu 56 % der Straßenabschnitte keine Einwohner und sonstige Variablen aus der Sozialstatistik zugeordnet werden konnten. Höchstwahrscheinlich ist dies durch die datenschutzrechtlich bedingte Untergrenze von 50 Personen je Straßenabschnitt in der Sozialstatistik bedingt. Von dieser fehlenden Zuordnung sind 13,7 % der externen Kosten betroffen.

Nicht ganz erklärt werden können die teils erheblichen Unterschiede zwischen den beiden Einwohnerquellen auf Ebene der Straßenabschnitte. So reicht die maximale Spannweite der Differenz zwischen beiden Einwohnerquellen auf Straßenabschnittsebene von –1217 bis 1203 Einwohner (5 % bis 95 %-Perzentil: –125 bis 99 Einwohner), der Faktor zwischen strategischer Lärmkarte und Sozialstatistik liegt in der Spitze bei 14. Ein möglicher Grund kann darin liegen, dass für die Strategische Lärmkarte Einwohnerzahlen auf Ebene von statistischen Blöcken anhand der Gebäudegrundfläche, der Gebäudenutzung und der Anzahl der Geschosse umgelegt worden sind. Dabei könnte es zu Verschiebungen zwischen benachbarten Straßen kommen. Für diese Erklärung spricht, dass auf Ebene der LOR-Planungsräume die maximale Spannweite zwischen den beiden Quellen deutlich sinkt. Leider ist ein direkter Vergleich der beiden Datenquellen auf LOR-Ebene nicht möglich, da für viele Straßenabschnitte keine Einwohnerdaten aus der Sozialstatistik vorliegen. Weiterhin spricht eine hohe und signifikante Korrelation der beiden Quellen auf Straßenabschnittsebene (Pearson's $r = 0,931$; $p < 0,01$, $n = 12236$) für die Qualität der Daten. Trotz der Unsicherheiten werden für alle statistischen Auswertungen die Einwohnerzahlen der Strategischen Lärmkarte verwendet, da diese die Grundlage für alle Betroffenenzahlen und die Berechnung der externen Kosten sind. Hinzu kommt, dass nur diese Werte auf Ebene der Immissionspunkte vorliegen. Bei der Auswertung der Lärmbelastung sowie der damit verbun-

Tab. 5 **Lärmbelastung der Berliner Bevölkerung nach dem Anteil an SGB-II-Leistungsempfängern auf Straßenabschnittsebene in Berlin 2008**

L _{den} in dB(A)	Gesamtbevölkerung	Anteil SGB-II-Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der Straßenabschnittsbewohner in %							
		< 10	10 bis < 20	20 bis < 30	30 bis < 40	40 bis < 50	50 bis < 60	> 60	un- bekannt
Bei Erfassung der Lärmbelastung auf Ebene der Immissionspunkte									
Mittelwert	52,2	51,0	51,8	52,8	52,8	52,9	53,2	53,0	52,0
Perzentil 25	46,0	45,8	45,6	46,1	45,6	45,6	46,3	46,0	46,8
Median	50,4	49,4	49,7	50,9	51,2	51,4	51,4	50,7	50,9
Perzentil 75	57,4	54,9	56,5	58,5	59,8	59,5	60,1	59,8	56,4
Nachrichtlich: bei Zuordnung aller Bewohner zu den Maximalpegeln der Wohngebäude									
Median	56,9	55,0	57,3	58,5	58,9	59,0	59,6	60,8	54,4
Einwohner insgesamt ...	3 339 243	481 891	789 271	618 887	434 361	243 483	119 465	50 263	601 623

denen getragenen externen Kosten werden die entsprechenden Zahlen für die Gruppe der Einwohner mit unbekannten Sozialstatus separat ausgewiesen.

Ergebnisse und Diskussion Analyse der Lärmbelastung

Die Analyse der Lärmbelastung ermöglicht eine Einordnung der Problematik in die gültige Rechtslage. Die 34. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (BImSchV) bezeichnet Lärmkarten als „eine grafische Darstellung der Überschreitung eines Wertes, bei dessen Überschreitung Lärmschutzmaßnahmen in Erwägung gezogen oder eingeführt werden.“ (Bundesministerium der Justiz 2006). Als Auslösekriterium für Lärmschutzmaßnahmen empfiehlt das Umweltbundesamt als kurzfristiges Ziel, d. h. zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdung, ein Auslösekriterium von $L_{DEN} = 65$ dB(A). Zur Vermeidung von Belästigung legen Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung laut Umweltbundesamt deutlich niedrigere Grenzwerte (ca. 50 dB(A)) nahe, die aber „für die nächsten Jahrzehnte unrealistisch“ (Umweltbundesamt 2006) sind. Stattdessen wird als mittelfristiges Ziel zu „Minderung der erheblichen Belästigung“ ein Grenzwert von $L_{DEN} = 60$ dB(A) empfohlen.

Einige statistische Kenngrößen der Verteilung der Lärmbelastung können Tabelle 5 entnommen werden. Der Median der Lärmbelastung liegt bei 50,4 dB(A). Insgesamt sind fast 32 % der Bevölkerung von Lärm ab 55 dB(A) betroffen, für etwa 19 % der Bevölkerung beträgt die Lärmbelastung 60 dB(A) und mehr. Bei rund 10 % der Bevölkerung wird der für die Lärmaktionsplanung relevante Pegel von 65 dB(A) und mehr erreicht. Diese Aussage gilt allerdings nur auf Ebene der Immissionspunkte, denen die Einwohner eines Gebäudes gleichmäßig zugeordnet werden. Da die Wohnräume einer Wohnung meistens in mehrere Richtungen zeigen, ist der Anteil der Be-

völkerung mit mindestens einer stärker verlärmten Fassade in ihrer Wohnung höher. Wird beispielsweise der Maximalärmpegel eines Gebäudes zugrunde gelegt, sind fast 45 % Einwohner Berlins im direkten Wohnumfeld Pegeln von 55 dB(A) und mehr ausgesetzt und für 14 % der Bevölkerung wird die kritische Marke von 65 dB und mehr erreicht.

Die Berechnung der mit der Lärmbelastung verbundenen externen Kosten erlaubt eine Abschätzung der Nutzenverluste durch Lärm. Solche Nutzenverluste treten bereits ab einer chronischen Lärmbelastung von 55 dB(A) auf. Die nebenstehende Tabelle fasst wichtige Kenngrößen (Preisstand 2008) der externen Lärmkosten in Berlin zusammen. Insgesamt werden in Berlin jährlich externe Lärmkosten in Höhe von 423 Mill. EUR verursacht, dies entspricht einem durchschnittlichen Wert pro Kopf von 127 EUR.

Die ausgewiesenen Perzentil-Werte zeigen, dass die Unterschiede bei den getragenen externen Lärmkosten innerhalb der Berliner Bevölkerung sehr groß sind. Annähernd 70 % der Bevölkerung tragen keine Lärmkosten.⁵ Im Gegenzug werden dann von den 10 % der Bevölkerung, welche am stärksten mit Lärm belastet sind, fast 70 % der externen Lärmkosten getragen.⁶

Ein ebenso differenziertes Bild ergibt sich bei der räumlichen Analyse (3. Umschlagseite unten). Klarer Belastungsschwerpunkt ist die Einfugschneise vom Flughafen Berlin-Tegel, aber auch viele andere Straßen im Innenstadtbereich und entlang der Hauptausfallstraßen weisen hohe Durchschnittswerte der externen Kosten auf.

Insgesamt ist Lärm in Berlin also ungleich verteilt. Daraus ergibt sich die Frage, ob einige soziale Gruppen stärker von Lärm betroffen sind als andere.

Indikator	externe Lärmkosten in EUR
Gesamtkosten	423 000 000
Durchschnittskosten pro Einwohner	127
Minimum	0
Median	0
75 % Perzentil	92
90 % Perzentil	494
Maximum	2 824

⁵ Dieser Wert entspricht dem Anteil der Bevölkerung mit einer Lärmbelastung unter 55 dB(A).

⁶ Diese Werte stimmen nicht mit den in Becker et al. (2012) publizierten Werten überein. Beide Aussagen basieren auf derselben Datenbasis. Allerdings wurden die Anteile jedoch auf Ebene von

Straßenabschnitten berechnet. Damit wurden die gesamten externen Kosten eines Straßenabschnitts auf die teils belasteten und teils unbelasteten Einwoh-

ner verteilt. Die hier im Rahmen dieser Analyse auf Ebene der Immissionspunkte erhaltenen Ergebnisse entsprechen eher den Aussagen der Lärmkarte.

Zusammenhang zwischen SGB-II-Leistungsbezug und Lärmbelastung

Im Jahr 2009 wohnten nach der Statistik zur Grundversicherung 593 079 SGB-II-Leistungsempfänger in Berlin (Bundesagentur für Arbeit 2012). Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 17,6 %. Abbildung 3 stellt die Verteilung von SGB-II-Leistungsempfängern auf Straßenabschnittsebene dar. Deutlich wird, dass sich SGB-II-Empfänger räumlich nicht gleichmäßig in der Stadt verteilen. Stattdessen gibt es Straßenzüge mit sehr hohen bzw. im Gegenzug auch sehr niedrigen Anteilen an SGB-II-Empfängern.

Nun wird der Frage nachgegangen, ob die Lärmbelastung für SGB-II-Leistungsempfänger besonders hoch ist. Ein Vergleich der mittleren Lärmbelastung auf Straßenabschnitten mit niedrigem im Vergleich zu Straßenabschnitten mit hohem Anteil SGB-II-Empfängern in Tabelle 5 zeigt nur geringe Unterschiede⁷, gleiches gilt bei Betrachtung der robusteren Streuungsmaße des 25 %-Perzentils und des Medians. Einzig bei Betrachtung des 75 %-Perzentils fällt ein deutlicher Anstieg der Lärmbelastung mit steigendem Anteil Sozialhilfeempfänger auf.

Diese Beobachtung ist zum Teil methodisch bedingt. Die Analyse findet auf Ebene fiktiver Immissionspunkte statt, welche gleichmäßig über alle Fassadenflächen eines Gebäudes verteilt wurden. Bei linienförmigen Lärmquellen wie Straßen und Schienenwege weisen die abgewandten Fassadenflächen eine deutlich niedrigere Lärmbelastung auf als die zugewandte Seite (vgl. obere Abbildung der 3. Umschlagseite und Kapitel Datenaufbereitung). Für die meisten hochbelasteten Immissionspunkte wird es deshalb ein deutlich geringer belastetes Pendant geben, welches die hypothetisierten Zusammenhänge verwischt. Eine Proberechnung bei Zuordnung der maximalen Pegel zu allen Gebäudebewohnern zeigt hingegen bereits bei Betrachtung des Medians deutlichere Unterschiede in der Lärmbelastung (vorletzte Zeile in Tabelle 5).

Abbildung 4 zeigt die zweite – von der Bedeutung sicher ausschlaggebende – Ursache für diese Beobachtungen. Dargestellt ist die prozentuale Verteilung der Berliner Bevölkerung auf die einzelnen Lärmpegel. Dabei wurden jeweils separate Verteilungskurven der Lärmbelastung für Straßenabschnitte mit unterschiedlichen Anteilen an SGB-II-Empfängern erstellt. Deutlich wird, dass sich die Verteilungsform für niedrige bis mittlere Lärmbelastungen zwischen den Gruppen nicht stark unterscheidet. Der Anteil der mit weniger als 50 dB(A) belasteten Einwohner liegt in allen Gruppen bei ca. 50 %. Gleichzeitig lässt sich am rechten Rand des Diagrammes zeigen, dass der Anteil der stark lärmbelasteten Einwohner bei steigendem Anteil der SGB-II-Empfänger im Straßenabschnitt zunimmt.

Rund 13 % der Einwohner auf Straßenabschnitten mit 50 % und mehr SGB-II-Leistungsempfängern sind durch Lärmpegel über 65 dB(A) belastet, damit ist

Abb. 3 Verteilung der Berliner Bevölkerung auf Straßenabschnitte mit unterschiedlichem Anteil an SGB-II-Empfängern bzw. Einwohnern mit Migrationshintergrund 2008

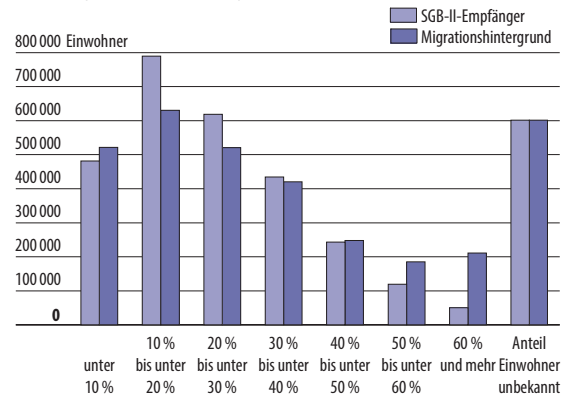


Abb. 4 Verteilung der Lärmpegel auf Bewohner von Straßenabschnitten mit unterschiedlichem Anteil an SGB-II-Empfängern 2008

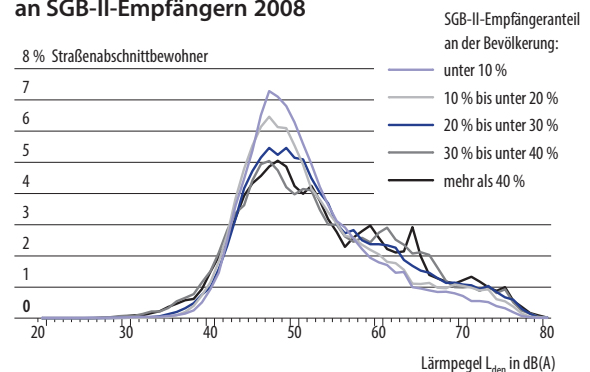
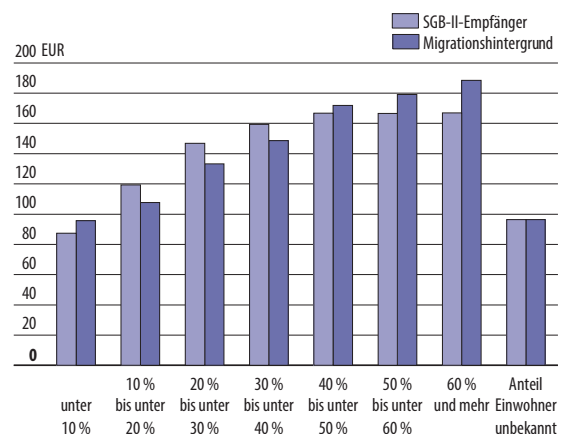


Abb. 5 Durchschnittliche externe Kosten je Einwohner für Straßenabschnitte mit unterschiedlichem Anteil an Einwohnern mit SGB-II-Leistungen oder Migrationshintergrund in Berlin 2008

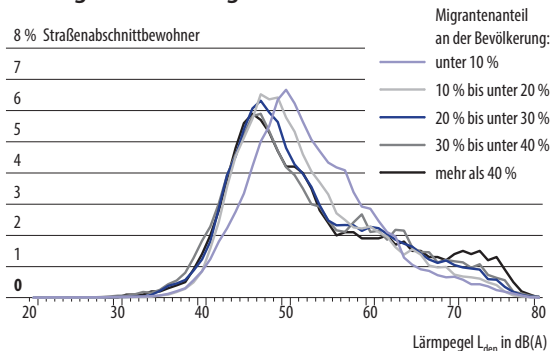


der Anteil der hochbelasteten fast doppelt so hoch wie bei den Einwohnern von Straßenabschnitten mit maximal 10 % SGB-II-Empfängern (Relatives Risiko = 1,95). Dies schlägt sich auch auf die Höhe der durchschnittlich getragenen externen Kosten nieder. Wie in Abbildung 5 dargestellt, steigen diese mit zunehmendem Anteil der SGB-II-Leistungsempfänger auf dem Straßenabschnitt. Für Straßenabschnitte mit mehr als 40 % SGB-II-Leistungsempfängern sind

⁷ Die mittlere Lärmbelastung ist für Einwohner auf Straßenabschnitten mit mehr als 60 % SGB-II-Leistungsempfängern weniger als 2 dB höher als auf Straßenabschnitten mit maximal 10 % SGB-II-Empfängeranteil. Wahrnehm-

bar sind Unterschiede in der Lärmbelastung frühestens bei einem Unterschied von 1 dB (Hering et al. 2012, S. 632), ältere Studien sprechen sogar von einer Wahrnehmbarkeitsschwelle von 3 dB.

Abb. 6 **Verteilung der Lärmbelastung auf Bewohner von Straßenabschnitten mit unterschiedlichem Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund 2008**



sie mit fast 170 EUR ungefähr doppelt so hoch wie in Straßenabschnitten mit weniger als 10 % SGB-II-Leistungsempfängern. Dabei sind die Unterschiede in den durchschnittlich getragenen externen Kosten besonders in den unteren Kategorien (<10 %; 10 % bis 20 % und 20 % bis 30 % SGB-II-Leistungsempfänger) evident. Einwohner in Straßenabschnitten mit 40 %, 50 % oder 60 % SGB-II-Leistungsempfängern tragen hingegen alle ähnlich hohe externe Kosten. Mithilfe des parameterfreien Jonckheere-Terpstra-Test konnte der ansteigende Trend der getragenen externen Kosten je Gruppe statistisch bestätigt werden ($p < 0,01$).

Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Lärmbelastung

2010 hatte Berlin 872132 Einwohner mit Migrationshintergrund (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011), dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 25,7 %. Abbildung 3 zeigt das Ausmaß der räumlichen Verteilung dieser Einwohner auf Straßenabschnittsebene. Im Vergleich zu den SGB-II-Leistungsempfängern ist eine noch etwas stärker ausgeprägte räumlich ungleiche Verteilung zu beobachten – ein höherer Anteil der Bevölkerung wohnt in Straßenabschnitten, in denen Einwohner mit Migrationshintergrund mindestens die Hälfte der Bevölkerung stellen.

Beim Vergleich der mittleren Lärmbelastung für Einwohner auf Straßenabschnitten mit hohem im Vergleich zu niedrigem Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund ergibt sich ein ähnliches Bild (Tabelle 6) wie im Fall der Analyse für SGB-II-Leistungsempfänger. Mittelwerte, 25 %-Perzentil sowie der Median unterscheiden sich kaum. Ein mit dem Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund steigender 75 %-Perzentil-Wert gibt einen Hinweis darauf, dass ein Teil der Einwohner mit Migrationshintergrund hohen Lärmbelastungen ausgesetzt ist.

Eine grafische Analyse der Verteilung der Straßenabschnittsbewohner auf die Lärmpegelklassen ergibt ein ähnliches Bild wie die entsprechende Analyse im Zusammenhang mit dem Anteil SGB-II-Leistungsempfänger (Abbildung 6). Am rechten Rand des Diagrammes zeigt sich wiederum, dass der Anteil der stark lärmbelasteten Einwohner bei steigendem Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund zunimmt. Ein Einwohner eines Straßenabschnittes mit mehr als 60 % Einwohner mit Migrationshintergrund

ist mehr als doppelt so häufig einer Lärmbelastung von mindestens 65 dB(A) ausgesetzt wie ein Einwohner eines Straßenabschnittes mit weniger als 10 % Einwohner mit SGB-II-Anteil (Relatives Risiko = 2,4). Anders als in der entsprechenden Darstellung für SGB-II-Empfänger unterscheidet sich die Verteilung für die einzelnen Straßenabschnitte auch im Bereich kleiner Lärmwerte (linker Rand der Verteilungskurven). Da die genaue Höhe der Lärmwerte in diesem Bereich stark von der Modellierung abhängen und mit hohen Unsicherheiten verbunden sind, lassen sich aus diesen Unterschieden keine inhaltlichen Schlussfolgerungen ziehen.

Abbildung 5 zeigt den Anstieg der durchschnittlich pro Kopf getragenen externen Verkehrslärmkosten für Straßenabschnitte mit unterschiedlich hohem Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Obwohl ein großer Anteil der Bevölkerung keine externen Lärmkosten trägt, zeigt sich eine recht deutliche Spreizung der Werte zwischen Straßenabschnitten mit wenig und Straßenabschnitten mit hohem Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund. Im Durchschnitt tragen Einwohner von Straßenabschnitten mit hohem Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund (40 % und mehr) fast doppelt so hohe externe Verkehrslärmkosten wie Einwohner auf Straßenabschnitten mit weniger als 10 % Einwohnern mit SGB-II-Anteil. Auch hier konnte der ermittelte Trend mithilfe des Jonckheere-Terpstra-Tests statistisch bestätigt werden ($p < 0,01$).

Inhaltliche Schlussfolgerungen über die Ursachen dieser Ungleichverteilung können aus diesen Befunden allerdings nicht gezogen werden. Insbesondere können keine Aussagen über eine potenzielle rassische Diskriminierung von Teilen der Einwohner mit Migrationshintergrund getroffen werden. Dafür sind zu wenige Informationen über die Wirkung weiterer Einflussfaktoren (Einkommen, Bildung, Alter, Ausstattung der Wohnungen, Verteilung von Arbeitsplätzen, Schulen und Kitas) auf die Wohnungswahl und damit die Lärmbelastung am Wohnsitz verfügbar. Nachweisbar ist eine relativ hohe Korrelation zwischen dem Anteil der im Straßenabschnitt wohnenden SGB-II-Leistungsempfänger und dem Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund (Spearman Rho 0,602, signifikant für $p < 0,01$). Die gefundenen Unterschiede können damit zumindest zum Teil durch die geringere Finanzkraft eines Teils der Einwohner mit Migrationshintergrund erklärt werden.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Untersuchung ist die erste in Berlin, die Lärm auf Ebene von Immissionspunkten untersucht und Zusammenhänge mit sozio-demografischen Variablen auf ausgesprochen kleinräumiger Ebene, den Straßenabschnitten, analysiert. Im Ergebnis kann nicht gesagt werden, dass hohe Anteile an Einwohnern mit Migrationshintergrund oder SGB-II-Leistungsempfängern in einem Straßenabschnitt generell mit einer hohen Lärmbelastung einhergehen. Dafür ist die Streuung der Lärmbelastungsdaten zu groß. Auch der Anteil unbelasteter Einwohner bleibt über alle sozio-demografischen Gruppen hinweg verhältnismäßig konstant. Allerdings weisen Einwohner von Straßenabschnitten mit hohen Anteilen der betrach-

teten sozialen Gruppen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf, stark belastet zu sein. Besonders deutlich wird dies am Indikator externer Lärmkosten: Einwohner von Straßenabschnitten mit hohen Anteilen an SGB-II-Empfängern und Migrationshintergrund haben durchschnittlich doppelt so hohe Lärmkosten zu tragen wie bei Straßenabschnitten mit geringen Anteilen. Dort lebende Menschen sind nicht nur durch eine schwierige Sozialstruktur in ihrer Umgebung belastet, sondern leiden zusätzlich unter einer hohen Exposition gegenüber Verkehrslärm (Doppel- oder Mehrfachbelastung).

Es besteht die Vermutung, dass die festgestellten Zusammenhänge durch die Datenstruktur der Lärmkarte verwischt werden. Viele Einwohner in den sozial schwachen Straßenabschnitten haben theoretisch Zugang zu verhältnismäßig ruhigen Fassaden und gehen somit als unbelastet in die Auswertung ein. Ob dies der Grundriss der Wohnräume tatsächlich zulässt, ist anhand von gesamtstädtisch vorliegenden Daten nicht zu ermitteln. Dafür sind detailliertere Untersuchungen von ausgewählten Teilgebieten im Hinblick auf Wohnungsnutzung und der nicht kartierten Lärmquellen notwendig. Darüber hinaus wäre die Einbeziehung weiterer sozio-demografischer Daten interessant. Neben der Einbeziehung von kleinräumigen Daten zur Altersstruktur sollte die Variable Migrationshintergrund weiter disaggregiert werden. Die Herkunftsländer und deren Entwicklungsstand sind derart breit gefächert, dass durch deren Berücksichtigung möglicherweise größere Zusammenhänge festgestellt werden könnten. Vertiefte Kenntnisse in diesem Bereich könnten dann auch den Einsatz fortschrittlicher statistischer Analysemethoden erlauben. Aktuell beschränkte sich der Einsatz statistischer Methoden auf Instrumente der beschreibenden Statistik sowie vereinzelter Korrelations- und Trendanalysen. Auf die Beschreibung der Zusammenhänge mittels aufwändigerer Modelle wurde verzichtet, weil die beschriebenen Unsicherheiten bei der Modellierung der Lärmpegel unter 50 dB(A) sowie die mangelnde Treffsicherheit der Sozialindikatoren nach Meinung der Autoren verhindern, dass aussagekräftigere Ergebnisse als die präsentierten entstehen können.

Eher aus methodischer Sicht ist ein Vergleich mit sozio-demografischen Daten auf Ebene von statistischen Blöcken interessant, auf deren Basis die strategische Lärmkarte beruht. Die festgestellten Unterschiede bei den Einwohnerzahlen könnten so minimiert werden.

Tab. 6 **Lärmbelastung der Berliner Bevölkerung nach dem Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund auf Straßenabschnittsebene in Berlin 2008**

Lden in dB(A)	Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Straßenabschnittsbewohner in %							un- bekannt
	< 10	10 bis < 20	20 bis < 30	30 bis < 40	40 bis < 50	50 bis < 60	> 60	
Bei Erfassung der Lärmbelastung auf Ebene der Immissionspunkte								
Mittelwert.....	52,4	51,8	52,0	52,1	52,5	52,4	53,5	52,0
Perzentil 25....	47,4	46,0	45,4	45,0	44,9	44,8	46,1	46,8
Median.....	51,4	50,0	49,7	49,8	50,0	49,6	51,0	50,9
Perzentil 75....	56,8	56,4	57,8	58,6	59,9	59,0	59,5	56,4
Nachrichtlich: bei Zuordnung der Gebäudebewohner zum Maximalpegel								
Median.....	56,5	56,5	57,4	58,6	59,3	60,2	61,3	54,4
Einwohner insgesamt....	521 936	630 369	520 879	420 630	247 831	184 985	210 990	601 623

Die Ende 2012 aktualisierte Lärmkarte bietet die Möglichkeit, die Effekte der bisherigen Lärminderungsplanung im direkten Vergleich mit 2007 zu analysieren. Neben den sozialen Auswirkungen der bisherigen Minderungsmaßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr können die zukünftigen Effekte der Flughafenverlegung zum Flughafen Berlin-Brandenburg untersucht werden, da die modellierten Lärmemissionen für den Fall der Inbetriebnahme des neuen Hauptstadtflughafens schon vorliegen.

Die Status-quo-Analyse kann keine Auskunft darüber geben, welche Wirkmechanismen zur sozial ungleichen Verteilung von Verkehrslärm geführt haben. Hier sind methodisch völlig andere Untersuchungsansätze der Umweltgerechtigkeit gefragt, welche beispielsweise den Einfluss von Wanderungsbewegungen oder der Infrastrukturpolitik auf die historische Entwicklung von Ungleichheitssituationen analysieren, aber auch die Präferenzen bei der Standortwahl oder die sozialgruppenspezifische Wahrnehmung von Umweltrisiken. Unabhängig von den tatsächlichen Wirkmechanismen unterstreicht die hohe Anzahl an Lärmbelasteten in Berlin und die dadurch verursachten externen Kosten von über 400 Mill. EUR im Jahr die Dringlichkeit einer ambitionierten Lärminderungsplanung und Maßnahmenumsetzung. Die vorgestellten Analysen zeigen aus Sicht der Umweltgerechtigkeit, dass Lärminderung nicht nur Thema der Umweltpolitik ist. Stattdessen ist effektive Lärminderung eng mit einer erfolgreichen Gesundheits- und Sozialpolitik verknüpft.

Autoren: *Thilo Becker, Julia Gerlach*

Die Studie ist Teil des Dissertationsvorhabens von Herrn Thilo Becker, Technische Universität Dresden, Fakultät Verkehrswissenschaften „Friedrich List“ im Graduiertenkolleg „DIKE – Kostenwahrheit im Verkehr“.

Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011a): Melderechtlich registrierte Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2010. Potsdam, http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2011/sb_a1-5_hj02-10_be.pdf (Zugriff: 10. 02. 2013, 11:58).
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011b): Adressdaten aus dem Regionalen Bezugssystem (RBS).
- Antidiskriminierungsbüro Sachsen (2012): Ausstellungswerbung für „Unterschiede, die einen Unterschied machen“. Leipzig, <http://www.adb-sachsen.de/media/documents/1311262489.pdf> (Zugriff: 10. 02. 2012, 11:07).
- Babisch, Wolfgang (2006): Transportation Noise and Cardiovascular Risk: Review and Synthesis of Epidemiological Studies: Dose-effect Curve and Risk Estimation, ed. Umweltbundesamt. Vol. 01/06. Dessau, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2997.pdf> (Zugriff: 10. 02. 2013, 17:22).
- Babisch, Wolfgang (2011): Quantifizierung des Einflusses von Lärm auf Lebensqualität und Gesundheit. In Informationsdienst: UMID – Umwelt und Mensch. Berlin: Bundesamt für Strahlenschutz, http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid_11_04_01_sonderdruck_laerm.pdf (Zugriff: 30. 01. 2012 (17:54)).
- Becker, Thilo (2011): Social distribution of external costs of noise impacts caused by transportation in Berlin. Paper presented at Internoise 2011, Dokument Nr. 431268, Osaka.
- Becker, Thilo und Julia Friedemann (2012): Verteilungswirkung von Verkehrslärm in Berlin – Methoden und Ergebnisse. In Umweltinformationssysteme: Frühwarn- und Informationssysteme für den Hochwasserschutz; UBA-Texte 41/2012., ed. Umweltbundesamt, 57-76. Dessau, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4344.pdf> (Zugriff: 09. 02. 2013).
- Bite, Maria und Pál Zoltán Bite (2004): Zusammenhang zwischen den Straßenverkehrslärmindizes $L_{Aeq(06-22)}$ und $L_{Aeq(22-06)}$ sowie L_{den} . Zeitschrift Für Lärmbekämpfung 51, (Nr. 1): 27-8.
- Bundesagentur für Arbeit (2011): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II – Zeitreihe Eckwerte SGB II nach Ländern. [http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Bedarfgemeinschaften-und-deren-Mitglieder-Nav.html](http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Bedarfgemeinschaften-und-deren-Mitglieder/Bedarfgemeinschaften-und-deren-Mitglieder-Nav.html), Nürnberg. (Zugriff: 08. 02. 2013, 17:00).
- Bundesministerium der Justiz (2006): Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung) – 34. BImSchV. Berlin, http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bimschv_34/gesamt.pdf (Zugriff: 30. 01. 2012, 17:34).
- Bunge, Christiane und Antje Katzschner, (2009) Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Studien zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen in Deutschland. Umwelt & Gesundheit 02/2009, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3801.pdf>
- Deckl, Silvia (2010): Leben in Europa 2007 und 2008 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2010.
- Diekmann, Andreas und Reto Meyer (2011): Demokratischer Smog? Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Umweltbelastungen. UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst: Themenheft Umweltgerechtigkeit(2/2011): 74-90, <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0211.pdf> (Zugriff: 8. Februar 2013).
- European Commission (2002): Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm. Vol. 2002/49/EG, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:189:0012:0012:DE:PDF> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:32).
- Gaffron, Philine (2012): Urban transport, environmental justice and human daily activity patterns. Transport Policy(20)DOI: 10.1016/j.tranpol.2012.01.011.
- Gerike, Regine, Julia Friedemann und Thilo Becker (2012): Quantification and mapping external noise costs back to transport users – development of an integrated urban modelling approach. Prag: European Acoustics Association, Conference proceedings Euronoise 2012.
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2010a): Krankheitskosten in Mill. Euro für Deutschland. Gliederungsmerkmale: Jahre, Alter, Geschlecht, ICD10. 11.08.2010. http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/WS0100/_XWD_PROC?_XWD_104/11/XWD_CUBE.DRILL/_XWD_130/D.002/1000002 (Zugriff: 09. 02. 2012, 14:04).
- Havard, Sabrina, Brian J. Reich, Kathy Bean und Basile Chaix (2011): Social inequalities in residential exposure to road traffic noise: An environmental justice analysis based on the RECORD Cohort Study. Occupational Environmental Medicine 68, (5) (May 01): 366-74DOI: 10.1136 oem.2010.060640.
- Helmert, Uwe, Karin Bammann, Wolfgang Voges und Rainer Müller (2000): Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Hering, Ekbert, Rolf Martin und Martin Stohrer (2012): Physik für Ingenieure. Springer-Lehrbuch. 11. Aufl. 2012, Springer Berlin Heidelberg, <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-22569-7> (Zugriff: 09. 02. 2013, 16:00).
- Köckler, Heike, Lutz Katzschner, Sebastian Kupski, Antje Katzschner und Anika Pelz (2008): Umweltbezogene Gerechtigkeit und Immissionsbelastungen am Beispiel der Stadt Kassel. Kassel: Universität Kassel, <http://www.uni-kassel.de/upress/online/OpenAccess/978-3-89958-379-3.OpenAccess.pdf> (Zugriff: 10. 02. 2013, 10:53).
- Kohlhuber, Martina, Andreas Mielck, Stephan K. Weiland und Gabriele Bolte (2006): Social Inequality in perceived environmental exposures in relation to housing conditions in Germany. Environmental Research 101, (2): 246-55, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0013935105001453> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:41).
- Kreienbrock, Lothar und Siegfried Schach (2005): Epidemiologische Methoden. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Laszlo, H. E., E. S. McRobie, S. A. Stansfeld und A. L. Hansell, (2012): Annoyance and other reaction measures to changes in noise exposure – A review. Science of the Total Environment 435-436, (0) (10/1): 551-62DOI: 10.1016/j.scitotenv.2012.06.112, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0048969712009539> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:45).
- Leipner, Katja (2011): Monetäre Bewertung von Luftschadstoffmissionen in Deutschland – Verfahren, Methodik und Kostenätze. Diplomarbeit am Lehrstuhl für Verkehrsökologie. Dresden.
- Liu, Feng (1997): Dynamics and Causation of Environmental Equity, Locally Unwanted Land Uses, and Neighborhood Changes. Environmental Management Vol. 21 (Nr. 5), S. 643–656 DOI:10.1007/s002679900057

- Liu, Feng (2001): Environmental justice analysis: theories, methods and practice. Boca Raton: CRC Press LLC.
- Maibach, M., C. Schreyer, D. Sutter, H. P. van Essen, B. H. Boon, R. Smokers, A. Schroten, C. Doll, B. Pawlowska und M. Bak (2007): Handbook on estimation of external costs in the transport sector: Internalisation Measures and Policies for All external Cost of Transport (IMPACT). Version 1.1 ed. Delft: CE Delft, http://ec.europa.eu/transport/themes/sustainable/doc/2008_costs_handbook.pdf (Zugriff: 21. 12. 2012, 14:18).
- Maschewsky, Werner (2004): Umweltgerechtigkeit – Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung, ed. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, ed. Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health. Berlin, <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2004/i04-301.pdf> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:49).
- Maschke, Christian, Ute Wolf und Thilo Leitmann (2003): Epidemiologische Untersuchungen zum Einfluss von Lärmstress auf das Immunsystem und die Entstehung von Arteriosklerose, ed. Umweltbundesamt. Vol. WaBoLu 01/03. Berlin, <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/fpdf-l/2256.pdf> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:50).
- Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit – empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern: Huber.
- Mitchell, G. und D. Dorling (2003): An environmental justice analysis of British air quality. Environment and Planning A 35, (5): 909-29, http://www.sasi.group.shef.ac.uk/publications/2003/mitchell_and_dorling_air_quality.pdf (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:52).
- OECD (2012): Mortality Risk Valuation in Environment, Health and Transport Policies. OECD Publishing, http://www.oecd-ilibrary.org/mortality-risk-valuation-in-environment-health-and-transport-policies_5kg3wbszbwxx.pdf;jsessionid=18ogoiuu5pm.x-oecd-live-01?contentType=/ns/Book&itemId=/content/book/9789264130807-en&containerItemId=/content/book/9789264130807-en&accessItemIds=&mimeType=application/pdf (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:54).
- Prüss-Üstün, Annette, Colin Mathers, Carlos Corvalán, Alistair Woodward (2003): Assessing the environmental burden of disease at national and local levels – Introduction and methods, ed. World Health Organization. Vol. No. 1. Geneva, http://www.who.int/entity/quantifying_ehimpacts/publications/en/9241546204.pdf (Zugriff: 01. 02. 2012, 17:27).
- Püschel, Ronny und Christos Evangelinos (2012): Evaluating noise annoyance cost recovery at Düsseldorf International Airport. Transportation Research Part D: Transport and Environment 17, (8) (12): 598-60410.1016/j.trd.2012.07.002, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1361920912000752> (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:56).
- Schmid, Stephan A. (2004): Externe Kosten des Verkehrs: Grenz- und Gesamtkosten durch Luftschadstoffe und Lärm in Deutschland. Stuttgart, http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2005/2449/pdf/SSCHMID_2005_Externe_Kosten_des_Verkehrs_Dissertation.pdf (Zugriff: 10. 02. 2013, 18:57).
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (2008): Lärminderungsplanung für Berlin – Aktionsplan 2008. Berlin.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. 07.05 Strategische Lärmkarten (Ausgabe 2008). Berlin, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/k705.pdf (Zugriff: 01. 02. 2012).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Nutzungsvertrag von November 2012. Gesamtstraßennetz ArcGIS-Projektdatei aus dem Informationssystem Stadt und Umwelt (ISU).
- Statistisches Bundesamt (2010): Deutsche Wirtschaft 1. Quartal 2010. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010): Gesundheit – Krankheitskosten: Fachserie 12 Reihe 7.2. Wiesbaden, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Gesundheit/Krankheitskosten/Krankheitskosten2120720089004.property=file.pdf> (Zugriff: 09. 02. 2012, 13:56).
- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerungsforschung 2009. Fachserie 1 Reihe 1.3. Wiesbaden, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsfortschreibung2010130097005.property=file.xl> (Zugriff: 23. 02. 2012, 14:18).
- Umweltbundesamt (2006): Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Auslösekriterien für die Lärmaktionsplanung, http://www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/publikationen/UBA_Kriterien_ULR.pdf (Zugriff: 24. 01. 2013, 18:01).
- Umweltbundesamt (2007): Ökonomische Bewertung von Umweltschäden – Methodenkonvention zur Schätzung externer Umweltkosten. Dessau, <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/fpdf-l/3193.pdf> (Zugriff: 21. 12. 2012, 13:15).
- van Essen, Huib, Arno Schroten, Matthijs Otten, Daniel Sutter, Christoph Schreyer, Remo Zandonella, Markus Maibach und Claus Doll (2011): External Costs of Transport in Europe – Update Study for 2008, edS. CE Delft, Infras und Fraunhofer ISI. Delft, http://www.cedelft.eu/?go=home.download-Pub&id=1258&file=CE_Delft_4215_External_Costs_of_Transport_in_Europe_def.pdf (Zugriff: 17. 12. 2012, 8:27).
- World Health Organization / Regional Office for Europe (2011): Burden of disease from environmental noise: quantification of healthy life years lost in Europe. Copenhagen, www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0008/136466/e94888.pdf (Zugriff: 01. 12. 2012, 16:21).

Bürgerentscheide in Berlin

– Vom Beteiligungs- zum Zustimmungsquorum –

Das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger, politisch mitzuwirken, ist in den letzten Jahren zunehmend gewachsen, die Ansprüche daran ständig gestiegen. Das Land Berlin hat dem Rechnung getragen und sich bewusst dafür entschieden, die Möglichkeiten der unmittelbaren politischen Beteiligung auf Landes- und Bezirksebene in der Verfassung von Berlin verbindlich gesetzlich zu verankern [1]. Demnach können die Berlinerinnen und Berliner sowohl auf Landesebene (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) als auch auf Bezirksebene (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) von ihrem Recht Gebrauch machen, auf die politische Gestaltung der Stadt Einfluss zu nehmen. Der folgende Beitrag soll veranschaulichen, wie vielfältig und umfassend das Betätigungsfeld ist, auf dem sich die bisherigen Bestrebungen abspielten, Einfluss auf bezirkliche Entscheidungen nehmen zu wollen.

Zunächst wird ein Überblick über bisher begonnene Bürgerbegehren sowie die durchgeführten Bürgerentscheide und die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben. Sodann werden einige Neuregelungen kurz erläutert und der Frage nachgegangen, ob und in welcher Weise diese Auswirkungen auf die bereits zuvor durchgeführten Bürgerentscheide gehabt hätten.

Abschließend soll auch an dieser Stelle noch einmal unterstrichen werden, welche eminente Bedeutung – gerade in Zeiten des steigenden Vertrauensverlustes in die Problemlösungskompetenz der politischen Akteure – es hat, der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an strittigen Sachfragen auch auf bezirklicher Ebene größtmöglichen Gestaltungsspielraum zu eröffnen.

Bürgerentscheide seit 2005 möglich

In der Verfassung von Berlin ist seit Sommer 2005 in Artikel 72 Absatz 2 die folgende Regelung verankert [2]:

„An die Stelle von Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung können im Rahmen der Zuständigkeit der Bezirksverordnetenversammlung Bürgerentscheide der zur Bezirksverordnetenversammlung Wahlberechtigten treten. Das Nähere wird durch Gesetz geregelt.“

Hierbei handelt es sich um das Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) [3], wo die rechtlichen Grundlagen und näheren Einzelheiten der Verfahrensabläufe über Bürgerbegehren (§ 45 BezVG) und Bürgerentscheide (§§ 46 bis 47b BezVG) geregelt worden sind.

Seither können die Bürgerinnen und Bürger über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide direkt Einfluss auf die politische Willensbildung in ihrem Bezirk nehmen. Gegenstand eines solchen Begehrens können grundsätzlich alle Angelegenheiten des Bezirks sein, in denen auch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Beschlüsse fassen kann.

Ein erfolgreicher Bürgerentscheid hat grundsätzlich dieselbe Wirkung wie ein BVV-Beschluss.

Beim Bürgerentscheid handelt es sich um die letzte und entscheidende Stufe in einem zweistufigen Verfahren. In der ersten Stufe, dem Bürgerbegehren, wird der Bürgerentscheid beantragt. Dies ist erfolgreich, wenn mindestens 3 % der Stimmberechtigten der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung dem Bürgerbegehren innerhalb von sechs Monaten zustimmen. Maßgeblich ist nicht die Zahl der Personen, die sich am Bürgerbegehren beteiligen können, sondern die der Wahlberechtigten der letzten BVV-Wahl.

Wenn die Initiatoren die notwendige Zahl an Unterschriften einreichen und die Bezirksverordnetenversammlung das Begehren nicht übernimmt, muss innerhalb von vier Monaten nach der Entscheidung des Bezirksamtes über die Zulassung des Bürgerbegehrens ein Bürgerentscheid stattfinden.

Vor 2005 gab es auch schon Bürgerbegehren. Diese waren jedoch nicht, wie jetzt, die Vorstufe zu einem Bürgerentscheid, sondern es handelte sich dabei um Empfehlungen an die Bezirksverordnetenversammlung. Für einen Erfolg des Bürgerbegehrens mussten damals mindestens 10 % der Wahlberechtigten der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung zustimmen. Die Hürde für einen Erfolg des Bürgerbegehrens lag damit wesentlich höher als nach 2005.

Seit der Neuregelung 2005 sind in Berlin 34 Bürgerbegehren (siehe Tabelle 1) gestartet worden. Die meisten 2006, dem Jahr nach Inkrafttreten der Neuregelung.

Die Zahlen schwanken von Jahr zu Jahr mit inzwischen leicht abnehmender Tendenz.

Hinsichtlich der Häufigkeit der begonnenen Begehren gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Berliner Bezirken: Mit sechs Begehren wurden die meisten in Pankow gestartet, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg mit jeweils fünf. In den beiden Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Neukölln hat es dagegen bisher noch kein Bürgerbegehren gegeben.

Zahl der
gestarteten
Bürger-
begehren

Jahr	
2005 ...	4
2006 ...	11
2007 ...	4
2008 ...	7
2009 ...	1
2010 ...	3
2011 ...	1
2012 ...	3

Zahl der
gestarteten
Bürger-
begehren

Bezirk	
Pankow	6
Charlottenburg-Wilmersdorf	5
Friedrichshain-Kreuzberg	5
Lichtenberg	5
Marzahn-Hellersdorf	3
Spandau	3
Mitte	3
Reinickendorf	2
Treptow-Köpenick	1
Tempelhof-Schöneberg	1

Tab. 1 Bürgerbegehren in Berlin seit 2005

Jahr der Beantragung/ Zulassung	Zu- gelassen	Bezeichnung/Gegenstand	Bezirk	Ergebnis
2005	Ja	„Bürgerbegehren gegen die Kürzung der Bezirkshaushaltsmittel für Jugend und Familie in den Jahren 2006 und 2007“	Spandau	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		Für den Erhalt des Centre Bagatelle in öffentlicher Hand	Reinickendorf	Übernahme durch oder Kompromiss mit BVV/ Bezirksamt
		„Bürgerbegehren zum Erhalt des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums in Karlshorst“	Lichtenberg	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		„BürgerInnenbegehren zur Zukunft des Bethaniens“	Friedrichshain-Kreuzberg	Übernahme durch oder Kompromiss mit BVV/ Bezirksamt
2006	Nein	„Gestaltung des Wasserturmplatzes“	Pankow	Bürgerentscheid
	Ja	Sofortiger Stopp der Sanierungen am Wasserturmplatz	Pankow	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		„Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofes Halensee“	Charlottenburg-Wilmersdorf	
	Nein	„Bürgerbegehren gegen den Neubau einer Moschee und eines islamischen Gemeindezentrums in Pankow“	Pankow	Zulassung verweigert
	Ja	„Bürgerbegehren gegen Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf“	Charlottenburg-Wilmersdorf	Bürgerentscheid
		Beibehaltung der Tram-Linie M2 bis Heinersdorf	Pankow	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		„Für die Beibehaltung des Namens ‚Kochstraße‘ für die in ‚Rudi-Dutschke-Straße‘ umbenannte Kochstraße“	Friedrichshain-Kreuzberg	Bürgerentscheid
	Nein	Gegen den Bau einer Moschee in Heinersdorf (II)	Pankow	Zulassung verweigert
	Ja	„Bürgerbegehren zur Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf“	Charlottenburg-Wilmersdorf	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		„Wiedereröffnung des Sommerbades Poststadion in Moabit“	Mitte	
	Nein	„Kein Bürgerhaushalt ohne Bürger“	Marzahn-Hellersdorf	Zulassung verweigert
2007	Ja	Gegen eine Bebauung der Halbinsel im Groß Glienicker See und für eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet	Spandau	Bürgerentscheid
		Gegen den Weiterbetrieb der JVA in der Max-Brunnow-Straße	Lichtenberg	Übernahme durch oder Kompromiss mit BVV/ Bezirksamt
		Gegen den umfangreichen Verkauf von Spreeuferflächen an die private Investorengruppe „MediaSpree“	Friedrichshain-Kreuzberg	Bürgerentscheid
		Für den Erhalt sämtlicher Jugendhilfeeinrichtungen im Bezirk	Spandau	Übernahme durch oder Kompromiss mit BVV/ Bezirksamt
2008	Ja	Für die Einführung eines kostenlosen Schul- und Kitaessens A[2]	Friedrichshain-Kreuzberg	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		Für die Einführung eines kostenlosen Schul- und Kitaessens B[2]	Lichtenberg	
		Für die Einführung eines kostenlosen Schul- und Kitaessens C[2]	Marzahn-Hellersdorf	
		Gegen eine weitere Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk	Mitte	Bürgerentscheid
		Für den Erhalt und die Sanierung der Ringkolonnaden	Marzahn-Hellersdorf	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
		Für einen Erhalt und Denkmalschutz des Flughafen Tempelhof	Tempelhof-Schöneberg	Bürgerentscheid
		Für den Bau einer neuen Rathausbrücke nach historischem Vorbild	Mitte	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
2009	Ja	Für den Bau eines Kaufhauses an der Landsberger Allee	Lichtenberg	Bürgerentscheid
2010	Nein	Für den Erhalt der Sportanlage Birkenwäldchen	Treptow-Köpenick	Zulassung verweigert
	Ja	Gegen die Zusammenlegung und teilweise Schließung von drei privaten Theaterbühnen am Kurfürstendamm	Charlottenburg-Wilmersdorf	Bürgerentscheid
		Gegen eine Kooperation des Bezirksamtes mit privaten Wohneigentümern, die über dem Mietspiegel anbieten	Lichtenberg	zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen
2011	Ja	Gegen einen Umbau der Kastanienallee	Pankow	
2012	Ja	Gesunde Schule für ALLE	Friedrichshain-Kreuzberg	
		Gesunde Schule für ALLE	Reinickendorf	Unterschriftensammlung ist noch nicht beendet
	noch nicht	Sicherung des Gebietes des „Kleingärtnervereins Oeynhausen e.V.“ im Bebauungsplanverfahren	Charlottenburg-Wilmersdorf	

Quelle: Angaben der Bezirkswahlämter und Kleine Anfrage des Abgeordneten Sven Kohlmeier (SPD) im Abgeordnetenhaus von Berlin [4]

Ergebnis	Zahl der gestarteten Bürger- begehren	Von den 34 Bürger- begehren führten fünf direkt, also ohne einen Bürgerentscheid, zum Erfolg für die Initiatoren: Entweder hatte die zu- ständige Bezirksverord- netenversammlung das Begehren übernommen oder das Bezirksamt bzw. die Bezirksverordneten- versammlung einigte
Übernahme durch, oder Kompromiss mit BVV/Bezirksamt.....	5	
Bürgerentscheid.....	9	
zu wenig Unterschriften oder Sammlung abgebrochen	14	
Zulassung verweigert.....	4	
Unterschriftensammlung noch nicht beendet.....	2	

sich mit den Initiatoren auf einen Kompromiss.

Neun Mal kam es zum Bürgerentscheid. Darauf wird weiter unten näher eingegangen.

In 14 Fällen brachen die Initiatoren die Sammlung ab oder schafften es nicht, die notwendigen Unterschriften in der zur Verfügung stehenden Zeit zu sammeln.

In vier Fällen verweigerte das Bezirksamt die Zulassung.

Bei zwei Bürgerbegehren („Gesunde Schule für ALLE“ in Reinickendorf und Sicherung des Gebietes des „Kleingärtnervereins Oeynhausen e.V.“ im Bebauungsplanverfahren in Charlottenburg-Wilmersdorf) ist die Sammlung der Unterschriften noch nicht beendet (Stand Februar 2013).

Gegenstand	Zahl der gestarteten Bürger- begehren	Die meisten Begehren hatten im weitesten Sin- ne mit der Bebauung im Bezirk zu tun, beispiels- weise für den Erhalt und den Denkmalschutz des Flughafens Tempelhof (Bezirk Tempelhof-Schö- neberg 2008) oder für den Erhalt und die Sa- nierung der Ringkolonnaden (Bezirk Marzahn-Hel- lersdorf), aber auch gegen den Bau einer Moschee (Bezirk Pankow) oder die Bebauung einer Halbinsel (Bezirk Spandau).
Bebauung.....	12	
Schule.....	6	
Sport, Freizeit und Kultur.....	6	
Verkehr.....	6	
Sonstiges.....	4	

nierung der Ringkolonnaden (Bezirk Marzahn-Hellersdorf), aber auch gegen den Bau einer Moschee (Bezirk Pankow) oder die Bebauung einer Halbinsel (Bezirk Spandau).

Weitere Begehren richteten sich auf schulische Angelegenheiten und auf Verkehrsflächen, wie zum Beispiel die Einschränkung der Parkraumbewirtschaftung.

Neun Bürgerentscheide zwischen 2006 und Anfang 2013

Der erste Bürgerentscheid in einem Berliner Bezirk fand in Lichtenberg statt, und zwar am 17. September 2006, zeitgleich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung und der Volksabstimmung über die Neuordnung von Volksbegehren und Volksentscheid in der Verfassung von Berlin.

Inhaltlich ging es um die Verhinderung der Zusammenlegung von zwei Gymnasien. Betroffene Eltern hatten genügend Unterschriften für ein gegen die Zusammenlegung gerichtetes Bürgerbegehren gesammelt und beim Bezirksamt eingereicht [5].

Die Bezirksverordnetenversammlung hatte dann die Übernahme des Begehrens abgelehnt und stattdessen eine eigene Vorlage zur Abstimmung beim Bürgerentscheid beschlossen. Im Fall konkurrierender Vorlagen, wie hier, sah das Bezirksverwaltungs-

gesetz damals vor, dass die Abstimmenden zusätzlich zu entscheiden hatten, welcher Vorlage sie den Vorzug geben, wenn beide die erforderliche Mehrheit erhalten.

Es gab dann beim Bürgerentscheid drei Fragen:

- (A) Stimmen Sie für den durch Bürgerbegehren beantragten Bürgerentscheid?
- (B) Stimmen Sie für den von der Bezirksverordnetenversammlung vorgeschlagenen Bürgerentscheid?
- (C) Welcher Entscheidung geben Sie den Vorzug, wenn sowohl (A) als auch (B) die erforderliche Mehrheit erhält?

Nach der damals geltenden Fassung des Bezirksverwaltungsgesetzes war eine Vorlage angenommen, wenn sich mindestens 15 % der bei der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung festgestellten Zahl der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben und sie mit der Mehrheit der gültigen Stimmen angenommen wurde. Bei Stimmengleichheit galt die Vorlage als abgelehnt. Im Falle konkurrierender Vorlagen war diejenige erfolgreich, die von der Mehrheit der Abstimmenden vorgezogen wurde.

Für die Annahme einer Vorlage gab es also ein Beteiligungsquorum von mindestens 15 % der Stimmberechtigten der letzten BVV-Wahl. Da sich 47,4 % der Stimmberechtigten an dem Entscheid beteiligten, galt das Ergebnis des Bürgerentscheids.

Erstaunlicherweise war die Vorlage der Initiatoren (Frage A) erfolgreich, obwohl sie weniger Ja-Stimmen als die von der BVV beschlossene Vorlage (Frage B) auf sich vereinigen konnte, weil bei Frage C mehr Stimmberechtigte der Frage A den Vorzug gegeben hatten. Das Ergebnis deutet darauf hin, dass einige Stimmberechtigte die Fragen nicht richtig verstanden hatten. Zumindest 8,4 % der Stimmberechtigten hatten für beide konkurrierenden Vorlagen, die sich ausschließen sollten, gestimmt [5].

Bis Februar 2013 gab es acht weitere Bürgerentscheide (siehe Tabelle 2), an denen sich allerdings jeweils deutlich weniger Stimmberechtigte beteiligten. Die niedrigste Beteiligung mit 9,4 % gab es am 21. März 2010 beim Bürgerentscheid über den Bau eines Kaufhauses an der Landsberger Allee im Bezirk Lichtenberg. Betrachtet man alle neun Bürgerentscheide, dann lag die Beteiligung bei durchschnittlich 22,4 %. Wenn man die beiden Entscheide herausnimmt, die zusammen mit einer Wahl stattfanden – im Bezirk Lichtenberg 2006, wie oben beschrieben, und im Bezirk Tempelhof-Schöneberg (zusammen mit der Europawahl) 2009 – sind es sogar nur 16,0 %.

Von den neun Bürgerentscheiden waren vier erfolgreich, darunter die beiden, die mit einer Wahl zusammengelegt worden waren. Hingegen waren von den sieben Bürgerentscheiden, die unabhängig von Wahlen stattfanden, nur zwei erfolgreich.

Von den insgesamt fünf erfolglosen Bürgerentscheiden wurde vier Mal das Beteiligungsquorum von 15 % nicht erreicht, zwei Mal stimmte sogar die Mehrheit gegen das Begehren. Ein Mal ist also das Beteiligungsquorum erreicht worden, aber die Mehrheit stimmte gegen die begehrte Vorlage, und zwar beim Bürgerentscheid über die Umbenennung der Rudi-Dutschke-Straße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg: 16,8 % der Stimmberechtigten beteiligten

Tab. 2 Bürgerentscheide in Berlin

Gegenstand ¹	Bezirk	Datum	Durchführung gemeinsam mit einer Wahl	Wahlberechtigte bei (letzter) Wahl zur BVV	Teilnehmer	Beteiligung in %	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	
							Anzahl	in %	Anzahl	in %
„Bürgerbegehren zum Erhalt des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums in Karlsruhst“ ¹	Lichtenberg	17. 9. 2006	BVV-Wahl	211 592	100 200	47,4	17 879	17,8	82 321	82,2
„Für die Beibehaltung des Namens ‚Kochstraße‘ für die in ‚Rudi-Dutschke-Straße‘ umbenannte Kochstraße“ ¹	Friedrh.-Kreuzb.	21. 1. 2007	–	182 592	30 701	16,8	75	0,2	30 626	99,8
„Bürgerbegehren gegen Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf“ ¹	Charlbg.-Wilmersd.	23. 9. 2007	–	237 918	62 825	26,4	79	0,1	62 746	99,9
Gegen eine Bebauung der Halbinsel im Groß Glienicker See und für eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet	Spandau	27. 1. 2008	–	170 219	23 074	13,6	628	2,7	22 446	97,3
Gegen den umfangreichen Verkauf von Spreeuferflächen an die private Investorengruppe „MediaSpree“	Friedrh.-Kreuzb.	13. 7. 2008	–	182 592	34 935	19,1	609	1,7	34 326	98,3
Gegen eine weitere Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk	Mitte	28. 9. 2008	–	212 635	25 077	11,8	82	0,3	24 995	99,7
Für einen Erhalt und Denkmalschutz des Flughafens Tempelhof	Tempelh.-Schöneb.	7. 6. 2009	Europa-wahl	249 862	95 111	38,1	3 528	3,7	91 583	96,3
Für den Bau eines Kaufhauses an der Landsberger Allee	Lichtenberg	21. 3. 2010	–	211 592	19 849	9,4	55	0,3	19 794	99,7
Gegen die Zusammenlegung und teilweise Schließung von drei privaten Theaterbühnen am Kurfürstendamm	Charlbg.-Wilmersd.	16. 1. 2011	–	237 918	32 558	13,7	84	0,3	32 474	99,7

Noch:

Tab. 2 Bürgerentscheide in Berlin

Gegenstand ¹	Ja (zur Vorlage der Initiatoren)				Konkurrierende Vorlage der BVV	Ergebnis des Bürgerentscheids ²	Ergebnis des Bürgerentscheids fiktiv ³
	Anzahl	in % der gültigen Stimmen	in % der Teilnehmer	in % der Wahlberechtigten			
„Bürgerbegehren zum Erhalt des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums in Karlsruhst“ ¹	53 886	65,5	53,8	25,5	vorhanden	erfolgreich ⁴	nicht erfolgreich (konkurrierende Vorlage der BVV angenommen ⁵)
„Für die Beibehaltung des Namens ‚Kochstraße‘ für die in ‚Rudi-Dutschke-Straße‘ umbenannte Kochstraße“ ¹	13 141	42,9	42,8	7,2	–	nicht erfolgreich	nicht erfolgreich
„Bürgerbegehren gegen Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf“ ¹	54 518	86,9	86,8	22,9	–	erfolgreich	erfolgreich
Gegen eine Bebauung der Halbinsel im Groß Glienicker See und für eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet	19 445	86,6	84,3	11,4	vorhanden	nicht erfolgreich	erfolgreich
Gegen den umfangreichen Verkauf von Spreeuferflächen an die private Investorengruppe „MediaSpree“	29 786	86,8	85,3	16,3	vorhanden	erfolgreich	erfolgreich
Gegen eine weitere Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk	19 878	79,5	79,3	9,3	–	nicht erfolgreich	nicht erfolgreich
Für einen Erhalt und Denkmalschutz des Flughafens Tempelhof	62 053	67,8	65,2	24,8	–	erfolgreich	erfolgreich
Für den Bau eines Kaufhauses an der Landsberger Allee	7 589	38,3	38,2	3,6	–	nicht erfolgreich	nicht erfolgreich
Gegen die Zusammenlegung und teilweise Schließung von drei privaten Theaterbühnen am Kurfürstendamm	29 401	90,5	90,3	12,4	–	nicht erfolgreich	erfolgreich

¹ Der genaue Wortlaut des jeweiligen Bürgerentscheids ist im Internetangebot unter www.wahlen-berlin.de, Stichwort „Historie“ veröffentlicht.

² Ergebnis des Bürgerentscheids (alte Rechtslage)

³ Fiktives Ergebnis des Bürgerentscheids nach neuer Rechtslage

⁴ Die Teilnehmer hatten der von den Initiatoren begehrten Vorlage den Vorzug gegeben (Frage C).

⁵ Bürgerentscheid wäre nicht erfolgreich gewesen, da die von der BVV zur Abstimmung gestellte Vorlage mehr Ja-Stimmen erhalten hat als die der Trägerin.

sich an der Abstimmung und sorgten somit dafür, dass das Quorum erreicht wurde. Die Mehrheit, und zwar 57,1 %, stimmte aber gegen die Vorlage.

Das Problem beim Beteiligungsquorum besteht darin, dass Gegner der begehrten Vorlage durch ihre Nein-Stimme in bestimmten Fällen paradoxerweise den Erfolg des Entscheids herbeiführen können. Dies würde dann eintreten, wenn bei einem Bürgerentscheid die Mehrheit der Teilnehmer, aber weniger als 15 % der Stimmberechtigten, mit Ja stimmt und das Beteiligungsquorum erst mit den Nein-Stimmen erreicht würde. Dieser Fall ist allerdings bisher bei keinem der neun Bürgerentscheide vorgekommen. Bei drei erfolglosen Bürgerentscheiden hätte der Fall eintreten können, wenn Gegner des Entscheids sich zusätzlich beteiligt hätten, statt fern zu bleiben, und zwar beim Bürgerentscheid in Mitte 2008 (hier fehlten 6 900 Stimmen), beim Bürgerentscheid in Spandau 2008 (hier fehlten 3 100 Stimmen) und beim Bürgerentscheid in Charlottenburg-Wilmersdorf (hier fehlten 3 200 Stimmen).

Geänderte Rechtslage bei Bürgerentscheiden seit Anfang 2011

Der Gesetzgeber hat mit dem Zehnten Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes vom 24. Februar 2011 [6] auf die oben skizzierten Probleme mit dem Beteiligungsquorum und mit der Vorzugsfrage bei konkurrierenden Vorlagen reagiert.

Aus dem Beteiligungsquorum von 15 % wurde nunmehr ein Zustimmungsquorum von 10 %: § 47 Abs. 1 des geänderten Bezirksverwaltungsgesetzes lautet: „Eine Vorlage ist angenommen, wenn sie von einer Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und zugleich von mindestens 10 Prozent der bei der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung festgestellten Zahl der für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Wahlberechtigten angenommen wurde. Bei Stimmengleichheit gilt die Vorlage als abgelehnt.“

Außerdem wurde die Vorzugsfrage bei konkurrierenden Vorlagen gestrichen: Nach § 47 Abs. 2 des Bezirksverwaltungsgesetzes gilt bei konkurrierenden erfolgreichen Vorlagen diejenige als angenommen, die die höhere Anzahl an „Ja“-Stimmen erhalten hat. Ist die Zahl der „Ja“-Stimmen gleich, so ist diejenige angenommen, die nach Abzug der auf sie entfallenden „Nein“-Stimmen die größte Zahl der „Ja“-Stimmen auf sich vereinigt. Sind die so gebildeten Differenzen gleich, gelten beide Vorlagen als abgelehnt.

Bisher hat noch kein Bürgerentscheid auf der Grundlage des modifizierten Bezirksverwaltungsgesetzes stattgefunden.

Hätte die Rechtslage schon bei den bisherigen Bürgerentscheiden gegolten, wären die folgenden Entscheide anders ausgegangen, natürlich nur unter der Maßgabe, dass die Stimmberechtigten gleich abgestimmt hätten:

1. Bürgerentscheid in Lichtenberg 2006

Nach der neuen Rechtslage wäre nicht die von den Initiatoren begehrte, sondern die von der BVV zur Abstimmung gestellte Vorlage erfolgreich gewesen.

Wie oben beschrieben hatten mehr Stimmberechtigte für die Vorlage der Bezirksverordnetenversammlung votiert als für die der Initiatoren des Bürgerbegehrens. Die Vorlage der Initiatoren war nur deshalb erfolgreich, weil sie bei der Zusatzfrage, die es inzwischen nicht mehr gibt, mehr Ja-Stimmen erhalten hatte.

2. Bürgerentscheid in Spandau 2008

Nach der neuen Rechtslage wäre die begehrte Vorlage erfolgreich gewesen.

Der Bürgerentscheid war gescheitert, da sich nur 13,6 % der Wahlberechtigten der letzten BVV-Wahl beteiligt hatten und damit das Beteiligungsquorum von 15 % nicht erreicht wurde. Von den BVV-Wahlberechtigten stimmten aber 11,4 % für die Vorlage, sodass das Zustimmungsquorum von 10 % überschritten war.

3. Bürgerentscheid in Charlottenburg-Wilmersdorf

Nach der neuen Rechtslage wäre die begehrte Vorlage erfolgreich gewesen.

Der Bürgerentscheid war gescheitert, da sich nur 13,7 % der Wahlberechtigten der letzten BVV-Wahl beteiligt hatten und damit das Beteiligungsquorum von 15 % nicht erreicht wurde. Von den BVV-Wahlberechtigten stimmten aber 12,4 % für die Vorlage, sodass das Zustimmungsquorum von 10 % überschritten worden war.

Ausblick

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“ (Max Frisch).

Diese Auffassung haben sich in den letzten Jahren offenkundig immer mehr Bürgerinnen und Bürger zu eigen gemacht: Bürgerproteste sind wieder allgegenwärtig, auch in Berlin – und hier nicht zuletzt auf kommunaler Ebene –, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg.

Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (81 %) ein höheres Maß an politischen Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten. Immerhin 60 % der Befragten sind den Umfrageergebnissen nach bereit, sich „in Form von Bürgerbegehren, Diskussionsforen oder Anhörungen aktiv in Entscheidungen einzubringen.“ [7] Die sich allenthalben breitmachenden Forderungen nach stärkerer Teilhabe jenseits der Wahlen sind umso ernster zu nehmen, als die Legitimität der repräsentativen Demokratie gefährdet ist, wenn viele Menschen sich von politischen Entscheidungen ausgegrenzt, in ihrem Teilhabebedürfnis nicht ausreichend respektiert und in ihrer Meinung nicht gebührend ernst genommen fühlen.

Mit den Neuregelungen auf Bezirksebene hat das Land Berlin einen Weg beschritten, dem steigenden Erwartungsdruck der Bürger einen weiteren Schritt entgegenzukommen.

*Autoren: Geert Baasen,
Rainer Bleckert*

Quellennachweis

- [1] Die Landesabstimmungsleiterin von Berlin (Hrsg.): Direkte Demokratie in Berlin, erschienen in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, Berlin 2011.
- [2] Verfassung von Berlin vom 23. November 1995 (GVBl. S. 779), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. März 2010 (GVBl. S. 134).
- [3] Bezirksverwaltungsgesetz in der Fassung vom 14. Dezember 2005 (GVBl. 2006 S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Februar 2011 (GVBl. S. 58).
- [4] Abgeordnetenhaus von Berlin: Drucksache 16/10 229 – Kleine Anfrage des Abgeordneten Sven Kohlmeier (SPD) „Bürgerbegehren – ein politischer Erfolg?“
- [5] Baasen, G.: Bürgerentscheid in Lichtenberg; „Berliner Statistik“, Monatsschrift 2006, Heft 10-11, S. 499.
- [6] Zehntes Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes vom 24. Februar 2011 (GVBl. S. 58).
- [7] Bertelsmann Stiftung (2011): Umfrage: Bürger wollen sich an Politik beteiligen. Bertelsmann Stiftung macht sich stark für Bürgerbeteiligung, Pressemitteilung vom 20. März 2011.

Zuviel Leiharbeit erhöht die Lohnstückkosten¹

Die Bedeutung der Zeitarbeit hat in Deutschland in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. Inwiefern die Nutzung dieses Instruments die Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen erhöht, ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wurde untersucht, wie sich ein wachsender Anteil der Ausgaben für Leiharbeit an den gesamten Personalkosten auf die Wettbewerbsfähigkeit – gemessen an den Lohnstückkosten – auswirkt. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass der Einsatz von Leiharbeit zunächst zu sinkenden Lohnstückkosten führt. Offenbar ist Leiharbeit aber kein Patentrezept: Steigt der Anteil der Leiharbeitskosten an den Personalkosten kontinuierlich weiter, wirkt sich dies negativ auf die Lohnstückkosten aus. Eine Unternehmensstrategie, die in großem Stil auf die Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch Leiharbeitskräfte abzielt, kann sich daher negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auswirken.

Zeitarbeit ist ein immer wiederkehrendes Thema in der öffentlichen Diskussion. Die Debatte konzentriert sich in der Regel auf die positiven und negativen Folgen

dieser Beschäftigungsform für die betroffenen Arbeitnehmer. So verweisen die Befürworter von Zeitarbeit auf die Chance für Arbeitslose, über das Sammeln zusätzlicher, aktueller Berufserfahrung die eigene Qualifikation zu verbessern. Zugleich bietet sich durch Zeitarbeit die Möglichkeit, den potentiellen Arbeitgeber durch Leistung zu überzeugen und so per Übernahme durch den Entleihbetrieb den direkten Weg in ein Normalarbeitsverhältnis zu finden.

Die Kritiker der Zeitarbeit betonen indes die hohe Arbeitsplatzunsicherheit und die kurze Beschäftigungsdauer. So wurden im Jahr 2010 etwa 10 % der Leiharbeiter weniger als eine Woche und weitere 45 % weniger als drei Monate durch Zeitarbeitsfirmen beschäftigt [1]. Eine der wesentlichen Befürchtungen ist jedoch, dass die Zeitarbeit letztlich genutzt wird, um Stammbeschafteten unter Druck zu setzen und Tarifstrukturen zu umgehen [2]. Diese Kritik wird befeuert, wenn einzelne Unternehmen tatsächlich anstreben, weite Teile der Belegschaft in ausgegründete Zeitarbeitsfirmen zu transferieren oder ausscheidende reguläre Beschäftigte durch Zeitarbeiter zu ersetzen [3].

Die Wirkung der Zeitarbeit auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird dagegen wenig diskutiert oder es wird unterstellt, dass der Nutzen von Zeitarbeitern für die entleihenden Unternehmen per se positiv ist. Die Befürworter der Zeitarbeit verweisen darauf, dass sie ein notwendiges Element der externen Flexibilisierung sei, da der internen betrieblichen Flexibilisierung, zum Beispiel durch Arbeitszeitkonten, Grenzen gesetzt sind. Und auch die Kritiker der Zeitarbeit, die vor einer Substitution regulärer Beschäftigten durch Zeitarbeiter warnen, unterstel-

len damit implizit, dass ein solches Vorgehen im Sinne der Unternehmen ist.

Dass die Nutzung dieses Instruments die Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen erhöht, ist jedoch keineswegs erwiesen. Daher wurde hier für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes untersucht, wie sich ein wachsender Anteil der Ausgaben für Leiharbeit an den gesamten Personalkosten eines Unternehmens auf dessen Lohnstückkosten auswirkt [4].

Zunehmender Einsatz von Leiharbeit – insbesondere in Fertigungsberufen

Der Einsatz von Zeitarbeitern hat in Deutschland infolge der kontinuierlichen Liberalisierung der entsprechenden Gesetzgebung seit 1994 deutlich zugenommen.² Während 1995 noch etwa 160 000 Menschen in Zeitarbeit beschäftigt waren, lag ihre Zahl im Jahr 2007 schon bei etwa 720 000. Da in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise viele Leiharbeitnehmer entlassen wurden, sank ihre Zahl im Jahr 2009 zwar auf etwa 630 000 (Abbildung 1), seither zeigt sie aber wieder deutlich steigende Tendenz.

Die wachsende Bedeutung der Zeitarbeit wird auch bei Betrachtung des Anteils der Leiharbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsordnungen deutlich. Während der Anteil der Zeitarbeitskräfte an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1999 und 2007 von knapp 1 % auf etwa 2,6 % stieg, nahm er im gleichen Zeitraum bei den Fertigungsberufen von 2,4 % auf etwa 6 % zu. Hierzu zählen zum Beispiel Glasmacher und Keramiker oder Mechaniker und Werkzeugmacher. Dagegen fällt der Anteil der Zeitarbeitskräfte bei den Dienstleistungsberufen mit 1,2 % im Jahr 2007 deutlich niedriger aus. Und auch bei den technischen Berufen, zu diesem Bereich zählen insbesondere Ingenieure, Chemiker, Physiker aber auch technische Sonderfachkräfte, liegt der Anteil der Leiharbeitnehmer unter 2 %. Allerdings ist auch hier, wie bei den Dienstleistungsberufen, eine Verdreifung des Anteils im Beobachtungszeitraum zu konstatieren (Abbildung 2, Tabelle 1).

¹ Dieser redaktionell geringfügig überarbeitete und ergänzte Nachdruck ist als DIW Wochenbericht Nr. 28. 2011 erschienen. Die Studie erhielt im Jahr 2012 den vom Verein der Freunde des DIW einmal jährlich zu vergebenden Preis als bester Beitrag (siehe <http://www.diw.de/>

diw_01.c100400.de/ueber_uns/vereinigung_der_freunde/die_vdf_preise/die_vdf_preise.html)

² Eine knappe und übersichtliche Darstellung der wichtigsten Reformen und Änderungen der Arbeitnehmerüberlassung findet sich bei [1].

Abb. 1 **Entwicklung der Leiharbeitnehmer nach Berufsgruppen 1995 bis 2009**

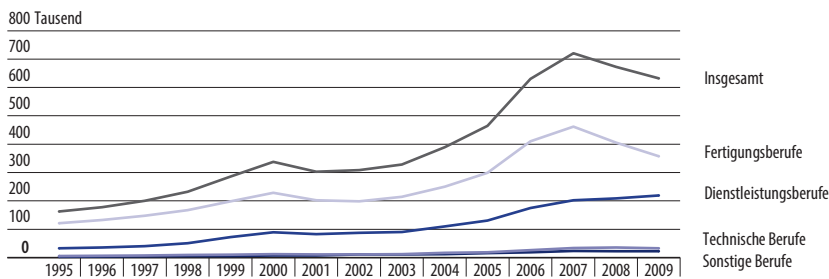
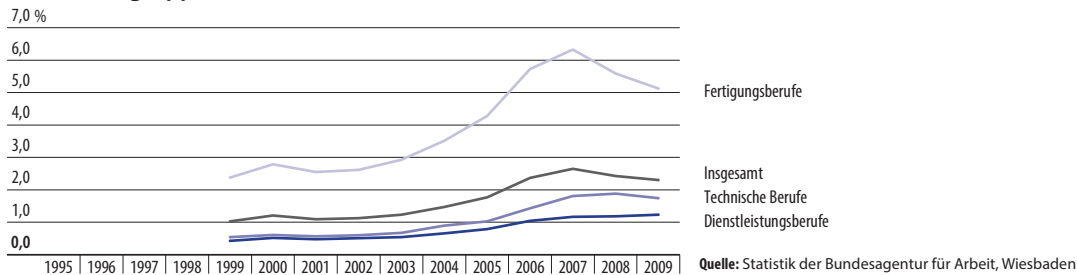


Abb. 2 **Anteil der Leiharbeit an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsgruppen 1999 bis 2009**



Wirkung der Zeitarbeit auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen

In bisherigen Untersuchungen zur Wirkung von Zeitarbeit, insbesondere auf die Beschäftigten, sind drei wesentliche, zum Teil gegenläufige Effekte beschrieben worden. Dies ist zum einen die erhöhte Flexibilität der Unternehmen. Sie folgt aus der Tatsache, dass das Beschäftigungsniveau jederzeit der aktuellen Nachfrage auf den Absatzmärkten angepasst werden kann, was wiederum zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führen sollte [5].

Als weiterer positiver Aspekt der Zeitarbeit für Unternehmen wird die Möglichkeit gesehen, potentielle Arbeitnehmer vor einer festen Einstellung im Rahmen der Zeitarbeit zu beschäftigen, in dieser Phase die produktiveren Arbeitnehmer zu identifizieren und ihnen anschließend eine Festanstellung anzubieten. Allerdings zeigen die Untersuchungen auch, dass diese Möglichkeit nur in geringem Umfang durch die Unternehmen genutzt wird.³ Wird das Instrument der Zeitarbeit indes eher dazu verwendet, die Kernbelegschaft zu ersetzen, wirkt sich dies sowohl auf die Kernbelegschaft als auch auf die Zeitarbeiter demotivierend aus [6]. In der Folge sinkt die Produktivität beider Gruppen und damit letztlich auch die des Unternehmens. Die Substitution festangestellter Arbeitnehmer durch Leiharbeiter wirkt sich daher tendenziell eher negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen aus.

Schließlich wird zunehmend die Bedeutung des firmenspezifischen Humankapitals der Mitarbeiter für den Erfolg der Unternehmen erkannt. Leiharbei-

ter verfügen in der Regel aber nicht über dieses sehr spezifische Wissen. Ein hoher Anteil an Leiharbeitern in einem Unternehmen sollte daher, in Abhängigkeit von der Wissensintensität der Produktion, einen negativen Effekt auf die Produktivität der Unternehmen haben [7].

Es wird deutlich, dass das Instrument der Leiharbeit Vor- und Nachteile hat. Damit stellt sich die Frage, ob eine immer stärkere Nutzung der Leiharbeit durch Unternehmen deren Wettbewerbsfähigkeit erhöht.

In Deutschland werden weder die in den Entleihbetrieben geleisteten Arbeitsstunden noch die Anzahl der Leiharbeitnehmer in den Betrieben explizit erfasst. Daher ist eine Untersuchung, inwieweit sich die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens mit steigender Anzahl von Leiharbeitern ändert, nicht über einen Anteil der Leiharbeitnehmer an der Gesamtbelegschaft oder ihrem Anteil an den geleisteten Arbeitsstunden möglich. Die vorliegende Untersuchung stellt daher auf die gesamten Personalkosten der Unternehmen ab und bemisst die Bedeutung der Leiharbeit für ein Unternehmen anhand des Anteils der Ausgaben für Leiharbeiter durch das Unternehmen an den gesamten Personalkosten.

Die Untersuchung basiert auf Mikrodaten, die durch das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder zur Verfügung gestellt wurden.⁴ Die Analyse betrachtet jedoch nur den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Um Methoden der Paneldatenanalyse nutzen zu können, ist der Datensatz dahingehend eingeschränkt worden, dass er nur Unternehmen beinhaltet, für die Beobachtungen für mindestens vier Jahre vorliegen. Damit kann der verwendete Datensatz, obschon er noch immer mehr als 17000 Unternehmen umfasst, nicht mehr als repräsentativ für das Verarbeitende Gewerbe angesehen werden.

³ Die Wahrscheinlichkeit hierfür wird auf nur 7 % beziffert, siehe [3].

⁴ Konkret wurden die Daten aus der „Kostenstrukturerhebung“, des „Monatsberichts“ und der „Monatliche

Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden“ für den Zeitraum 1999 bis 2006 genutzt.

Tab. 1 **Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Leiharbeitnehmer von 1999 bis 2009 nach Berufsgruppen bzw. Tätigkeiten**

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsordnungen											
Fertigungsberufe (10-54 ohne 38)	8 328 729	8 208 411	7 929 360	7 577 326	7 318 782	7 118 195	6 977 792	7 165 325	7 293 515	7 256 384	6 973 931
technische Berufe (60-63)	1 934 290	1 947 723	1 952 098	1 916 982	1 872 214	1 848 180	1 833 395	1 844 933	1 873 435	1 910 996	1 892 038
Dienstleistungsberufe (68-93)	16 783 545	17 099 711	17 273 548	17 166 016	16 848 975	16 709 982	16 688 994	16 896 567	17 299 328	17 671 314	17 819 388
Sonstige Berufe	709 928	723 748	709 085	700 173	706 413	705 485	705 788	729 536	757 806	793 592	802 191
Insgesamt	27 756 492	27 979 593	27 864 091	27 360 497	26 746 384	26 381 842	26 205 969	26 636 361	27 224 084	27 632 286	27 487 548
Bestand an Leiharbeitnehmern nach Art der ausgeübten Tätigkeit (Jahresdurchschnitt)											
Fertigungsberufe (10-54 ohne 38)	198 401	228 661	202 021	198 258	214 119	249 972	298 991	410 359	461 743	405 555	357 874
technische Berufe (60-63)	10 431	11 850	11 134	11 550	12 551	16 717	18 844	26 344	33 838	35 850	33 005
Dienstleistungsberufe (68-93)	72 415	89 592	82 631	87 869	90 281	109 902	131 139	175 014	201 927	208 454	219 442
Sonstige Berufe	5 115	7 742	7 121	10 857	10 838	12 499	15 565	18 607	23 374	22 737	22 244
Insgesamt	286 362	337 845	302 907	308 534	327 789	389 090	464 539	630 324	720 882	672 596	632 565
Prozentuale Änderung bei Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsordnungen mit Basis 2001											
Fertigungsberufe (10-54 ohne 38)	1,00	0,99	0,95	0,91	0,88	0,85	0,84	0,86	0,88	0,87	0,84
technische Berufe (60-63)	1,00	1,01	1,01	0,99	0,97	0,96	0,95	0,95	0,97	0,99	0,98
Dienstleistungsberufe (68-93)	1,00	1,02	1,03	1,02	1,00	1,00	0,99	1,01	1,03	1,05	1,06
Sonstige Berufe	1,00	1,02	1,00	0,99	1,00	0,99	0,99	1,03	1,07	1,12	1,13
Insgesamt	1,00	1,01	1,00	0,99	0,96	0,95	0,94	0,96	0,98	1,00	0,99
Prozentuale Änderung am Bestand an Leiharbeitnehmern nach Art der ausgeübten Tätigkeit (Jahresdurchschnitt) mit Basis 2001											
Fertigungsberufe (10-54 ohne 38)	1,00	1,15	1,02	1,00	1,08	1,26	1,51	2,07	2,33	2,04	1,80
technische Berufe (60-63)	1,00	1,14	1,07	1,11	1,20	1,60	1,81	2,53	3,24	3,44	3,16
Dienstleistungsberufe (68-93)	1,00	1,24	1,14	1,21	1,25	1,52	1,81	2,42	2,79	2,88	3,03
Sonstige Berufe	1,00	1,51	1,39	2,12	2,12	2,44	3,04	3,64	4,57	4,45	4,35
Insgesamt	1,00	1,18	1,06	1,08	1,14	1,36	1,62	2,20	2,52	2,35	2,21

In der Untersuchung wurde zunächst ein einfaches Regressionsmodell geschätzt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es tatsächlich einen nichtlinearen – zunächst positiven, dann aber negativen – Zusammenhang zwischen den Lohnstückkosten und dem Anteil der Leiharbeitskosten an den gesamten Personalkosten gibt.

Um die statistischen Unzulänglichkeiten solcher Modelle zu umgehen, wurden in einem zweiten Schritt statische und dynamische Paneldatenmodelle genutzt, die unter anderem die Heterogenität der Unternehmen besser berücksichtigen [8]. Zudem wurde die Untersuchung sowohl mit dem Gesamtdatensatz als auch auf Basis einer verkleinerten Stichprobe durchgeführt. Letztere enthält nur Unternehmen, die das Instrument der Zeitarbeit mindestens einmal in der Untersuchungsperiode genutzt haben. In beiden Fällen findet sich ein statistisch signifikanter Uförmiger Zusammenhang zwischen dem Umfang, in dem die Leiharbeit durch Unternehmen eingesetzt wurde, und deren Lohnstückkosten. Dies legt nahe, dass die Unternehmen durch eine mo-

derate Nutzung der Leiharbeit tatsächlich ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen konnten, dass dieser Effekt aber begrenzt ist. Steigt der Anteil der Ausgaben für Leiharbeiter an den gesamten Personalkosten zu stark, führt dies eher zu steigenden Lohnstückkosten und damit zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit.

Fazit

Die Untersuchung hat gezeigt, dass Unternehmen, die Leiharbeit in geringem Umfang nutzen, tatsächlich über eine signifikant höhere Wettbewerbsfähigkeit in Form niedrigerer Lohnstückkosten verfügen. Damit bestätigt sich die implizite Annahme, wonach sich der Einsatz von Zeitarbeit für die betreffenden Unternehmen auszahlt. Die Ergebnisse lassen aber auch erkennen, dass dies kein monoton positiver Zusammenhang ist. Vielmehr dreht der Effekt ins Negative, wenn sich der Anteil der Leiharbeiter an der Gesamtbelegschaft, hier gemessen anhand der Ausgaben für Leiharbeiter und denjenigen für Normalarbeitsverhältnisse, zu stark erhöht.

Autoren: Sebastian Nielen, Alexander Schiersch,
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Quellennachweis

- [1] Schmidt, K., Wüllerich, J. (2011): Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Arbeitsmarktberichterstattung – Januar 2011: Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen. Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.
- [2] Brenke, K., Eichhorst, W. (2008): Leiharbeit breitet sich rasant aus. DIW-Wochenbericht Nr. 19, 242–252.
- [3] Bäcker, G., Bosch, G., Weinkopf, J. (2011): Vorschläge zur künftigen Arbeitsmarktpolitik: integrativ – investiv – innovativ. Gutachten für das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Duisburg, Institut Arbeit und Qualifikation.
- [4] Nielen, S., Schiersch, A. (2011): Temporary Agency Work and Firm Competitiveness: Evidence from German Manufacturing Firms. DIW Diskussionspapier 1135.
- [5] Pfeifer, C. (2005): Beschäftigungswirkungen von befristeten Arbeitsverträgen und Leiharbeit: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels-Tagungsband-Beiträge zum Workshop des IAB und IWH 2005, 130–153. Halle.
- [6] Brown, S., Sessions, J. G. (2005): Employee Attitudes, Earnings and Fixed Term Contracts: International Evidence. Review of World Economics, 141/2, 296–317.
- [7] Mitlacher, L. W. (2008): Job quality and temporary agency work: Challenges for human resource management in triangular employment relations in Germany. The International Journal of Human Resource Management, 19/3, 446–460.
- [8] Nielen, S., Schiersch, A. (2011): Temporary Agency Work and Firm Competitiveness: Evidence from a Panel Data Set of German Manufacturing Enterprises. Schumpeter Discussion Papers 2011-006, Universität Wuppertal.

Änderungen bei der Insolvenzstatistik seit Januar 2013

Seit Januar dieses Jahres ist die Insolvenzstatistik um eine jährliche Erhebung erweitert worden. Durch das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582) wird in Artikel 7 das Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG) mit einer Vielzahl von Neuerungen zum 1. Januar 2013 eingeführt.

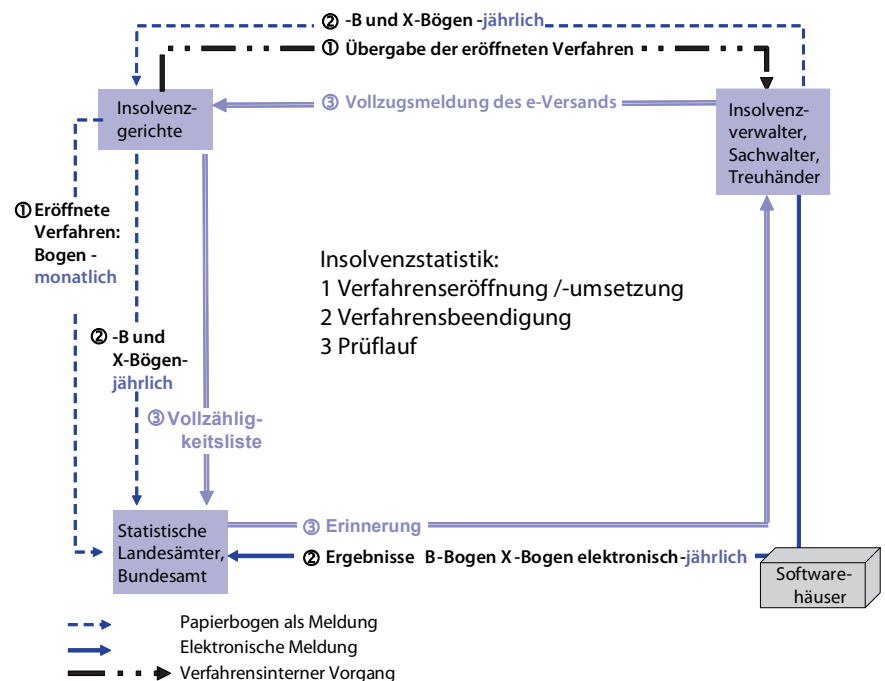
Die Insolvenzstatistik hat zum einen den Auftrag, den Ablauf der Gerichtsverfahren – unterschieden nach Schuldnergruppen und Verfahrensarten – zu beobachten und zum anderen die Höhe des volkswirtschaftlichen Schadens bzw. die Verringerung des Schadens festzustellen. Für die Erhebung werden fünf verschiedene Meldebogen benötigt:

- RA für Regel- oder Nachlassinsolvenzverfahren,
- VA für Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren,
- RB über das Ergebnis eines eröffneten Regel- oder Nachlassinsolvenzverfahrens,
- VB über das Ergebnis eines Verbraucherinsolvenzverfahrens oder sonstigen Kleinverfahrens und
- X für die Erteilung der Restschuldbefreiung.

Das InsStatG führt außer zusätzlichen Merkmalen und neben der monatlichen Statistik über eröffnete Insolvenzverfahren eine Jahresstatistik für die Ergebnisdarstellung der Verfahrensbeendigungen ein. Für die monatliche Statistik sind wie bisher die Insolvenzgerichte (10 in Berlin und 4 in Brandenburg) berichtspflichtig.

Bisher konnten die finanziellen Ergebnisse bei Beendigung von Insolvenzverfahren statistisch nicht sinnvoll ausgewiesen werden. Durch die Einführung des InsStatG wird für die Beobachtung und die Dokumentation dieses Teils der Insolvenzstatistik eine

Abb. 1 Lieferwege bei der Insolvenzstatistik



Verbesserung erwartet. Dementsprechend haben sich die drei Meldebogen über die Beendigung einer Unternehmens- oder Verbraucherinsolvenz (RB, VB, X) deutlich verändert, während die beiden Meldebogen über die Verfahrenseröffnung (RA, VA) bis auf eine Merkmalerweiterung identisch geblieben sind.

Die Meldebogen werden auf der Website des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) zum Ausfüllen oder Herunterladen angeboten. Gleichzeitig mit dem Ziel, keine Lieferung von Papierbogen mehr zu erhalten, wurde ein Zugang über das IDEV-Portal der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes eingerichtet. Dieses ermöglicht den Dateimport beziehungsweise das Ausfüllen der elektronischen Meldebogen.

Am deutlichsten macht sich die Veränderung jedoch bei der Neugestaltung der Berichtspflicht und den neuen Meldewegen für Insolvenzverwalter, Sachwalter und Treuhänder (I.S.T.) bemerkbar, die einen erheblichen Anpassungsaufwand in den verschiedenen gerichtlichen Fachverfahren zur Bearbeitung der Insolvenzsachen bewirkt hat.

Das InsStatG regelt insbesondere den Verfahrensablauf im Hinblick auf die Durchsetzung des elektronischen Datenaustausches, wie er voraussichtlich auch durch das neue Gesetz zum eGovernment und durch die Novellierung des Bundesstatistikgesetzes in der öffentlichen Verwaltung bald vorgeschrieben sein wird (Interfaces zum www aus den Verwaltungsetzwerken mit eigenen Verschlüsselungssystemen (DOI und OSC)).

Bisher lieferten die sechzehn Insolvenzgerichte von Berlin und Brandenburg ihre Meldungen auf Papier. Gegenwärtig wird eine neue Verwaltungssoftware eingeführt, die in den nächsten Jahren eine Schnittstelle für die amtliche Statistik erhalten wird. Bis dahin wird das AfS wahrscheinlich die Meldungen für die monatliche Statistik über Verfahrenseröffnung oder Abweisung von Insolvenzanträgen mangels Masse weiterhin auf Papier erhalten. Möglicherweise nehmen die Insolvenzgerichte das Angebot eines Dateien-Imports via IDEV-Portal an.

Zum Jahresanfang 2013 sollen für die Jahresstatistik der beendeten Insolvenzverfahren von den I.S.T. – als neuem Berichtskreis – die Meldungen auf elektronischem Weg erfolgen. Hier soll auf der Grundlage einer Liefervereinbarung das Portal von eStatistik.core des StBA für die Versendung eines einheitlichen DatML/Raw-Datensatzes genutzt werden. Nach einer einfachen Eingangsprüfung innerhalb des Portals werden die Dateien an die Statistischen Ämter der Länder verteilt.

Es sind aber auch Papierlieferungen der I.S.T. zu erwarten. Diese müssen an das zuständige Insolvenzgericht geschickt werden, die dann diese Meldungen an die jeweiligen Statistischen Ämter weiterleiten werden. Auch für die I.S.T. gilt das Angebot, die Meldungen über das IDEV-Portal zu liefern.

Das InsStatG ordnet weiterhin an, dass die Insolvenzgerichte eine Vollzähligkeitskontrolle der Meldungen über Verfahrensbeendigungen durchzuführen haben. Da die Insolvenzgerichte die eröffneten Verfahren an Vertreter der I.S.T. zur Durchführung weiterleiteten, haben nur sie einen Überblick und die Kenntnis der berichtspflichtigen I.S.T. Nach Fristablauf liefern die Insolvenzgerichte eine durch das StBA vorgegebene Datei/ Liste über den Rücklauf der Beendigungsmeldungen mit den Anschriften der zuständigen I.S.T. Denn das InsStatG schreibt vor, dass bei ausstehenden Meldungen die Statistischen Ämter für ein Erinnerungsverfahren zuständig sind.

Da das Gesetz die elektronische Lieferung der Meldungen über Verfahrensbeendigung, auch direkt an das StBA, vorsieht, müssen die I.S.T., die diesen Weg beschreiten können, gleichzeitig mit dem elektronischen Versand der Meldung auch eine Lieferinformation an das zuständige Insolvenzgericht über den Versand schicken. Nur dann können die Gerichte die Vollzähligkeitskontrolle durchführen. Diese findet vier Wochen nach Beendigung des Berichtsjahres für die I.S.T. statt.

Mit dem InsStatG müssen die I.S.T. noch eine Nachlieferung aller Verfahren bis Ende April 2013 erstellen und versenden. Es handelt sich um alle Verfahren, die nach dem 31. Dezember 2008 eröffnet wurden und bis 31. Dezember 2012 beendet worden sind. Für Berlin und Brandenburg zusammen wird ein Rücklauf von etwa 30 000 Verfahrensmeldungen geschätzt, für die die I.S.T. die neuen Meldebogen ausfüllen müssen. Die Insolvenzgerichte müssen bis Ende September 2013 hierfür die Vollzähligkeitsprüfung abgeschlossen und an die Statistischen Ämter verschickt haben.

Durch das Gesetz und durch die unterschiedlich schnelle Einführung von elektronischen Instrumenten für Verfahrensbearbeitung und elektronischem Versand wird die gesamte Erhebung sehr komplex und verlangt von allen beteiligten Institutionen einen hohen Verwaltungsaufwand für die Einführung der Verfahren.

Autor: Thomas Heymann

Historisches 1874

Volkpsychologische Spiegelbilder aus Berliner Annoncen Teil 2

Nachdem im Heft 6 / 2012 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg den „Heiratsgesuchen“ nachgespürt wurde, folgen nun – wie damals angekündigt – die „II. Bettel=, Borg= und Buhl=Gesuche.“ Man wird sehen, welche großen Veränderungen sich nicht nur auf diesem Gebiet in den letzten ca. 130 Jahren ergeben haben. Auch die alte Rechtschreibung und Grammatik sowie einige verwendete Begriffe erscheinen uns heute doch sehr fremd.

II. Bettel=, Borg= und Buhl=Gesuche

In einem wesentlich längeren Einleitungsteil als zu den Heiratsgesuchen erhebt Dr. F. Bartholomäi erst einmal den moralischen Zeigefinger. Er hatte etwa „¼ Tausend“ Anzeigen analysiert. „Die männlichen und weiblichen Personen, welche sich in denselben prostituieren, sind zwar ohne Zweifel von Männern gezeugt und von Weibern geboren worden; aber sie sind aus der Art geschlagen und man möchte sie am Liebsten als Neutra ansehen.“ Er beginnt seine Beweisführung mit einigen Anzeigen, bei denen „beschleicht Einen ein gewisses Mißbehagen, weil sie von mangelhafter Bildung des Herzens Zeugnis ablegen“. Einige aus heutiger Sicht recht kuriose Beispiele: „Ein gebildeter junger Kaufmann wünscht sich von kinderlosen vermögenden Leuten adoptiert zu lassen“, „Hat Otto Scholz seine Lene ganz vergessen? Dieselbe bringt sich hiermit freundlichst in Erinnerung“ und „Meinen geliebten Mann, Schlächtermeister Wilhelm Bolle, bitte ich, sofort zu mir zurückzukehren. Ich bin mit meinem Sohn ganz allein und Niemand mehr stört unser eheliches Glück“. Oder, „Wenn ein Studio von einem gemüthlichen Kauze oder einer ebensolchen Käuzin eine kleine Summe borgen möchte, so amüsiert uns die Harmlosigkeit (...)“. Ein Bild tiefster Verworfenheit zeigt nach Meinung des Autors hingegen, wenn „ein junger gebildeter Mann eine junge Dame um 10 Thlr. bittet, wogegen er sich den extravaganten Launen derselben unterwirft.“ „Ein junger Mann wünscht mit einer geistreichen Dame in Correspondenz zu treten, wird aber auch etwaigen anderen Capricen nicht ausweichen.“ „Ein vorurtheilsfreier vermögender Mann wünscht sich mit einer wohlhabenden Dame zu verheiraten und will seiner Frau auch in der Ehe die volle Disposition über ihr Vermögen und ihre Person gestatten.“ Derartig eingestimmt widmen wir uns nun den statistischen Auswertungen und beginnen mit den „Bettel=Anzeigen“.

1. Bettel=Anzeigen

„Die bettelnden Individuen legten sich folgende Eigenschaften bei:“

Gemeinjam:	Die Männer:	Frauen:
Von angenehmem Aeußern.	Mit ansehnlichem Aeußern, mit einnehmendem Aeußern.	Angenehme Persönlichkeit, blond, nett, fein, hübsch, schön.
Intelligent, gebildet.	Wissenschaftlich gebildet.	Geist- und gemüthfrisch.
Anständig.	Solid, sehr ehrlich, moralisch gebildet.	Achtbar, strebsam.
	Gut situiert.	Blutarm.
Alleinstehend.	Unverheirathet.	Unabhängig, selbständig, kinderlos, mit eignem Geschäft, mit eigener Wohnung.
Aus höherem Stande.	Mit guter Tourneur.	Aus anständiger Familie, aus guter Familie, aus braver Familie.
	Zurist.	Künstlerin.

Damals durften die Daten noch kommentiert werden – was heute verpönt ist. „(...) weshalb Frauen ihre körperlichen Vorzüge hervorheben und preisen, das zu erklären, gelingt nur durch gewisse Annahmen. (...) Die Männer betteln um Geld, die Weiber um mehr: um Hilfe, Unterstützung, Beistand, Schutz, Rath und That, Freundschaft u. a.“

2. Borg=Anzeigen

Zuerst wunderte sich Dr. F. Bartholomäi darüber, dass das Alter derer, die zu borgen wünschen, kaum die Rückzahlung der Schuld erwarten lässt. „Daher frappirt es, daß von den borgen Wollenden 78 % Männer und 67 % Frauen sich jung nennen. Der borgenden Frauen waren fast doppelt soviel als der borgenden Männer.“

„Wie die Menschen beschaffen sein sollen,“ ist der folgenden Auflistung zu entnehmen:

welche den Männern leihen sollen:	welche beiden leihen sollen:	welche den Frauen leihen sollen:
Älter.	Älter.	Alt, älter, ältlich.
Edel, edel denkend, wohlwollend.	Edel, edel denkend, wohlwollend.	Achtbar, nobel, ehrenhaft, edelgesinnt, edel, edel denkend, wohlwollend, menschenfreundlich.
Wohlhabend, vermögend, reich.	Wohlhabend, vermögend, reich.	Wohlhabend, vermögend, gut situiert, reich.
Alleinstehend.		Distinguiert.

„Man sieht also, daß die Frauen die Anleihe vielleicht auf andere Weise zu tilgen beabsichtigen, (...). Sie bitten nicht nur, sondern schmeicheln auch. Die Frauen sind ferner viel dreister und zuversichtlicher als die Männer.“

Die Höhe der zu leiholden Beträge „classiert“ sich folgendermaßen, wobei 11 % der Männer und 16 % der Frauen nicht erfasst worden sind, weil sie den Betrag unbestimmt gelassen haben:

Höhe des gefuchsten Darlehens	Vorgende Männer %	Vorgende Frauen %
0—10 Thlr.	3,12	6,94
10—20 „	12,50	16,67
20—50 „	15,62	36,11
50—100 „	15,63	13,89
100—200 „	12,50	8,33
200—300 „	6,25	6,94
300—500 „	12,50	6,95
500—1000 „	15,63	2,78
1000—2000 „	6,25	1,39
	100,00	100,00

3. Buhl=Anzeigen

Die Ausführungen zu diesem Thema nehmen den Platz von sechseinhalb Seiten ein, während die „Bettel=Anzeigen“ eine dreiviertel und die „Borg=Anzeigen“ eine Seite beanspruchten. Wegen des heute nicht mehr geläufigen Begriffes ist vorab ein Blick in ein – natürlich elektronisches – Lexikon angebracht: „Buhlerei ist eine veraltete und poetische Bezeichnung für ein Liebesverhältnis. Im neueren Sprachgebrauch wird darunter die zeitweise übereifrige Werbung um jemandes Gunst verstanden.“

Einleitend stellt der damalige Autor erst einmal fest: „Natürlich ist das männliche Geschlecht in der Buhlerei stärker vertreten als das weibliche.“ Es betrug 75 % zu 25 % des „Gesamtcontingents“.

Angeklagtes Alter.	Männer	Frauen	Männer %	Frauen %
Keine Angabe	66	22	19,9	20,2
15—20 Jahr	—	2	0,0	1,8
20—30 „	23	8	6,9	7,4
30—40 „	28	4	8,4	3,7
40—50 „	12	3	3,6	2,8
50—60 „	—	1	0,0	0,9
Jung	165	59	49,8	54,1
Mittleren Alters	9	2	2,7	1,8
Gelegten Alters	4	7	1,2	6,4
In den besten Jahren	3	1	0,9	0,9
Älterlich	13	—	3,9	0,0
Alter	9	—	2,7	0,0
Summa	332	109	100,0	100,0

Es folgt ein zeitloser Kommentar – denkt man heute zumindest: „In Bezug auf die Altersangaben ist die interessante Tatsache hervorzuheben, daß die buhlsüchtigen Frauen die Prädikate „älterlich und älter“ streng vermeiden, obgleich sie vor „mittlerem und gesetztem Alter“ und den „besten Jahren“ eben so wenig Scheu haben, wie die Männer.“

Auf den folgenden vier Seiten werden uns die Eigenschaften – einerseits die selbst eingeschätzten und andererseits die verlangten – getrennt nach den Geschlechtern vorgestellt. Dr. F. Bartholomäi entwickelt dabei sogar ein wenig Humor oder ist es gar Sarkasmus? „Welch herrliche Eigenschaften die Buhlen suchenden Individuen besitzen, ersieht man aus folgender Zusammenstellung:“

Eigenschaften	
der Männer:	der Frauen:
Mund, mit schwarzem Barte, gesund, von Gesundheit strotzend, mit den besten Gaben des Körpers ausgestattet, kräftig, ansehnlich, hübsch, nett, fein, elegant, stätklich, von hübscher Figur, schön, interessant, angenehm, von angenehmem Aussehen, angenehme Erscheinung, mit interessantem Aussehen, von einnehmendem Wesen, von vortheilhafter Persönlichkeit.	Ansehnlich, hübsch, nett, fein, interessant, von angenehmem Aussehen, von angenehmer Persönlichkeit.
Intelligent, mit den besten Gaben des Geistes ausgerüstet, gebildet, musikalisch, unterhaltend, erfahren, geschäftsfundig.	Intelligent, gebildet, französisch sprechend, unterhaltend.
Melancholisch, etwas still, voll tiefen Gemüths, Feind der modernen Gesellschaft, Naturfreund, heiter, lebhaften Temperaments, lebenslustig, auf extravagante Launen eingehend, lebenswürdig, anständig, solid, geist, gediegen, unbezogen.	Heiter, gut gelaunt, lustig, lebenslustig, lebenswürdig, anständig, solid, ehrenhaft, von gutem Charakter, gereift, reisefreudig, energisch.
Mittellos, bemittelt, mit sicherer Existenz, mit gutem Auskommen, in günstiger Lebensstellung, gut situiert, vermögend, wohlhabend, reich.	Bemittelt, gut situiert, von Zinsen lebend, vermögend.
Unverheirathet, ohne Anhang, selbständig.	Mit eigener Wohnung, kinderlos, ohne Anhang, unabhängig, selbständig.
Aus gebildeter Familie, aus guter Familie, aus höherem Stande, Fabrikbesitzer, Bautechniker, Kaufmann, Banquier, Beamter, Jurist.	Aus anständiger Familie, aus höherem Stande, im Geschäft.
Christlich, evangelisch, mosaisch.	

„Mehr rühmen sich beide Geschlechter der intellektuellen Eigenschaften, (...). Beide rühmen sich vorzugsweise der Bildung. In der That klingt hier Bildung wie Hohn. (...) Sonderbarerweise dominiert unter den sittlichen Prädikaten die Anständigkeit. (...) Ueber die Vermögensverhältnisse sind die Frauen ziemlich zurückhaltend.“ Am Ende dieses Kapitels wird noch einmal kräftig die Moralkuile geschwungen: „Wenn nun auf solche Gesuche und Anerbietungen von Mitgliedern ‚anständiger‘, ‚gebildeter‘, ‚guter‘ Familien und aus ‚höheren Ständen‘ ausgehen, was soll man erst aus unanständigen, ungebildeten und schlechten Familien und aus den niederen Ständen erwarten?“

Sodann folgen in ähnlicher Darstellung „die Ansprüche, welche Mann und Weib machen.“

Eigenschaften	
welche die Männer verlangen:	welche die Frauen verlangen:
30–40 Jahr alt, jung, nicht zu jung, im mittleren, reiferen Alter, in gefesteten Jahren, älter, älterlich, gesund, blond, angenehmes Aeußere, angenehme Persönlichkeit, lieblich, nett, hübsch, interessant, fein, schön.	40–50 Jahre alt, jung, nicht zu jung, in gefesteten Jahren, alt, älter, älterlich, angenehmes Aeußere, nett, fein, elegant, schön.
Vorurtheilsfrei, mit feinem Benehmen, gebildet.	Gebildet, musikalisch gebildet, erfahren.
Lebenslustig, heiter, launig, einfach, anspruchslos, bescheiden, häuslich, respectabel, rechtlich, von tadellosem Rufe, guten Gemüths, hochherzig, gediegen, lebenswürdig, solid, anständig, ehrenhaft.	Liebenswürdig, solid, anständig, ehrenhaft, gefest, nobel, achtbar, blöder.
Nicht vermögend, bemittelt, wohlhabend, vermögend, gut situiert, reich.	Bemittelt, wohlhabend, vermögend, gut situiert, reich.
Unabhängig, ohne Anhang, selbstständig, allein stehend, mit eigener Wohnung.	Alleinstehend, mit eigener Wohnung, unbewehrt.
Aus respectabler Familie, aus anständiger Familie, im Geschäft, aus guter Familie, distinguiert, aus höherem Stande.	Aus guter Familie, distinguiert, aus höherem Stande, vornehm.
Schriftlich.	

Welche Eigenschaften am meisten begehrt werden und in welchem Umfange von jedem Geschlecht, lehrt folgende Zusammenstellung:	
In Bezug auf	verlangt
Körper	der 5,2. Mann eine hübsche Frau, die 18,2. Frau einen feinen Mann,
Geist	der 13,9. Mann eine gebildete Frau, die 9,1. Frau einen gebildeten Mann,
Moral	der 6,0. Mann eine anständige Frau, die 9,1. Frau einen noblen Mann,
Vermögen	der 11,4. Mann eine vermögende Frau, die 3,4. Frau einen reichen Mann,
persönliche Stellung	der 19,5. Mann eine alleinstehende Frau, die 18,2. Frau einen alleinstehenden Mann,
Familie und Stand	der 19,5. Mann eine Frau im Geschäft, die 18,2. Frau einen Mann von höherem Stande.

Nach einer Bemerkung, dass es in Ordnung sei, „daß die Männer vorwiegend hübsche, vermögende, alleinstehende und regelmäßig beschäftigte Frauen suchen, (...) denn solche entsprechen ihrem Zwecke“, spottet der Autor über Ausdrücke wie „anständig und gebildet in diesen Sphären“. Und er stellt abschließend zu den Aussagen bezüglich des Vermögens fest: „Ganz charakteristisch ist hier das Begehren der Frauen nach reichen Männern. (...) Die Männer bieten (...) etwa 1,4 mal so viel an als sie fordern, während die Frauen 7,2 mal so viel fordern als sie anbieten. Man sieht also, worauf es abgesehen ist.“

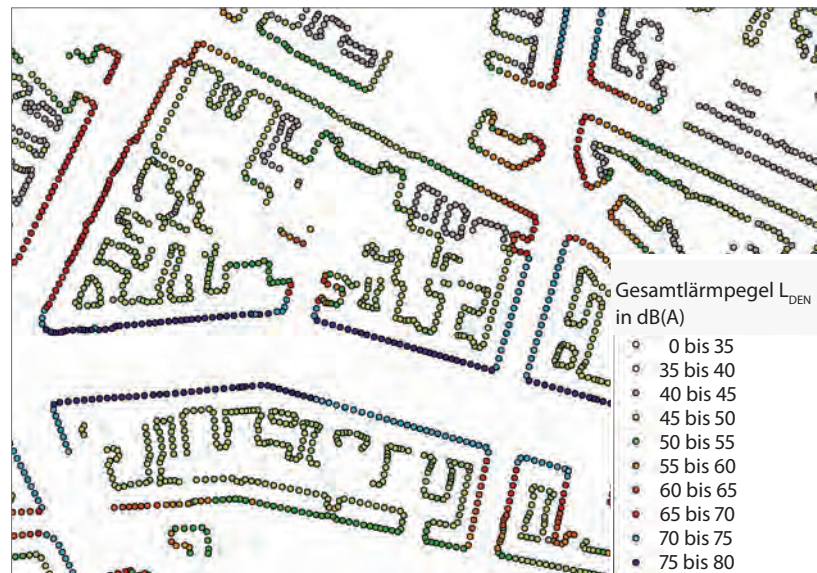
Zum Abschluss seien noch einige Anzeigen wörtlich wiedergegeben, genau so, wie sie in der vorliegenden Ausarbeitung verwendet wurden. Sie sind nur einer einzigen Nummer der „Vossischen Zeitung“ entnommen: „Ein höchst interessanter, junger Cavalier, in momentaner Verlegenheit, sucht Hilfe bei einer reichen vornehmen Dame. – Ein junges hübsches Mädchen, welches im Geschäft ist, befindet sich momentan in drückender Geldverlegenheit und bittet einen älteren Herren um ein Darlehn von 25 Thlr. – Ein junger selbständiger Kaufmann bittet eine reiche Dame unter Discretion um ein kleines Darlehn. – Eine junge alleinstehende Dame vom Stande bittet einen Cavalier, ihr hochherzig mit Rath und That zur Seite zustehen.“

In der Zusammenfassung wird dann noch einmal auf die besonderen zwischenmenschlichen Verhältnisse in einer Großstadt hingewiesen: „In allen diesen Gesuchen, Anerbietungen und Selbstprostitutionen wirkt ein bemerkenswertes psychologisches durch die Großstadt wesentlich bedingtes Verhältnis.“ Es ist das – in der damaligen Zeit sicherlich wesentlich stärker als heute ausgeprägte – Ferne und Fremde der Menschen zueinander. „Und so bietet der eigenthümliche und vielfach schlüpfrige Boden der Großstadt die nirgends sonst denkbare Basis für derartige Vorgänge, die wir hier von einem allgemeinen Gesichtspunkte einmal beleuchtet haben, selbst auf die Gefahr hin, von bestimmten Kritikern der Stadtverordnungen – Versammlung für zwecklose Sittenprediger und Missionare gehalten zu werden.“

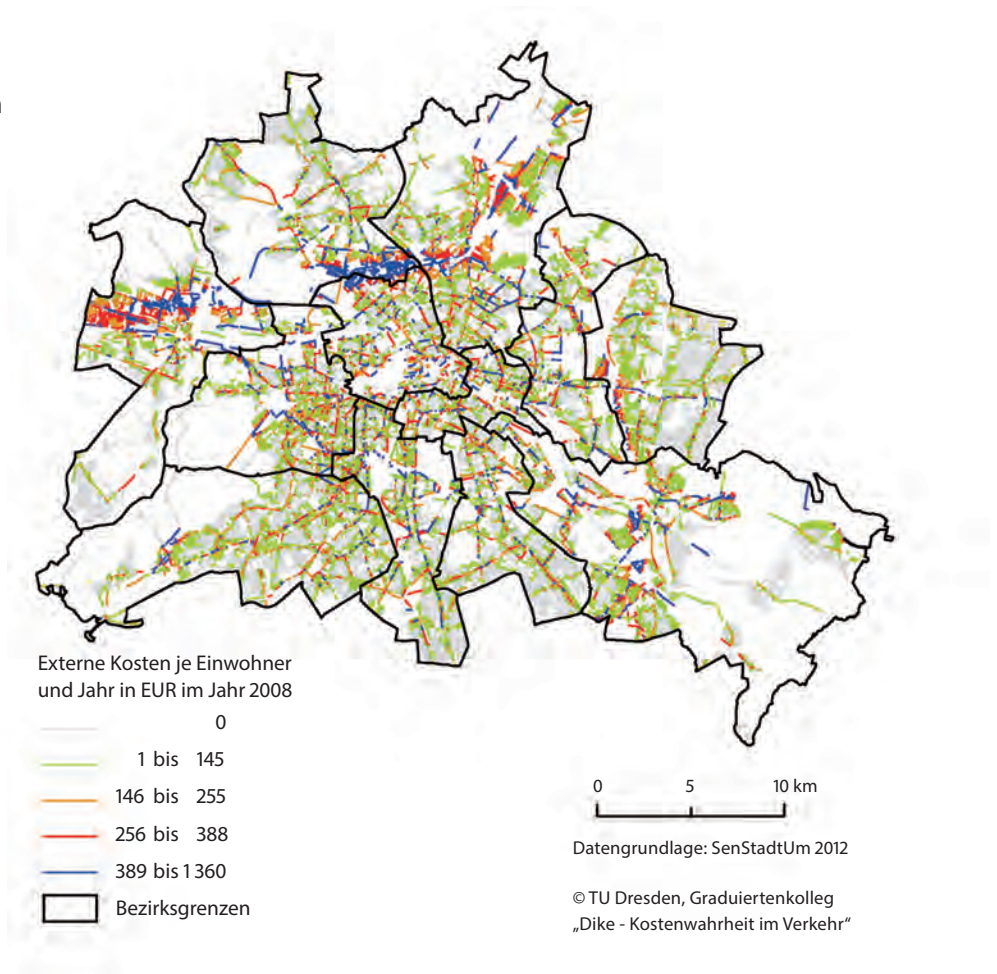
Auch aus diesem Grund verbietet sich eine derartige Analyse in unserer heutigen Zeit. Eins fällt beim flüchtigen Vergleich mit der Jetztzeit jedoch sofort auf: Die damaligen „eindeutigen“ Anzeigen waren wesentlich fantasievoller und stilistisch ausgefeilter als die heutigen „Kontaktanzeigen“. Ein posthumer Trost für Dr. F. Bartholomäi bleibt demzufolge – schlimmer geht's immer.

Autor: Jürgen Hübner

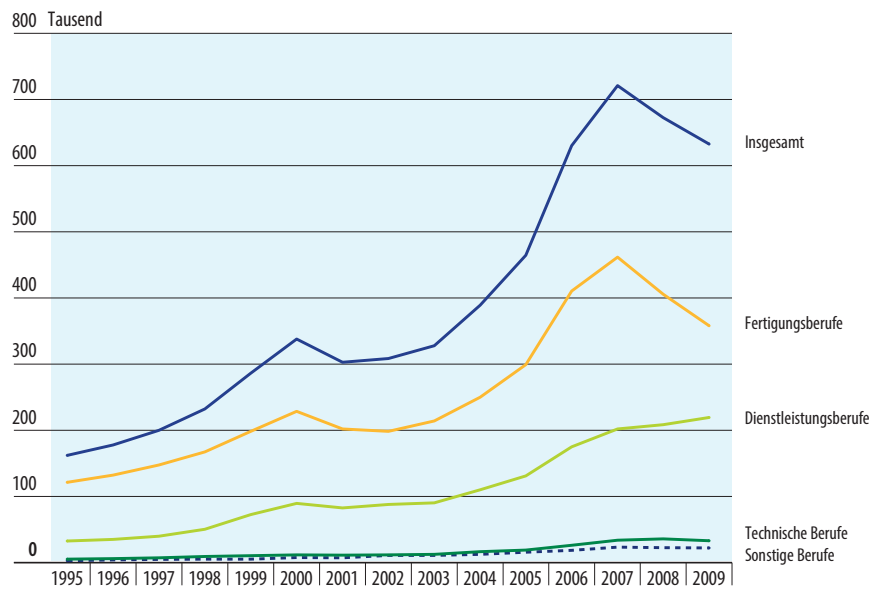
- Immissionspunkte mit kleinräumig variierenden Lärmpegeln in der Strategischen Lärmkarte Berlin



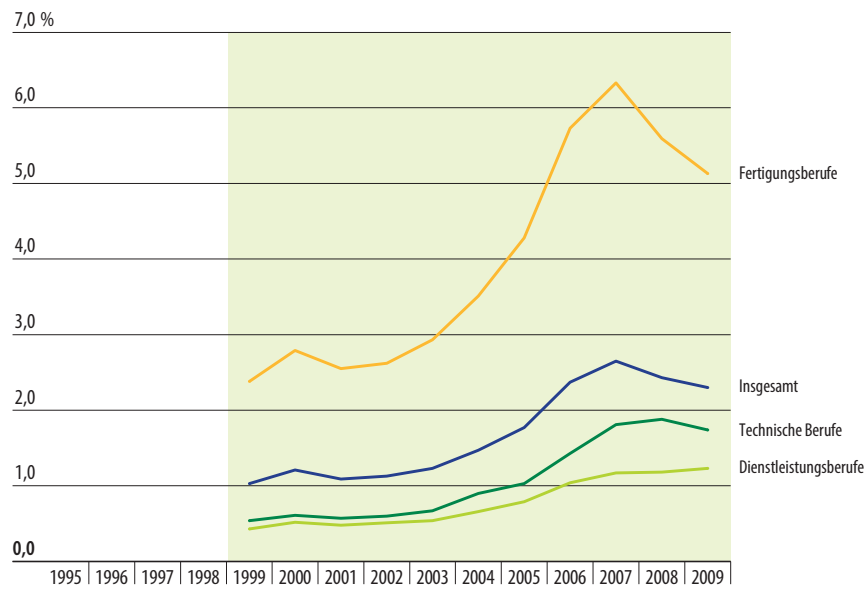
- Durch Verkehrslärm verursachte externe Kosten in Berlin je Einwohner im Jahr 2008 auf Ebene von Straßenabschnitten



Entwicklung der Leiharbeitnehmer nach Berufsgruppen 1995 bis 2009



Anteil der Leiharbeiter an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsgruppen 1999 bis 2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Wiesbaden